

Die gegenwärtige Struktur der schweizerischen Geldverfassung

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften,
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von

MARIANNE TEICHMANN

von Basel

VERLAG P. G. KELLER - WINTERTHUR 1960



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548815_0087

Die gegenwärtige Struktur der schweizerischen Geldverfassung

DISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors der Staatswissenschaften,
vorgelegt der Philosophisch-Historischen Fakultät
der Universität Basel

von

MARIANNE TEICHMANN

von Basel

VERLAG P. G. KELLER - WINTERTHUR 1960

Genehmigt von der Philosophisch-Historischen Fakultät auf
Antrag der Herren

Prof. Dr. V. F. Wagner und Prof. Dr. E. Salin

Basel, den 5. Mai 1955

Prof. Dr. Harald Fuchs

Dekan



Diese Arbeit erscheint unter gleichem Titel im Verlag P. G. Keller, Winterthur,
im Buchhandel

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Problemstellung	1
--------------------------------------	---

Erster Teil

1. Kapitel: Das Wesen der Geldverfassung im allgemeinen	6
2. Kapitel: Die Funktion der Geldverfassung	7
3. Kapitel: Die rechtlichen Grundlagen der schweizerischen Geldverfassung ..	7

Zweiter Teil

Goldwährung und schweizerische Geldverfassung, ihre Beziehungen zueinander

I. Abschnitt: Die Goldwährung

1. Kapitel: Die verschiedenen Formen der Goldwährung	10
§ 1 Einleitung	10
§ 2 Die Goldwährung mit teilweisem Goldumlauf oder die klassische Goldwährung	12
§ 3 Die Goldumlaufwährung	14
§ 4 Die Goldbarren- oder Goldkernwährung	15
§ 5 Die Golddevisenwährung	16
2. Kapitel: Der Funktionsmechanismus der klassischen Goldwährung	17
§ 1 Goldwährung und Kaufkraft der Währungseinheit	17
§ 2 Die klassische Goldwährung und die Kaufkraft der Währungseinheit	19
3. Kapitel: Bedingungen für das Funktionieren der klassischen Goldwährung	22
4. Kapitel: Sinn und Zweck der Goldwährung	25
5. Kapitel: Die Grenzen des Goldautomatismus	26
§ 1 Die Bedeutung des Kredites für die Funktion des Goldautomatismus	27
§ 2 Das Quantitätsprinzip	29

II. Abschnitt

1. Kapitel: Die Ausprägbarkeit und Einschmelzbarkeit der Goldmünzen	31
§ 1 Die freie Ausprägbarkeit der Goldmünzen	31
§ 2 Die münztechnischen Grundbegriffe im Münzgesetz von 1952 und der Vollziehungsverordnung in bezug auf die Goldmünzen	31

§ 3 Die freie Einschmelzbarkeit der Goldmünzen	32
§ 4 Geltende eidgenössische regiminale Vorschriften	33
§ 5 Die Bedeutung der Goldmünzen in der heutigen Geldverfassung	33
2. Kapitel: Freie Goldein- und -ausfuhr	35
§ 1 Rechtliche Regelung der Goldein- und -ausfuhr und des Goldhandels in früheren eidgenössischen Erlassen	35
§ 2 Geltende regiminale Vorschriften der Eidgenossenschaft	36
3. Kapitel: Goldan- und -verkauf durch die Schweizerische Nationalbank	37
§ 1 Die Parität	37
§ 2 Die Entwicklung der Regelung des Goldankaufs bis zur heutigen Ordnung	40
a) Rechtliche Regelung der Annahme von Gold zum festgesetzten Preis im Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 20. De- zember 1929	40
b) Die Devisenverwendungsrestriktionen der Kriegs- und Nachkriegszeit	40
§ 3 Geltendes Recht	45
§ 4 Goldzertifikate	45
§ 5 Der Goldankauf zum festen Preis unter der gegenwärtigen Geldverfassung	47
a) Die Europäische Zahlungsunion	48
b) Die Bedeutung der Europäischen Zahlungsunion für die Schweiz ..	51
§ 6 Die Goldabgabe der Schweizerischen Nationalbank	52

Dritter Teil

Schlussbetrachtungen und Schlussfolgerungen

1. Kapitel: Das Problem der Geldverfassung unter besonderer Berücksichtigung des schweizerischen Geldsystems	63
a) Einleitung	63
b) Die Kontrolle der Kreditbanken	66
c) Die Kontrolle der Kreditbanken in der Schweiz	67
d) Die Regulierung der Zentralbankreserven	70
e) Die Regulierung der Zentralbankreserven in der Schweiz	72
2. Kapitel: Wandlungen der Goldwährung infolge der Umgestaltung des Geldwesens	73
3. Kapitel: Inwieweit ist die schweizerische Geldverfassung noch als Gold- währung zu betrachten?	78
Schlusswort	82
Literaturverzeichnis	85

Einleitung und Problemstellung

Dem nachfolgenden Versuch einer Darstellung und Betrachtung der Struktur der schweizerischen Geldverfassung wird in erster Linie die klassische Goldwährung zugrunde gelegt¹. Die Berechtigung zu einem solchen Vorgehen wird von der Verfasserin in der Tatsache gesehen, dass gemäss der landläufigen Meinung die schweizerische Geldverfassung als eine Goldwährung betrachtet wird. Ein weiterer Grund ist die Vorstellung, dass unter der Goldwährung „normale Zeiten“ geherrscht hätten, und dass bei der Rückkehr dieser „normalen Zeiten“ wieder eine Goldumlaufwährung eingeführt werden müsse (siehe Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 3. Juli 1930 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über das Münzwesen). Was dabei unter „normal“ verstanden wird, ist nie genau ausgesprochen worden, jedoch darf so viel gesagt werden, dass darunter offenbar eine international anerkannte Währungsgrundlage zu verstehen ist, mittels der ein freier, zwischenstaatlicher Zahlungs- und Handelsverkehr möglich war.

Dieser Wunsch nach der Rückkehr „normaler Zeiten“, wie sie vor Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 geherrscht haben, hat in der Zwischenkriegszeit die wirkungsvolle Lösung zahlreicher Währungsprobleme unmöglich gemacht. So wurde z. B. stillschweigend zu Unrecht und ohne Berücksichtigung der national und international vollkommen veränderten wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse geglaubt, dass die Nachkriegsgoldwährung von 1919—1934 auch unter diesen neuen Bedingungen funktionieren würde wie vor 1914.

Demgegenüber muss hervorgehoben werden, dass die Goldwährung die Zeit ihres besten Funktionierens schon kurz vor dem ersten Weltkrieg überschritten hatte. Während des ersten Weltkrieges wurde ihre Struktur laufend und damit auch die Art und Weise ihres Mechanismus geändert. Diese Wandlung wurde verdeckt dadurch, dass auch nach dem ersten Weltkrieg die Vorstellung über „Normalität“ wie „normale Reservesätze“, „normale Devisenkurse“, „normale Techniken“ und eine abstrakte Idee, dass das *Gold* die internationale Währungsgrundlage sei, immer noch Ausdruck der Begriffsinhalte von vor dem Krieg war, obwohl sich der Inhalt dieser Begriffe in wesentlichen Belangen grundlegend geändert hatte.

Diese Idee der „Normalität“ zeigte sich besonders im Cunliffe Report vom August 1918. Hier wurden die traditionellen britischen Vorkriegsmethoden der Kreditkontrolle und der Stabilhaltung der Wechselkurse an-

1) Was unter klassischer Goldwährung verstanden werden soll, siehe S. 12 ff., II. Teil, § 2, Arten der Goldwährung.

gepriesen, ohne die grossen Änderungen zu berücksichtigen, die seit Kriegsende eingetreten waren, wie Anwachsen der öffentlichen Schuld, Englands Verlust seiner Vormachtstellung im internationalen Handel und das Auftreten New Yorks als wichtiger Geld- und Börsenplatz etc. Dieser Glaube an die Rückkehr „normaler Beziehungen“ und das Einführen einer vollständig internationalen Währungsgrundlage hat, wie allgemein bekannt, grosse Enttäuschungen und den Zusammenbruch dieses sogenannten Nachkriegsgoldstandards gebracht.

Der Vergleich der gegenwärtigen Struktur der schweizerischen Geldverfassung mit dem Währungssystem, das dem Gesetzgeber als Vorbild gedient hat, der klassischen Goldwährung, wird zeigen, wie die wirtschaftlichen Erfordernisse die rechtlichen Grundlagen gegenstandslos machen können.

Da auch die schweizerische Geldverfassung, wie jede wirtschaftliche Erscheinung, das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung darstellt, soll in einem kurzen historischen Überblick die eidgenössische Münz- und Banknotengesetzgebung von 1850 bis zum Inkrafttreten des Bundesgesetzes über das Münzwesen vom 17. Dezember 1952 bzw. des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank vom April 1953 dargestellt werden.

Historischer Überblick

Bis 1850 zeigte das schweizerische Geldwesen alle Kennzeichen des Mittelalters; es war eine Sortengeldverfassung ohne einheitliches Währungssystem. Erst der eidgenössische Bundesstaat gab sich in seiner Verfassung von 1848 in Artikel 36 das Recht, der Vielfalt der kantonalen Münzen ein Ende zu bereiten. 1850 bildete das erste eidgenössische Münzgesetz die Verwirklichung eines im ganzen Lande gleichartigen Münzumlaufs. Die Schweiz entschied sich anfänglich für die Silberwährung und übernahm Münzfuss und Stückelung der Münzen von dem seit Jahrhundertbeginn bestehenden französischen Frankensystem. Überdies bestimmte jenes Gesetz von 1850, dass auch fremde, genau nach dem Frankensystem geprägte Silbermünzen vom Bundesrat als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt werden konnten. Durch diesen münztechnischen Anschluss an Frankreich schuf man zugleich die Gemeinschaft mit dem belgischen und italienischen Münzumlauf. Dieser Anschluss geschah einmal aus Sparsamkeitsgründen². Dann war der Bund bestrebt, sich in dieser Zeit des Hochkapitalismus in den Weltverkehr einzuschalten und nahm sich vor, einem Münzsystem von internationaler Geltung Eingang zu verschaffen³.

Das damalige Sinken des Goldwertes⁴ verursachte gemäss dem Gresham-

2) Bundesblatt 1849 III, S. 78 ff.

3) Botschaft des Bundesrates vom 3. 7. 1930, S. 2.

schen Gesetz (schlechtes Geld verdrängt gutes Geld) die Verdrängung der Silbermünzen durch die Goldmünzen. Um der Silbergeldknappheit zu steuern, wurde den französischen Goldmünzen und denjenigen anderer Staaten, die ihnen entsprachen und in den schweizerischen Verkehr eingedrungen waren, im Bundesgesetz von 1860 betreffend die Abänderung des Münzgesetzes von 1850 gesetzlicher Kurs verliehen.

Damit war die Schweiz von der reinen Silberwährung zur Doppelwährung übergegangen⁵.

Um weiter dem Mangel an Scheidemünzen abzuhelpen, bestimmte das Bundesgesetz von 1860, dass der Feingehalt der Silbermünzen unter 5 Franken Nennwert von 900 auf 800 Tausendstel herabgesetzt werde. Nun drohte aber die bisherige internationale Einheit des Münzsystems infolge dieser schweizerischen Massnahmen auseinanderzufallen. Aus diesem Grunde lud Frankreich, durch Belgien angeregt, Italien, die Schweiz und Belgien 1865 ein, die früher bestandene Münzgemeinschaft an einer Konferenz wiederherzustellen. Das Ergebnis der Verhandlungen war der Münzvertrag vom 23. Dezember 1865, der die vier Länder zu einem Münzverein verband, innerhalb dessen die Gold- und Silbermünzen jedes der Mitgliedstaaten nach Gewicht, Feingehalt, Form und Kurs übereinstimmten. Trotzdem sich die Schweiz an der Konferenz zur Goldwährung bekannt hatte, wurde der Münzunion die Doppelwährung zugrunde gelegt: Gold und Silber waren in gleicher Weise frei ausprägbar, Silber allerdings nur in Form der Fünffrankenstücke, während die kleineren Silbermünzen zu Scheidemünzen erklärt wurden.

Von nun an bestimmten die Abmachungen der Lateinischen Münzunion das schweizerische Münzwesen und hatten den Vorrang vor der ursprünglich selbständigen Gesetzgebung.

Erstes Ziel dieses Münzbundes war die Schaffung einer Weltgeldgemeinschaft. Diese Idee scheiterte aber an der Tatsache, dass sich die Münzunion nur auf fünf Staaten beschränkte (Frankreich, Belgien, Italien, Griechenland und die Schweiz). Zudem bestimmte sie in einer Periode des langsam zunehmenden Goldumlaufs den Bimetallismus zur Währungsgrundlage, um den monetären und wirtschaftlichen Interessen aller beteiligter Staaten gerecht zu werden.

4) Silber strömte in Barren und ausgemünzt in grossen Mengen nach Holland, das am 26. September 1847 zur Silberwährung übergegangen war. Weit bedeutender erwies sich aber in den Jahren 1848—1851 die Entdeckung der australischen und kalifornischen Goldfelder.

5) Gesetzlich ist die Schweiz erst 1870 zur Doppelwährung übergegangen, als der Bundesrat ermächtigt wurde, sowohl für Rechnung des Bundes als auch für Rechnung Dritter Goldmünzen zu prägen, entsprechend den Normen des Münzvertrages von 1865. Diese Massnahme sollte die durch den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges vermehrte Belastung des Geldumlaufes ausgleichen.

Die Lateinische Münzunion brachte der Schweiz grosse Unannehmlichkeiten, da die Unionsländer infolge der festgelegten Bestimmungen stark voneinander abhängig waren. Diese zeigte sich besonders im Fehlen einer gesetzlichen Regelung der Papiergeldausgabe, was sich Italien und das später beigetretene Griechenland zunutze machten. So wanderten, je nach Wechselkurs, Münzen von einem Staat zum andern, hier Mangel und dort Überfluss verursachend.

In den siebziger Jahren sank der Silberpreis infolge erhöhter Produktion und verminderter Nachfrage nach diesem Edelmetall, und alles Gold drohte aus dem Verkehr gedrängt zu werden. Aus diesem Grunde begrenzten die Münzunionsstaaten durch Zusatzvertrag von 1874 sowie durch Erklärung vom Jahre 1876 ihre Fünffrankenprägungen auf bestimmte Beträge, da deren freie Ausprägung zu einem lukrativen Geschäft geworden war. Durch Vereinbarung vom Jahre 1878 musste die Prägung sogar vollständig eingestellt werden. Damit war aber die Doppelwährung hinkend geworden⁶.

Gleichzeitig stellte sich ein neues Problem: Die verschiedenen Mitgliedstaaten hatten von ihrem Recht der Prägung von silbernen Fünffrankensteinen sehr verschieden stark Gebrauch gemacht, am wenigsten die Schweiz. Als es galt, die Münzunion zu erneuern, wurde 1885, besonders auf das Drängen der Schweiz hin, die sogenannte Liquiditätsklausel eingeführt, wonach bei der Auflösung der Konvention jeder Staat für diejenigen Münzen haftbar war, die er ausgeprägt hatte; er musste sie zum Nennwert in Gold, Fünffrankensteinen des Gläubigerstaates oder in Tratten auf den Gläubigerstaat einlösen.

Nachdem die Konkurrenz zwischen dem Golde und dem Silber durch die Beschränkung des Silbers ausgeschaltet worden war, erwuchs den beiden Metallen ein Gegner im Papier. Eine übertriebene Ausgabe papierner Zahlungsmittel Ende der siebziger und anfangs der neunziger Jahre in Italien drängte die Silbermünzen aus dem Verkehr und über die Grenzen nach Frankreich und der Schweiz.

Grosse Schwierigkeiten erwuchsen der Schweiz durch die Bindung an die Lateinische Münzunion bei Kriegsausbruch 1914. Die zugeteilten Münzkontingente reichten bei weitem nicht aus, um den tatsächlichen Bedarf zu decken, der durch den Sturm der Banken und Lebensmittelgeschäfte durch das Publikum und infolge vorübergehender privater Horte ausserordentlich gestiegen war. „Zum Schutze des Goldschatzes und der Emissionskraft der Nationalbank“, verfügte der Bundesrat am 30. Juli 1914 den „gesetzlichen Kurs“ der Banknoten der Nationalbank. Ferner wurde die Nationalbank

6) Hier handelt es sich um ein Münzsystem, gleichsam als Übergang zur Goldwährung, bei dem die grösste der Silbermünzen, das Fünffrankenstein, immer noch, gleich den Goldmünzen, gesetzliche Zahlkraft besitzt, jedoch nicht frei ausprägbare ist.

der Verpflichtung enthoben, die Banknoten gegen Metallgeld einzulösen und ermächtigt, vorübergehend Noten in Abschnitten zu 5 Franken auszugeben, um den Mangel an Kleingeld zu beheben und den Metallbestand der Bank zu schonen.

Mit der fortschreitenden Beruhigung des wirtschaftlichen Lebens und der grösseren Stabilität der Wechselkurse nach dem ersten Weltkrieg kamen die gehorteten Goldmünzen in der Schweiz gegen Ende 1921 wieder zum Vorschein. Als sich im Zusammenhang mit dem sinkenden Dollarkurs die Banken dafür interessierten, auf eigene Rechnung Goldstücke bei der Eidgenössischen Münzstätte prägen zu lassen, sah sich der Bundesrat gezwungen, im November 1921 ein neues Regulativ für die Prägung von Goldmünzen zu erlassen. Im April 1924 ging die SNB dazu über, Gold auf ausdrückliches Verlangen in kleinen Mengen an ihre Kassen abzugeben, eine Massnahme, die den faktischen Übergang der Schweiz zur klassischen Goldwährung bedeutete.

Am 21. November 1924 erlangte der Schweizerfranken die volle Dollarparität. Diese Tatsache war deshalb bedeutsam, als damit der Anreiz zur Goldausfuhr aus der Schweiz dahinfiel, so dass sich die SNB einverstanden erklärte, dass mit Bundesratsbeschluss vom 5. Dezember 1924 das Agiohandelsverbot aufgehoben wurde.

Diesem faktischen Übergang der Schweiz zur Goldwährung wurde 1928 insofern gesetzlich Genüge getan, als am 1. August 1928 die Ausfuhr von Gold freigegeben und am 20. Dezember 1929 das Nationalbankgesetz in dem Sinne abgeändert wurde, dass der Zwangskurs der Banknoten aufgehoben und die SNB wiederum verpflichtet wurde, ihre Noten in Gold einzulösen. Artikel 20, die wichtigste Bestimmung, verfügte als grundsätzliche Neuerung, dass die Noten von der Nationalbank nicht mehr in Silbergeld ausgewechselt werden konnten. Durch das Münzgesetz von 1931 wurde noch das schweizerische Fünffrankenstück zur Scheidemünze, so dass dann das Gold das einzige Währungsmetall bildete.

Von 1931 bis zur Abwertung im September 1936 hatte also die Schweiz eine Goldwährung, wie sie den klassischen Vorstellungen am ehesten entsprach. Durch den Abwertungsbeschluss erhielten die Noten der Nationalbank wieder Zwangskurs. Der Goldwert des Frankens wurde um ca. 30 % gesenkt und in einer Rahmenparität von 190—215 Milligramm Feingold festgehalten. Das Münzgesetz vom 17. Dezember 1952 führte einen Teil des Abwertungsbeschlusses ins ordentliche Recht über.

Diese Übersicht zeigt, dass das schweizerische Geldwesen in einer sehr kurzen Zeit alle Entwicklungsstufen durchgemacht hat, und zwar von der mittelalterlichen Sortengeldverfassung zur Silberwährung, Doppelwährung, hinkenden Goldwährung, Papierwährung und 1931 zur gesetzlichen Goldwährung.

ERSTER TEIL

Erstes Kapitel

Das Wesen der Geldverfassung im allgemeinen

Eine Geldverfassung im engeren Sinne besteht aus einem oder mehreren gesetzlichen Erlassen, deren Zweck darin besteht, das Geldwesen eines Staates zu regeln bzw. einen reibungslosen Zahlungsverkehr im Inland und mit dem Ausland zu gewährleisten. Dies bedeutet in erster Linie Festsetzung der Währungseinheit. Auf diese Weise macht der Staat das Verkehrsgeld zum Währungsgeld; zugleich bringt er, gestützt auf seine Münzhoheit, das heisst auf sein Recht, gesetzliche Bestimmungen über das Münzwesen zu erlassen, Ordnung in die Stückelung des Geldwesens.

Unter Währung — das Wort stammt von dem mittelhochdeutschen *Werunge* = Gewährleistung — versteht man sowohl allgemein die Ordnung des Geldwesens in einem Staate, also die Geldverfassung, als auch im engeren Sinne das mit unbeschränkter Zahlungskraft ausgestattete, uneinlösbare Geld (Währungsgeld)¹.

Im weiteren Sinn kann unter einer Geldverfassung bzw. dem Geldwesen eines Landes auch die Regelung der Staatsfinanzen wie Budgetgestaltung, Steuergesetzgebung etc., Devisengesetzgebung, sofern vorhanden, und die Bankengesetzgebung verstanden werden.

Erst im Hochkapitalismus, als eine genaue zahlenmässige Erfassung der einzelnen Handelstransaktionen mittels der doppelten Buchhaltung gewünscht wurde und die genaue Rechenhaftigkeit immer mehr und mehr durchdrang², wurde es für den Staat notwendig, das Geldwesen genau zu regeln und diese Vorschriften zu kodifizieren. Schon im Mittelalter und während des Frühkapitalismus bestanden sogenannte Sortengeldverfassungen, d. h. Erlasse der betreffenden kirchlichen und weltlichen Fürsten oder der Städte, die sich aber nur mit der Münzprägung befassten, die also nur das Münzgewicht, dessen Feingehalt an Edelmetall, den Schlagschatz³ und das Raughgewicht³ festlegten. Diese Sortengeldverfassungen berücksichtigten

1) Adolf Weber, *Geld, Banken, Börsen*, München 1951, S. 4.

2) Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Tübingen 1947, S. 4/5 („... Wo kapitalistischer Erwerb rational erstrebt wird, da ist das entsprechende Handeln orientiert an Kapitalrechnung ... stets ist das Entscheidende: dass eine Kapitalrechnung in Geld aufgemacht wird, sei es nun in modern buchmässiger oder in noch so primitiv und oberflächlicher Art...“).

in keiner Weise die Banknotenausgabe, die z. B. in der Schweiz erst durch das Nationalbankgesetz von 1905 gesetzlich geregelt und bei der Schweizerischen Nationalbank monopolisiert worden ist.

Zweites Kapitel

Die Funktion der Geldverfassung

Zu den Anforderungen, die heute an die geordnete Funktion einer Geldverfassung gestellt werden, gehört in erster Linie die Versorgung der Volkswirtschaft mit genügend Geldmitteln, d. h. die dem volkswirtschaftlichen Bedarf entsprechende Ausgabe von Banknoten und Münzen sowie die geordnete Möglichkeit der Schaffung von Giralgeld⁴. Daraus folgt, dass eine gut aufgebaute Geldverfassung eine Geldpolitik ermöglichen sollte, die den Wert des Geldes bzw. dessen Kaufkraft im eigenen Land und gegenüber andern Ländern konstant zu halten vermag.

Infolge der Fähigkeit des heutigen Kreditbankensystems, mit Hilfe der multiplen Giralgeldschöpfung ebenfalls auf das Geldvolumen einzuwirken, stellen sich bei der Festlegung einer Geldverfassung bedeutende Probleme, die im dritten Teil dieser Arbeit eine eingehende Würdigung erfahren. *F. Lutz* bemerkt hiezu: „Das Grundprinzip aber, das für die Geldverfassung den Leitfaden abgeben muss, ist dies, dass Macht und Verantwortung über das Geld dem Staat oder seiner Zentralbank zufällt, dass aber die qualitative Kreditkontrolle Sache privater, dem Wettbewerb unterworfenen Institute ist.“

Drittes Kapitel

Die rechtlichen Grundlagen der schweizerischen Geldverfassung

Die rechtliche Neuordnung der schweizerischen Geldverfassung ist durch die Revision des Nationalbankgesetzes im Jahre 1953 abgeschlossen worden.

Der Zweck dieser Neuordnung bestand darin, das durch den Abwertungsbeschluss vom 27. September 1936 geschaffene Notrecht ins ordentliche Recht überzuführen. Es handelt sich also nicht um eine fundamentale An-

3) Siehe S. 32 dieser Arbeit.

4) Eine Kreditbank schafft Geld, indem sie von Wirtschaftssubjekten Aktiva erwirbt und mit Geld darstellenden Forderungen auf sich selbst zahlt. Dieses von den Kreditbanken geschaffene Geld bezeichnet man als Buch- oder Giralgeld der Banken. (*E. Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie Bd. III, Tübingen 1952, S. 23.*)

derung wie im Herbst 1936, als die Schweiz im Anschluss an die Abwertung des französischen Frankens zu einer neuen Parität übergang, den Goldstandard preisgab, die Banknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel erhob und gleichzeitig bestimmte, dass die Nationalbank nicht verpflichtet sei, die Noten in Gold einzulösen. Damals folgte die Schweiz der Währungspolitik Frankreichs, des führenden Mitglieds des 1933 nach der Londoner Konferenz gegründeten „Goldblocks“.

In dieser Revisionsarbeit der Währungsgesetzgebung können drei Phasen unterschieden werden, die drei verschiedene Rechtsmaterien berühren:

1. Die Revision des Artikels 39 der Bundesverfassung:

Der Ablauf des Finanznotrechts im Jahre 1954 und die von der Freigeldbewegung lancierte sogenannte „Kaufkraftinitiative“⁵ zwangen die Bundesbehörden, die Revision des Verfassungsartikels über die Banknote nochmals zu versuchen. In diesem zweiten Plebiszit, das im Kampf gegen die gleichzeitig zur Abstimmung gelangende Kaufkraftinitiative unterbreitet wurde, stand die Frage der Einlösbarkeit der Banknoten nicht mehr im Vordergrund der sich bekämpfenden Meinungen. Das Prinzip der Einlösbarkeit wurde als solches nicht mehr in Frage gestellt, sondern auf friedliche Zeiten mit ungestörten Währungsverhältnissen verschoben. Dieses abstimmungspolitischen Vorteils entbehrte die Freigeldinitiative, welche die

5) Die liberal-sozialistische Partei der Schweiz hat am 1. September 1949 ein Volksbegehren zur Abänderung von Alinea 3 und 6 des Artikels 39 der Bundesverfassung eingereicht, das wie folgt lautete:

Alinea (3): Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes *zum Zwecke der Vollbeschäftigung so zu regeln, dass die Kaufkraft des Schweizerfrankens bzw. der Lebenskostenindex fest bleibt.*

Der entscheidende Inhalt der Initiative hat bei der neu vorgeschlagenen Umschreibung der Aufgaben der Nationalbank (Alinea 3) gelegen. Als Richtschnur der nach der Freigeldinitiative zu befolgenden Währungspolitik sollte der Lebenskostenindex dienen. Damit wäre das bisherige Währungssystem durch die sog. Indexwährung ersetzt worden. Die Initianten haben vorausgesetzt, dass mit der Kaufkraft- oder Preisstabilisierung automatisch auch die Vollbeschäftigung gesichert wäre. Sodann will die Freigeldinitiative die Banknoten zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklären (Alinea 6); als notwendige Konsequenz aus der Forderung die Kaufkraft des Geldes mittels Manipulierung des Geldumlaufes stabil zu halten. — Der Indexwährung als manipulierter Papierwährung liegt die Auffassung zugrunde, dass es möglich sei, allein mit Hilfe einer entsprechenden Währung und Währungspolitik einen festen Preisstand und damit einen von Krisen ungestörten Wirtschaftsablauf herbeizuführen. Es wird angenommen, dass zwischen der Geldmenge und den Warenpreisen ein direkter Zusammenhang bestehe. (Siehe Stellungnahme zur Freigeldinitiative und Begründung des Gegenvorschlages der Bundesversammlung, herausgegeben von der Vereinigung für gesunde Währung, Zürich 1950, Seiten 23/25 und 70.)

Einlösbarkeit der Banknoten vorbehaltlos abschaffen wollte und sich in diesem Punkte mit der missglückten Revisionsvorlage von 1949 deckte. Am 15. April 1951 ist die Freigeldinitiative verworfen und der Revisionsvorschlag des Artikels 39 der Bundesverfassung vom 23. Juni 1950 gutgeheissen worden. Damit bleibt die Schweizer Banknote definitives, uneinlösbares Zahlungsmittel, solange die Währungsverhältnisse in der Welt weiter gestört bleiben, und als gestört werden sie solange betrachtet werden, als nicht eine Reihe wichtiger Welthandelsstaaten zur Goldumlaufswährung zurückkehrt.

2. Die Revision des Münzgesetzes vom 3. Juni 1931:

Das neue Münzgesetz vom 17. Dezember 1952 hat anstelle der Rahmenparität des Abwertungsbeschlusses vom September 1936 wieder eine Fixparität festgesetzt, und zwar mit einem gegenüber früher um 30 % niedrigeren Goldgehalt des Frankens.

3. Die Revision des Nationalbankgesetzes vom 7. April 1921:

Diese Revision bezweckte, die Bestimmungen über die Noteneinlösung (Art. 20 und 20bis) dem abgeänderten Artikel 39 der Bundesverfassung anzupassen.

ZWEITER TEIL

Goldwährung und schweizerische Geldverfassung, ihre Beziehungen zueinander

I. Abschnitt: DIE GOLDWÄHRUNG

Erstes Kapitel

Die verschiedenen Formen der Goldwährung

§ 1

Einleitung

Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges 1914 hatten alle wichtigen Handelsländer Goldwährung. Die Initiative hatte England ergriffen, wo Karl II. 1663 eine neue Goldmünze, genannt Guinea, prägen liess und wo 1816 ein Währungssystem, die sogenannte klassische Goldwährung, eingeführt wurde¹. Die anderen Länder waren nachgefolgt, und bis 1914 war die Goldwährung das Währungssystem der zivilisierten Länder.

Es war eine teilweise Goldumlaufwährung, weil in fast allen Goldwährungsländern Goldmünzen neben den Banknoten zirkulierten. Dieses Geldsystem funktionierte fast reibungslos und regelmässig, und ausser den langfristigen und zyklischen Preis- bzw. Konjunkturbewegungen war die Stabilisierung des inneren und äusseren Geldwertes in den verschiedenen Ländern mit Hilfe der automatischen Goldbewegungen und der fast automatischen Diskontpolitik der Zentralbanken zufriedenstellend². Der Grund für dieses fast reibungslose Funktionieren lag jedoch nicht so sehr beim Goldstandard selbst als bei anderen Umständen. Nach den von *Brown* herausgearbeiteten Erkenntnissen ist die Hauptursache für das gute Funktionieren des Goldstandards zurückzuführen auf die damalige Bedeutung des zentralen Finanzplatzes London, wo die internationalen Finanzguthaben des Auslandes lagen und mit Geschick verwaltet wurden. Diese

1) R. G. Hawtrey, *The Gold Standard in Theory and Practice*, London 1947, S. 66.

2) W. A. Brown, *The International Gold Standard Reinterpreted*, New York 1940.

Monopolstellung Londons ist seit 1914 verschwunden, und damit entfiel für das System des international freizügigen Goldzahlungsverkehrs die wichtigste Stütze.

Dies war auch der Hauptgrund, warum während und nach dem ersten Weltkrieg die Auffassung vorherrschte, dass durch die Wiedereinführung der Goldwährung die Stabilität des inneren und äusseren Geldwertes — des wichtigsten Problems der Geldtheorie und -politik — wieder hergestellt werden könne und müsse.

Nachstehend wird nun dargelegt, was unter Goldwährung verstanden werden kann. Betrachtet man die zahlreichen Studien, die sich mit dem Problem der Geldtheorie oder -politik befassen, so fällt auf, dass darüber, was als Goldwährung zu betrachten ist, keine einheitlichen Auffassungen bestehen. Einige Autoren sprechen von Goldwährung, wenn nur Goldmünzen gesetzliches Währungsgeld darstellen, andere verstehen unter Goldwährung auch ein Währungssystem, wo neben den Goldmünzen Banknoten mit gesetzlicher Gültigkeit zirkulieren, wobei diese Banknoten allerdings jederzeit in Gold, zu einem gesetzlich festgelegten Preis, konvertierbar sind.

Nach *Hawtrey* gilt als Hauptcharakteristikum der Goldwährung eine feste Beziehung zwischen der Währungseinheit und einem bestimmten Quantum Gold³.

Wenn auch diese feste Relation zwischen Währungseinheit und einem bestimmten Goldquantum das Hauptcharakteristikum der Goldwährung darstellt, so können doch verschiedene Arten dieses Währungssystems unterschieden werden:

1. Goldumlaufwährung (gold specie standard),
2. Goldkernwährung (gold bullion standard),
3. Golddevisenwährung (gold exchange standard).

Diese Einteilung findet man hauptsächlich bei den englischen Autoren wie *Hawtrey*⁴, *Strakosch*⁵ u. a. Will man aber alle reinen Formen der Goldwährung betrachten, so sollte noch eine vierte Art erwähnt werden, und zwar die schon angeführte Goldwährung mit teilweisem Gold- und Notenumlauf, die vor dem ersten Weltkrieg vorherrschte und die man als die klassische Goldwährung zu bezeichnen pflegt und anhand deren Merkmale die Struktur der schweizerischen Geldverfassung in erster Linie untersucht werden soll.

Nachstehend folgt nun eine kurze Darstellung der einzelnen Arten der Goldwährung.

3) R. G. Hawtrey, a. a. O., S. 62.

4) R. G. Hawtrey, a. a. O., S. 62/63.

5) Strakosch, „Stabilité monétaire et étalon-or“ in „Documents sélectionnés soumis à la Délégation de l'Or du Comité financier“, Genf 1930.

Die Goldwährung mit teilweise Goldumlauf oder die klassische Goldwährung

Bei dieser Form der Goldwährung stellen die Goldmünzen nur einen Teil der umlaufenden Geldmenge dar, der andere Teil besteht aus in Gold einlösbaren Banknoten. Es ist die Form der Goldwährung, die vor dem ersten Weltkrieg am meisten verbreitet war.

Die Grundelemente oder wichtigsten Funktionsmerkmale dieser Art Goldwährung sind nun die folgenden:

a) *Freie Ausprägbarkeit der Goldmünzen*, d. h. die einzelnen Wirtschaftssubjekte haben das Recht, Goldmünzen nach ihrem Willen prägen zu lassen, was das Übersteigen des Nominalwertes des Geldes über seinen Metallwert verhindern soll.

Durch die freie Ausprägbarkeit von Goldmünzen wird nun die Geldmengenregulierung, mit anderen Worten die Geldpolitik, einem Mechanismus übertragen, an dem die einzelnen Wirtschaftssubjekte unmittelbar beteiligt sind, und nicht in erster Linie das Bankensystem und seine Währungsbehörde, wie das bei den gegenwärtigen Geldverfassungen der Fall ist. Bei freier Ausprägbarkeit der Goldmünzen ist Gold in Geld und Geld in Gold verwandelbar; Goldwert und Geldwert sind also eng miteinander verknüpft⁶.

b) *Freie Einschmelzbarkeit*: Die Umwandlung der Goldmünzen in Goldbarren ist frei, so dass ein Absinken des Nominalwertes des Geldes unter den Metallwert unmöglich ist.

c) *Freie Goldeinfuhr*: Durch die freie Einfuhr des Goldes kann sein Wert innerhalb eines Landes nicht über den Wert ausserhalb dieses Landes steigen.

Das Funktionieren der klassischen Goldwährung als internationales Währungssystem und damit des Goldautomatismus ist an die Bedingung einer freien Goldein- und -ausfuhr gebunden, sei es in Münzen- oder Barreform, zwischen den einzelnen Wirtschaftssubjekten oder zum mindesten zwischen den Zentralbanken der verschiedenen Länder.

d) *Freie Goldausfuhr*: Durch diese Massnahme kann der Wert des Goldes im Innern des Landes nicht unter den Wert im Ausland fallen.

e) *Einlösbarkeit der Banknoten in Gold*: Diese Tätigkeit der Zentralbank bildet ein weiteres Funktionsmerkmal der klassischen Goldwährung mit dem Ziel, die Wertkonstanz der Banknoten, verglichen mit dem Edelmetall, zu gewährleisten. Die Wirkung der Einlösung auf die Konstanz des Geld-

6) G. Haberler, Theorie des internationalen Handels, Berlin 1933, S. 18.

wertes beruht auch hier auf der sogenannten Quantitätstheorie⁷. Nach dieser wird ja der Geldwert wesentlich beeinflusst von der Geldmenge (Banknoten und Giralgeld), von der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und von der Grösse des Handelsvolumens.

Es sind demnach drei Elemente, die die Wertkonstanz eines Geldumlaufs bedrohen: Die Verdrängung des Geldes aus seinem bisherigen Geltungsbereich durch eine andere, insbesondere eine bessere Währung, die Zunahme der Umlaufgeschwindigkeit und die Zunahme der Geldmenge.

f) *Unbeschränkte Goldannahme durch die zentrale Notenbank*: Auch diese Vorschrift bezweckt, die Wertkonstanz des Geldes, verglichen mit dem Edelmetall, zu gewährleisten⁸.

Die Verpflichtung der Notenbank oder sonstiger staatlicher Kassen zur unbeschränkten Annahme von Gold zum gesetzlich festgelegten Preis dient in erster Linie zur Aufrechterhaltung eines fixen Goldpreises in nationalen Währungseinheiten⁸. Dies soll durch folgendes Beispiel erklärt werden:

Der Goldzufluss eines Landes A mit Goldwährung erhöht sich aus irgendwelchem Grunde (Exportüberschuss, Rückzahlung von Krediten etc.). Der Wert des Goldes als Ware hat nun in diesem Lande A, trotz des festgelegten Preises, die Tendenz zu sinken, infolge des vermehrten Goldbestandes im Besitze der Exporteure bzw. der Wirtschaftssubjekte. Den Goldbesitzern ist es nun möglich, die im Werte leicht verminderte Ware Gold bei den staatlichen Stellen zum gesetzlich festgelegten Preis zu verkaufen und dafür Noten zu erhalten. Wäre dies nicht möglich, so würden die Exporteure des Landes A versuchen, entweder die Ware Gold in einem

7) A. Hahn, Goldvorteil und Goldvorurteil, Frankfurt 1924, S. 9.

8) Dieser durch währungsgesetzliche Norm fixierte Goldpreis ist aus folgendem Grunde absolut notwendig: Die klassische Goldwährung beruht auf der Annahme, dass sich die Goldproduktion auf die Dauer dem Verkehrsbedarf der Wirtschaft an Geld anpasse. Sinkt das Weltpreinsniveau, so verringern sich die Kosten der Goldproduzenten und es wird rentabel, dank dem festen Preis des Goldes — auch weniger ergiebige Erze auszubeuten. Das erhöhte Goldangebot führt zu einer Vermehrung der Geldmenge und damit zu Preissteigerungen, wodurch die sinkende Preistendenz aufgehoben wird. Im Falle eines Ansteigens des allgemeinen Preisniveaus spielt der Mechanismus im umgekehrten Sinne: infolge der erhöhten Kosten schränken die Goldproduzenten die Erzeugung der am wenigsten ergiebigen Minen ein und wirken dadurch preissteigernden Tendenzen entgegen. Dieses Schema wurde allerdings in der Wirklichkeit nicht ganz erfüllt; dafür sorgte schon das Auffinden neuer Goldfelder im 19. Jahrhundert. Immerhin ist statistisch nachgewiesen worden, dass in der Periode von 1850—1910 die Fluktuationen in der Goldproduktion mit den langfristigen Preisschwankungen weitgehend parallel gingen, so dass ein gewisser Einfluss der Goldproduktion auf die Geldmenge und die Preise zur Zeit der klassischen Goldwährung bemerkbar war (Vierteljahreshefte der Zürcher Kantonalbank, Nr. 2, August 1952, S. 50).

Lande B, ebenfalls mit Goldwährung, wieder zu verkaufen, und zwar zu einem etwas höheren Preis, als dies im Lande A möglich ist, oder dem Lande B die Zahlungen in Gold für gesandte Waren oder geleistete Dienstleistungen. Dadurch würde der Ausgleich der Zahlungsbilanz mit Hilfe der Gleichschaltung der Preisgrundbewegungen unmöglich oder verzögert (Goldvermehrung im Lande A und dadurch Preiserhöhung) und der sogenannte Goldautomatismus nicht wirksam.

Die Geldvermehrung in der Form eines erhöhten Notenbestandes soll nun eine Preiserhöhung im Lande A bewirken. Durch diese Preiserhöhung wird automatisch die Zahlungsbilanz ausgeglichen, indem es wieder vorteilhaft erscheint, mehr vom Goldwährungslande B zu importieren, das durch seine Goldversendung einen Deflationsprozess eingeleitet hatte.

Beim tatsächlichen Vorkommen der klassischen Goldwährung wurden die Banknoten nicht 100prozentig durch Gold gedeckt, sondern nur zu einem gewissen Prozentsatz. Um die Einlösbarkeit der Noten in Gold sicherzustellen, hatten sich zwei Methoden der Golddeckung herausgebildet. Bei der einen wurde gesetzlich ein Mindestprozentsatz des Banknotenumlaufs festgelegt, der durch Gold gedeckt sein musste, bei der andern wurde das Maximum des Banknotenumlaufs gesetzlich geregelt.

Die Tatsache, dass ein Teil des Geldumlaufs nicht durch Metall gedeckt ist, verändert beträchtlich die Eigenschaften der Goldwährung. In der Tat gleichen sich Goldproduktion und Geldumlauf nicht automatisch aus, wie das bei der reinen Goldumlaufswährung der Fall ist, denn eine kleine Veränderung der Banknotenausgabe kann den Geldumlauf in gewissen Grenzen erhöhen oder verkleinern. Andererseits bot dieses Geldsystem aus diesem Grunde eine gewisse Elastizität, da die Banknotenausgabe in gewissem Masse die Ausdehnung und Schrumpfung des Geldumlaufs erleichtert. Es war daher eher in der Lage, sich den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Transaktionen anzupassen.

§ 3

Die Goldumlaufswährung

Bei diesem Währungssystem besteht der gesamte Geldumlauf nur aus Goldmünzen. Die Hauptmerkmale dieser Art Goldwährung sind ausser der Einlösbarkeit der Banknoten in Gold und umgekehrt die gleichen wie bei der klassischen Goldwährung, und zwar die freie Ausprägbarkeit, die freie Einschmelzbarkeit der Goldmünzen sowie die freie Goldein- und -ausfuhr.

Solange der Geldumlauf nur aus Goldmünzen besteht, hängt die Geldmenge vom Goldgeldvolumen ab und dieses wieder ist abhängig von der

Goldproduktion. Die Geldmenge wird also automatisch von der Goldproduktion gelenkt. Eine Vergrößerung dieser Produktion, die mehr als diese den Bedürfnissen der Volkswirtschaft entspräche, würde automatisch eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus bewirken, während eine Verminderung der Goldproduktion, ungenügend für die wirtschaftlichen Transaktionen, im Gegenteil ein Sinken des allgemeinen Preisniveaus verursachte.

In diesem Fall ist eine Staatsintervention zur Korrektur der umlaufenden Geldmenge unmöglich. Die gleichen Bedingungen bestünden bei einem Währungssystem ohne Goldzirkulation, wo aber die Banknoten vollständig durch Gold gedeckt sein müssten und wo jede Neuausgabe von Noten nur infolge einer Vergrößerung der Goldreserven möglich wäre.

Der grösste Vorteil der Goldumlaufwährung liegt in der vollständig automatischen Regelung des Geldumlaufs und daher des Wertes der Geldeinheit. Aber aus diesem Vorteil entspringt gerade der grosse Nachteil dieses Systems, und zwar die Unmöglichkeit, die umlaufende Geldmenge den Bedürfnissen der wirtschaftlichen Transaktionen anpassen zu können. Diese Starrheit in der Menge des umlaufenden Geldes wirkt sich unweigerlich aus auf die Kaufkraft des Geldes. Allerdings ist dieses Geldsystem in reiner Form nirgends vorgekommen.

§ 4

Die Goldbarren- oder Goldkernwährung

Bei dieser Art Goldwährung besteht kein Goldmünzenumlauf, obschon die Währungseinheit mit dem Gold verbunden ist. Das einzige gesetzliche Zahlungsmittel sind Banknoten. Die charakteristischen Merkmale dieses Währungssystems sind die folgenden:

Die Verpflichtung der Zentralbank, die von ihr ausgegebenen Noten unbeschränkt gegen Goldbarren zum festgelegten Preis einzulösen. Die Verpflichtung der Zentralbank, zum festgesetzten Preis das ihr angebotene Gold unbeschränkt zu kaufen. Freie Goldein- und -ausfuhr.

Diese Vorschriften sollen verhindern, dass der Wert der Geldeinheit sich vom Wert der ihr entsprechenden Goldmenge entfernt. In diesem System dient das Gold nicht mehr als Zahlungsmittel im Inland, denn es wird nur von der Zentralbank angenommen und geliefert in Barren bestimmten Gewichts. So konzentriert sich die Nachfrage nach Gold im allgemeinen nur zu Zahlungen an das Ausland. Doch sind für solche Zahlungen nicht unbedingt Goldbarren erforderlich, solange der Aussenwert der Währung gleichbleibt, d. h. sich zwischen den Goldpunkten⁹ bewegt,

9) Siehe S. 20/21 dieser Arbeit.

da die Transport- und Versicherungskosten die Überweisung von Wechseln auf das Land, wo die Zahlung geleistet werden muss, vorteilhafter machen.

Der Vorteil dieses Währungssystems liegt in der Möglichkeit der Goldersparnis durch die Aufhebung der Goldmünzenzirkulation und der Möglichkeit, den Geldumlauf besser den wirtschaftlichen Bedürfnissen anpassen zu können. Schon 1816 wurde diese Form der Goldwährung in England von *Ricardo*¹⁰ vorgeschlagen, die bis zu einem gewissen Grad die Vorteile der Goldwährung und der Papierwährung in sich vereinigt. England hat dann nach dem ersten Weltkrieg dieses Währungssystems zuerst eingeführt.

§ 5

Die Golddevisenwährung

Auch hier zirkuliert kein Goldgeld. Gesetzliches Zahlungsmittel ist nur die Banknote.

Die charakteristischen Merkmale dieses Systems sind:

Die Verpflichtung der Zentralbank, die von ihr ausgegebenen Noten unbeschränkt gegen Golddevisen¹¹ zum festgesetzten Preis einzulösen. Die Verpflichtung der Zentralbank, zum festgelegten Preis die ihr angebotenen Golddevisen unbeschränkt zu kaufen. Freie Ein- und Ausfuhr der Golddevisen.

Diese vier Punkte sollen wiederum ein Abweichen des äusseren Wertes der betreffenden Währung gegenüber dem Wert der Golddevisen und des Goldes verunmöglichen.

Die Beziehungen zwischen der Währungseinheit und dem Gold vollziehen sich indirekt durch Vermittlung einer andern in Gold konvertierbaren Währung. Ein weiterer Unterschied gegenüber dem vorhergehenden System der Goldkernwährung besteht darin, dass nicht nur kein Goldumlauf im Innern des Landes besteht, sondern dass auch kein Gold zu Auslandszahlungen verwendet wird. Es ist gewissermassen eine Goldwährung ohne Gold.

Diese Art der Goldwährung ist nur unter der Bedingung möglich, dass mindestens ein Land tatsächlich Goldwährung hat, so dass die Geldeinheiten der andern Länder mit der des effektiven Goldwährungslandes, das die seinige direkt an das Gold gebunden hat, verbunden werden können.

10) D. Ricardo, *Proposals for an economical and secure currency; with observations on the profits of the Bank of England, as they regard the Public and the Proprietors of Bank Stock*, London 1816. — F. Machlup, *Die Goldkernwährung*, Halberstadt 1925.

11) Golddevisen sind ausländische Zahlungsmittel, die von Goldwährungsländern stammen und auf diese Weise einen Rückgriff auf das Gold ermöglichen.

Sobald das tatsächliche Goldwährungsland seine direkte Beziehung zum Gold aufhebt, verschwindet die Goldwährung automatisch in den andern Ländern.

Die Vorteile, die man diesem System zuschreibt, sind: Goldersparnis und die Möglichkeit, Zinse auf die bei einer fremden Zentralbank deponierten Golddevisen zu erhalten.

Seine Nachteile liegen in der Gefahr einer Abwertung der in Depot liegenden und dem Notenumlauf als Deckung dienenden Golddevisen infolge der Aufhebung der Goldwährung in dem effektiven Goldwährungsland oder der Beschlagnahme dieser Depots in Kriegszeiten. Ein anderer Nachteil dieses Systems liegt in einem eventuellen Mangel der Zusammenarbeit der verschiedenen Zentralbanken mit Golddevisenwährung, entsprechend den Erfordernissen und Spielregeln der Goldwährung und der Unmöglichkeit für die einzelne Zentralbank, den Geldumlauf zu kontrollieren.

Nach dem ersten Weltkrieg war die Golddevisenwährung das verbreitetste Währungssystem.

Um tatsächlich die Form eines Währungssystems in der Praxis beurteilen zu können, ist nicht nur die geltende Gesetzgebung in Betracht zu ziehen, sondern auch die Art und Weise, wie diese Vorschriften gehandhabt werden ¹².

Dadurch, dass, wie schon erwähnt, die Struktur der schweizerischen Geldverfassung anhand der Merkmale der klassischen Goldwährung untersucht werden soll, wird nun der Funktionsmechanismus dieses Währungssystems einer eingehenderen Betrachtung unterzogen.

Zweites Kapitel

Der Funktionsmechanismus der klassischen Goldwährung

§ 1

Goldwährung und Kaufkraft der Währungseinheit

Charakteristisch für das Bestehen der Goldwährung in einem Land ist die schon erwähnte Tatsache, dass die Währungseinheit ein bestimmtes Quantum Gold darstellt. Die Kaufkraft der Währungseinheit fällt also zusammen mit dem entsprechenden Goldquantum.

Zuerst soll aber noch abgeklärt werden, was unter Kaufkraft des Geldes oder innerer Wert des Geldes und Kaufkraft des Goldes zu verstehen ist. Eine unmittelbare Beziehung des Geldes zu einem menschlichen Bedürfnis

12) F. Machlup, a. a. O.

fehlt. Es erhält seinen Wert als Tauschmittler und daraus leitet sich die Kaufkraft ab, die dem jeweiligen Austauschverhältnis zwischen Geld und Ware entspricht. Man kann auch die Kaufkraft als den reziproken Wert des Preisniveaus definieren. Wo nun eine feste Bindung besteht zwischen dem Wert des Goldes und der Währungseinheit, steht der Wert des Goldes bzw. dessen Kaufkraft in Verbindung mit dem Preisniveau in dem Lande, wo eine solche Beziehung aufrechterhalten wird.

Die Beziehung zwischen Geldwert und Goldwert ist möglich durch die Regelung der umlaufenden Geldmenge, die ihrerseits die Kaufkraft der Währungseinheit beeinflusst. Wie schon im vorhergehenden Kapitel erwähnt, wird bei reiner Goldumlaufwährung das Verhältnis zwischen Geld- und Goldwert einerseits aufrechterhalten durch die Freiheit, die jeder Goldbesitzer hat, Münzen prägen und wieder einschmelzen zu lassen, und andererseits durch das unbeschränkte Recht, Gold in Münzen oder Barren ein- und auszuführen. Auf diese Weise verursacht jede Abweichung zwischen Kaufkraft der Währungseinheit und der betreffenden Goldmenge eine Vergrößerung oder Schrumpfung des Geldumlaufs, die den Goldwert dem Wert der Währungseinheit anpassen soll.

Bei der klassischen Goldwährung und auch bei Goldkern- und Golddevisenwährung wird das Prägen und Schmelzen der Münzen teilweise oder ganz ersetzt durch die Einlösbarkeit der Banknoten in Gold oder Golddevisen. Die zentrale Notenbank ist gezwungen, Gold in Barren oder Münzen oder Golddevisen zu einem festen Preis zu kaufen und zu verkaufen. Hier wird also durch die Einlösbarkeit der Banknoten die umlaufende Geldmenge geregelt, die ihrerseits die Übereinstimmung zwischen Kaufkraft des Goldes und der Währungseinheit herstellen soll.

Das Ausgleichen der Kaufkraft der Währungseinheit mit Hilfe der umlaufenden Goldmenge wird bei der Goldwährung allgemein als automatisch betrachtet und hier sehen zahlreiche Autoren den grossen Vorteil dieses Währungssystems. Eine nähere Betrachtung zeigt allerdings, dass das Problem der Aufrechterhaltung bzw. Regulierung der Kaufkraft der Währungseinheit unter einer entwickelten Goldwährung mit einem ausgebauten Kreditbankensystem in der Tat nicht so einfach ist und eine eingehendere Untersuchung verlangt.

Um diese Betrachtung zu vereinfachen, soll der Goldvorrat als gleichbleibend angenommen werden und der wirtschaftliche Fortschritt, der eine entsprechende Vermehrung der Geldmenge verlangt, ausgeschlossen werden. Berücksichtigt werden nur vorübergehende Produktionserweiterungen oder -einschränkungen. Unter diesen Voraussetzungen soll nun die Regulierung der Kaufkraft der Währungseinheit unter der klassischen Goldwährung betrachtet werden.

Die klassische Goldwährung und die Kaufkraft der Währungseinheit

In einem entwickelten Goldwährungssystem hängt die Höhe der umlaufenden Geldmenge und damit die Kaufkraft der Währungseinheit nicht ausschliesslich ab von den Gold- und Warenbewegungen von Land zu Land (abgesehen von der Goldproduktion und dem wirtschaftlichen Fortschritt). Eine andere Methode, um die umlaufende Geldmenge auszudehnen oder einzuschränken, hat sich in der Form des Kredites¹³ entwickelt. Diese neue Möglichkeit der Geldschaffung hat die Goldwährung von einem fast automatischen Währungssystem umgewandelt zu einem, bei dem die Geldmenge ebenfalls manipuliert werden kann.

Die Tatsache, dass bei der klassischen Goldwährung Banknoten, die nicht 100prozentig mit Gold gedeckt sind, zirkulierten, brachte auch ein Element der Störung in eine automatische Geldmengenregulierung, allerdings, wie im vorhergehenden Kapitel erwähnt, gesetzlich beschränkt, indem ein gewisser Prozentsatz in Gold gedeckt sein musste.

Tatsächlich setzte nicht nur die Gesetzgebung der Ausdehnung der umlaufenden Geldmenge Grenzen, die ihrerseits wieder den Kredit beschränkte, sondern auch die Goldbewegungen zusammen mit der Einlösbarkeit der Banknoten auferlegten hier eine Beschränkung. Zudem hing die Anzahl der Kredite, die die Zentralbank gewährte und die auch wieder auf die Geldzirkulation einwirkten, ab vom offiziellen Diskontsatz. Nach klassischer Auffassung bestand ja die Rolle des Zinssatzes darin, das Angebot und die Nachfrage nach Geldkapital in Einklang zu bringen.

Die zentrale Notenbank kann aber auch die umlaufende Geldmenge durch Operationen auf dem offenen Markt¹⁴ verändern. Verschiedene Umstände beeinflussen selbstverständlich die Wirksamkeit dieser Massnahme, wie z. B. die wirtschaftliche Struktur eines Landes etc. Diese Möglichkeit der Manipulierung der Geldmenge ist allerdings nicht so willkürlich, wie dies auf den ersten Blick erscheinen mag. Eine Diskont- oder Offenmarktpolitik, die den Geldumlauf und das Preisniveau eines Landes ins Unbegrenzte steigert, verursacht unter dem Regime des Goldwährungssystems sofortige Reaktionen zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes, vorausgesetzt, dass die zentralen Notenbanken aller Goldwährungsländer sich sonst an die Regeln der Goldwährung halten.

13) Siehe S. 27 dieser Arbeit.

14) An- und Verkauf von primären Aktiven der Zentralbank, d. h. von Gold, Valuten und festverzinslichen Wertpapieren auf dem offenen Markt (siehe E. Schneider, a. a. O., S. 54).

Ein Hauptmerkmal der Goldwährung besteht darin, dass die gleiche Quantität Gold in allen Goldwährungsländern die gleiche Kaufkraft haben muss. Desgleichen muss eine in Gold einlösbare Banknote in allen Ländern mit Goldwährung die gleiche Kaufkraft besitzen. Mit anderen Worten, das allgemeine Preisniveau muss in allen Ländern mit Goldwährung gleich sein. Jede Veränderung der Kaufkraft des Goldes in einem dieser Länder ruft Reaktionen hervor, die geeignet sind, das verlorene Gleichgewicht wiederherzustellen.

Diese Reaktionen sind von zweierlei Art:

1. Die automatischen Goldbewegungen, verbunden mit der Einlösbarkeit der Banknoten und dem daraus resultierenden Warenstrom.
2. Die fast automatische Regulierung des Diskontsatzes.

Dieser sogenannte Goldautomatismus soll nun anhand eines Beispiels erläutert werden.

Zwei Länder A und B mit Goldwährung haben das gleiche Preisniveau und den gleich hohen Diskontsatz, d. h. sie stehen miteinander im Gleichgewicht. Unter der Annahme, dass im Land A die Produktion zurückgeht, die eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus verursacht, bleibt vorerst in B die Situation unverändert. Die Reaktionen sind nun die folgenden:

Zu Beginn werden im Land A die Importe erhöht und die Exporte vermindert, so dass eine erhöhte Nachfrage nach Devisen des Landes B entsteht, die den Wechselkurs für diese Geldsorte auf den oberen Goldpunkt erhöht. Bevor er noch diesen Punkt erreicht, wird eine weitere Reaktion erfolgen, die versucht, das Gleichgewicht wiederherzustellen. Die zusätzliche Nachfrage nach Devisen hätte im Innern des Landes A für Konsumgüter oder Kapitalgüter verwendet werden können. Es entsteht somit eine verminderte Nachfrage, die die Preise des Landes A den Preisen des Landes B angleichen kann und die auch die zusätzliche Nachfrage nach Devisen vermindert. Diese Korrektur genügt aber oft nicht, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Im Falle, wo also der Wechselkurs B bis zum Goldausfuhrpunkt gestiegen ist, ergeben sich folgende Resultate:

1. Ein Teil der Goldmünzen in Zirkulation oder der Reserven in A wird nach B ausgeführt zu Zahlungszwecken, was eine Verminderung der umlaufenden Geldmenge verursacht und eine Preisreduktion in A sowie eine vergrößerte Geldzirkulation in B und eine Erhöhung des Preisniveaus nach sich zieht.

Das gleiche geschieht mit den Warenbewegungen zwischen A und B, die ihrerseits eine Preisreduktion in A und eine Erhöhung in B verursacht.

2. Die zentrale Notenbank in A wird gezwungen sein, infolge ihres Goldverlustes den Diskontsatz zu erhöhen, was eine Reduktion des Geldumlaufs und eine Preissenkung zur Folge hat.

Im Land B wird die zentrale Notenbank den Diskontsatz senken,

um den Goldzufluss zu bremsen, aber diese Massnahme wird die umlaufende Geldmenge vergrössern und das Preisniveau erhöhen.

Das Schlussresultat dieser gegenseitigen Bewegungen sollte die Wiederherstellung des Gleichgewichtes zwischen den beiden Ländern sein. Aber diese Gleichgewichtsbedingungen haben eine Veränderung erfahren, die sich in einer neuen Goldverteilung bemerkbar macht, gefolgt von einer ungefähr gleichen Preiserhöhung in den beiden Ländern.

Die Veränderungen brauchen aber nicht endgültig zu sein. Vom Moment an, wo die Produktion im Land A wieder den Normalstand erreicht hat, kann die ehemalige Goldverteilung und das damalige Preisniveau wiederhergestellt sein, infolge der schon betrachteten automatischen Ausgleichstendenzen.

Bis jetzt wurde eine quasi automatische Veränderung des Diskontsatzes angenommen unter der Voraussetzung, dass eine vernünftige Geldpolitik zu einer Anpassung des Diskontsatzes zwingt. Aber diese Tatsache schliesst nicht die Möglichkeit aus, den Diskontsatz entgegen den Regeln der Goldwährung zu variieren und dadurch das Preisniveau und die Goldverteilung in den Goldwährungsländern zu verändern.

Annahme: die gesetzlichen Goldreserven in den beiden Goldwährungsländern A und B betragen 40 % der umlaufenden Noten und der bezügliche Goldvorrat entspreche diesem Prozentsatz. Erhöht nun Land A seinen Diskontsatz, so vermindert sich dort die umlaufende Geldmenge und das allgemeine Preisniveau sinkt, was eine Verkleinerung des Importes und eine Verstärkung des Exportes nach B verursacht. Land B, um dem Verlust seines Goldvorrates an Land A zu steuern, wird seinerseits eine künstliche Senkung seiner Preise anstreben, indem es ebenfalls seinen Diskontsatz erhöht. Wenn das Land A auf seiner Politik des erhöhten Diskontsatzes beharrt und diesen nochmals erhöht, verursacht es eine weitere Verkleinerung des Geldumlaufs und eine zusätzliche Senkung des Preisniveaus, woraus eine Fortsetzung des Goldzustroms aus B resultiert und eine weitere Preisreduktion in B.

Daraus kann gefolgert werden, dass beim Goldwährungssystem ein wirtschaftlich starkes Land mit einer den Regeln der Goldwährung entgegengesetzten Politik der Diskontsatzerhöhung beträchtliche Veränderungen hervorrufen kann, nicht nur in bezug auf das Preisniveau in seinem eigenen Land, sondern auch auf das in den anderen Goldwährungsländern und auf die Goldverteilung.

In diesem Beispiel wurde das nach A exportierte Gold nicht zur Erhöhung der umlaufenden Geldmenge verwendet, sondern es wurde in den Kellern der Zentralbank sterilisiert. Sofern überhaupt ein Gleichgewicht zustandekommt, wird es sich auf einem viel niedrigeren Preisniveau einstellen, als dies der Fall wäre bei einer den Regeln der Goldwährung entsprechenden Verteilung und Verwendung des Goldes.

Allerdings trifft bei einer nicht den Regeln der Goldwährung entsprechenden Senkung des Diskontsatzes das nicht zu, was bei der besprochenen regelwidrigen Erhöhung vorgekommen ist. Im Falle, wo der Goldvorrat der Länder A und B den gesetzlichen Vorschriften entspricht, könnte eine der zentralen Notenbanken dieser Länder nicht willkürlich den Diskontsatz senken, da die Vergrößerung der umlaufenden Geldmenge und die Verschlechterung der Handelsbilanz, verbunden mit einer Goldausfuhr, bald den Goldvorrat unter das gesetzliche Minimum reduzierten und die Notenbank wäre gezwungen, ihren Diskontsatz zu erhöhen.

Aus dieser Betrachtung des Funktionsmechanismus der klassischen Goldwährung kann geschlossen werden, dass das mehr oder weniger reibungslose Arbeiten dieses Währungssystems an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist, die nachstehend besprochen werden.

Drittes Kapitel

Bedingungen für das Funktionieren der klassischen Goldwährung

Es sollen hier nur die wichtigsten wirtschaftspolitischen und allgemeinpolitischen Voraussetzungen betrachtet werden, die ein Funktionieren des Goldautomatismus überhaupt zulassen. Es werden z. B. alle Schwierigkeiten ausser acht gelassen, die sich für die Goldwährung aus besonderen Marktsituationen ergeben — so etwa der Fall, dass die Zentralbank eines Landes trotz Goldzufluss in einer Depression keine Möglichkeiten hat, die Geldmenge auszudehnen, weil keine Wechsel bei ihr eingereicht werden, oder aber bei Offenmarktpolitik, weil die Mitgliedsbanken das ihnen zufließende Geld nicht zur Erweiterung des Kreditvolumens, sondern zur Abdeckung von Verbindlichkeiten bei der Zentralbank benützen, wie es in den USA häufig der Fall war.

*1. Verzicht auf autonome binnenländische Konjunkturpolitik*¹⁵

Die konjunkturtheoretische Forschung hat seit dem ersten Weltkrieg mehr und mehr die Bedeutung der monetären Faktoren für den Konjunkturablauf herausgearbeitet und von den Zentralbanken entsprechend den

15) Unter Konjunkturpolitik sind Massnahmen zu verstehen, die den Wechsel zwischen Prosperität und Depression in einer Volkswirtschaft auszugleichen versuchen. Die Prosperität bedeutet einen Zustand, in dem das konsumierte, das produzierte Realeinkommen und das Beschäftigungsniveau hoch sind oder steigen und wo es keine oder nur wenig ungenutzte Produktionsmittel und Arbeitslose

theoretischen Erkenntnissen gefordert, bewusste Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs mit den Mitteln der Kreditpolitik zu betreiben, wobei das Ziel dieser Massnahmen je nach der konjunkturtheoretischen Auffassung verschieden war — Stabilisierung des Preisniveaus, Stabilisierung des Kreditvolumens. Die Zentralbanken haben sich dann dieser Aufgabe unterzogen und ihre Machtmittel, die sie durch die Beherrschung des Geldwesens besitzen, in den Dienst dieser Konjunkturpolitik gestellt ¹⁶.

Autonome Konjunkturpolitik und klassische Goldwährung sind insofern unvereinbar, als dass der Goldautomatismus nicht mehr wirksam ist. Goldbewegungen sind ohne Einfluss auf Warenbewegungen und eine angemessene Verteilung des Goldes über die Länder ist unmöglich.

Treibt beispielsweise die Zentralbank in einem goldempfangenden Land autonome Konjunkturpolitik, die darauf ausgeht, jede Geldvermehrung zu verhindern, um Preissteigerungen zu vermeiden, so unterlässt sie nicht nur Kreditausdehnung, sondern sie wirkt auch der primären Geldvermehrung, die durch Ankauf des Goldes entstehen sollte, entgegen.

2. Verzicht auf protektionistische Massnahmen

Bei Befolgung der Spielregeln der Goldwährung pflegen, wie schon erwähnt, Goldbewegungen Warenbewegungen auszulösen, wodurch dann ein endgültiger Ausgleich der Handelsbilanz zustandekommt. Wenn sich nun ein Land zum Schutze seiner Märkte entschliesst, kann das unter Umständen nicht ohne Wirkung auf den Goldmechanismus bleiben. Die erste Form eines solchen Schutzes ist der Zoll. Die Existenz von Zöllen an sich erschwert das Funktionieren der Goldwährung noch nicht ¹⁷. Nur die Einführung oder Erhöhung von Zöllen wirkt hindernd auf das Spielen des Goldmechanismus.

Noch schlimmer in ihrer Wirkung auf die Goldwährung als Zölle ist die moderne Form des Protektionismus, das Kontingentsystem. Im Gegensatz zu den Zöllen bewirkt die Existenz von Kontingenten, nicht erst ihre Einführung, schwere Störungen. Während die Zölle den Preismechanismus zur Auswirkung kommen lassen, ist das bei Kontingenten nicht der Fall. Setzt ein Land für die Wareneinfuhr bestimmte Mengen fest, dann kann keine

gibt. Die Depression dagegen bedeutet den Zustand, in dem das konsumierte und produzierte Realeinkommen sowie die Beschäftigungsrate sinken oder niedrig sind. Zudem gibt es ungenützte Kapazitäten, besonders Arbeitslose (G. Haberler, *Prosperität und Depression*, Bern 1948, S. 249).

16) F. Lutz, *Goldwährung und Wirtschaftsordnung*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* 41, 1935, S. 234.

17) F. Lutz, a. a. O., S. 241.

noch so grosse Preissenkung des ausführenden Landes einen Ausgleich schaffen. Gold ist im Falle der Anwendung des Kontingentsystems die einzige Form der Bezahlung einseitiger Wertübertragungen. Dies ist allerdings nur korrekt, wenn lediglich an die Bezahlung durch Ausfuhrsteigerung gedacht wird. Bei genügendem Goldverlust wird die Einfuhr des goldverlierenden Landes so zurückgehen, dass der nötige Warensaldo für die einseitige Übertragung hergestellt ist.

3. Preiselastizität

Goldabfluss setzt einen relativen Geldüberfluss voraus, was in der Regel gleichbedeutend ist mit relativ zu hohem Preisniveau. Der Goldabfluss ist das Mittel, diesen Geldüberfluss zu beseitigen, d. h. die Preise zu senken und die erforderliche Anpassung an die veränderten Verhältnisse zu erzwingen. Der Prozess einer mit Senkung des Preisspiegels verbundenen Anpassung ist immer schmerzlich und kann unerträglich werden, wenn das Ausland autonome Konjunktur- oder Handelspolitik treibt.

Die Preissenkung, die nötig ist, um die Ausfuhr zu erhöhen oder die Einfuhr zu beschränken, ist nur unter der Voraussetzung eines elastischen Preissystems einigermaßen erträglich, d. h. die Preise müssen sich entsprechend den Fluktuationen von Angebot und Nachfrage bewegen können; also keine staatlich festgesetzten Preise und keine Monopole¹⁸.

4. „Vertrauen“¹⁹

Die Erfahrungen mit dem Nachkriegsgoldstandard (1925—1931) haben gezeigt, dass für das Funktionieren der Goldwährung noch ein weiteres Moment hervorzuheben ist, das man mit dem vagen Ausdruck „Vertrauen in die Stabilität der Verhältnisse“ zu bezeichnen pflegt. Fehlt dieses Vertrauen, so macht sich dieser Mangel besonders in den internationalen Kreditbeziehungen unangenehm bemerkbar. Kurzfristige Kreditbewegungen im Rahmen der Goldwährung sind vernünftig, wenn sie in der Richtung des höheren Zinses erfolgen, unrational dagegen, wenn das nicht der Fall ist.

18) A. Bosshardt, a. a. O., S. 21/22.

19) Das „Vertrauen“ ist allerdings die Grundlage für das Funktionieren jeglicher Geldordnung, denn in jedem Geld, auch im sog. vollwertigen Metallgeld, liegt das unmittelbar wertbildende Moment immer im Glauben des Empfängers, für das betreffende Tauschobjekt eine gewisse Menge Waren zu erhalten (K. Wicksell, Geldzins und Güterpreis, Jena 1898, S. 44).

Es ist aber charakteristisch, dass unter unsicheren Verhältnissen die Kreditströme sich nicht nach der Zinshöhe richten, sondern nach der wirklichen oder vermeintlichen allgemeinen oder währungspolitischen Sicherheit der Länder ²⁰.

Kapitalflucht verunmöglicht dem kapitalempfangenden Land die Beeinflussung der Kreditströme durch die Diskontpolitik. Ein Erhöhung der Kreditmenge infolge des Goldzustroms entsprechend den Regeln der Goldwährung ist ebenfalls nicht angebracht, da das betreffende Land einem plötzlichen Abzug der Kredite in grossem Umfang ungerüstet gegenübersteht. Die Zentralbank des empfangenden Landes muss in einem solchen Fall den Diskontsatz hochschrauben, nicht um den Rückstrom aufzuhalten, was in dem gegebenen Fall gar nicht möglich ist, sondern um eine aktive Handelsbilanz zu erzwingen. Das wiederum bedeutet, dass Bankinstitute und Firmen, denen kurzfristige Kredite gekündigt werden und die sich unter allen Umständen Mittel beschaffen müssen, Wertpapiere und Lager abstossen oder Bankrott ansagen, d. h. es tritt eine Depression ein. Hält sich die Zentralbank des kapitalempfangenden Landes von vornherein nicht an die Regeln der Goldwährung, indem sie die Geldmenge trotz Zustrom von Gold nicht ausdehnt, so hat das Fluchtland die doppelte Last der Goldwährung zu tragen. Die zur Entstehung des Ausfuhrüberschusses nötige Differenz in den Preisniveaus muss allein durch Senkung der Preise im Fluchtland bewirkt werden.

Viertes Kapitel

Sinn und Zweck der Goldwährung

Mit Hilfe der vorangegangenen Funktionsanalyse der klassischen Goldwährung bzw. des Goldautomatismus kann das Wesen dieses Währungssystems in folgenden sechs Punkten zusammengefasst werden ²¹:

1. Bei Goldwährung sind die Wechselkurse im Rahmen der Goldpunkte stabil. Dieser Tatsache, die dem Aussenhandel eine sichere Kalkulationsgrundlage gewährt, sind die Goldbewegungen zuzuschreiben.
2. Die Bindung der Geldmenge an das Gold ermöglicht der Zentralbank eine Geldvermehrung nur nach Massgabe des ihr zufließenden Goldes.
3. Die Goldwährung soll zu einer „angemessenen“ relativen Gold- und damit Geldversorgung der beteiligten Länder nach dem Grade der Umsätze führen. Sie bewirkt, dass Ausdehnung oder Schrumpfung

20) Th. Keller, Das „heisse Geld“ in der Schweiz, Schw. Rundschau 37, 1937, Heft 9, S. 735—737.

21) F. Lutz, a. a. O., S. 227.

der Geldmenge immer international sein werden und nicht auf ein einzelnes Land beschränkt bleiben können. Die Goldwährung ist also ihrem Wesen nach ein internationales Währungssystem²².

4. Störungen des Gleichgewichts im Verkehr zwischen Ländern sollen in der Goldwährung durch einen selbsttätigen Mechanismus mit relativ geringen Reibungen beseitigt werden, wobei die kurzfristigen Kredite eine wesentliche Rolle spielen.
5. Das Goldwährungssystem stellt, wie die Punkte 1—4 zeigen, eine strenge Ordnung des internationalen Geldwesens dar, der, wie jeder Ordnung, ganz bestimmte Regeln zugrunde liegen. Auf der Einhaltung dieser Regeln (vor allem Ausdehnung der Geldmenge bei Goldeinstrom und umgekehrt) beruht das Funktionieren.
6. Das ganze System ist in dem Sinne automatisch, dass sehr wenig der planenden Fürsorge der Zentralbehörden überlassen bleibt, die sich nur nach ihren Reserven zu richten haben.

Fünftes Kapitel

Die Grenzen des Goldautomatismus

Es sollen hier diejenigen Einwirkungen, die sich einem Goldautomatismus entgegenstellen, betrachtet werden, die auch auftreten, wenn die genannten vier Funktionsbedingungen der klassischen Goldwährung mehr oder weniger erfüllt sind.

Es muss allerdings hervorgehoben werden, dass nach der älteren klassischen Auffassung der Grad der Reagibilität der Wirtschaftseinheiten auf Änderungen in den ökonomischen Grössen wie Preise, Zinsfuss, Geldmenge etc. so gross ist, dass sich ein Ungleichgewicht automatisch wieder in ein Gleichgewicht zurückverwandeln muss. Auch bei der Theorie des Goldautomatismus tritt diese klassische Auffassung der sofortigen Anpassung hervor, indem das Zeitmoment nur mangelhaft berücksichtigt wird²³.

Die neuere Theorie leugnet dagegen einen solchen Grad der Reagibilität der Haushalte und Unternehmungen in einer freien Marktwirtschaft. Sie vertritt vielmehr den Standpunkt, dass ein einmal eingetretenes Ungleichgewicht in einer sich selbst überlassenen Marktwirtschaft automatisch, d. h. durch in der Marktwirtschaft selbsttätig wirkende Kräfte nicht nur nicht

22) A. Bosshardt, Wesen der Goldwährung und Voraussetzungen ihres Wiederaufbaus, St. Gallen 1935, S. 15/16.

23) E. Fossati, Grenzen des Goldautomatismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 39, 1934, 1, S. 310.

verschwindet, sondern über eine mehr oder weniger lange Zeit fortbestehen kann²⁴.

§ 1

Die Bedeutung des Kredites für die Funktion des Goldautomatismus

Von den Einwirkungen, die sich dem Goldautomatismus entgegenstellen, ist in erster Linie die Einführung des Kredites zu betrachten.

Unter Kredit soll der produktive Geldkredit verstanden werden, den die Banken durch die vorübergehende Überlassung von Kaufkraft bzw. Geld in Form von Zentralbanknoten den Unternehmern gewährend. Produktivkredit vermehrt bei dem Kreditnehmer das „Kapital“ im privatwirtschaftlichen Sinne. Die zentrale Frage der Kredittheorie lautet: Wieweit wird durch die Einräumung eines neuen Kredites beim Kreditnehmer, und damit in der Volkswirtschaft überhaupt, der Bestand an produzierten Produktionsmitteln vergrößert²⁵?

Handelt es sich um einen Kredit, der ohne Neuschaffung von Kaufkraft, also auf Grund von in der Volkswirtschaft gemachten Ersparnissen eingeräumt wird, so wirkt er insofern kapitalgütervermehrend, als dasjenige Gut, auf das das sparende Wirtschaftssubjekt Anspruch hat, nicht von diesem selbst konsumtiv verbraucht, sondern zur produktiven Verwendung demjenigen zugeführt wird, auf das die Kaufkraft des Sparer durch die Kreditgewährung übertragen wurde. Es handelt sich hier lediglich um einen Übertrag des Anspruchs auf ein bestehendes oder entstehendes Gut an ein anderes Wirtschaftssubjekt.

Sehr viel schwieriger gestaltet sich die Frage nach der kapitalgüter-schaffenden Kraft des sogenannten „inflatorischen“ Kredites²⁶, bei dem die Krediteinräumung nicht auf Grund gemachter Ersparnisse geschieht. Diese Frage ist in den verschiedenen Epochen wirtschaftlicher Entwicklung ganz verschieden beantwortet worden.

Die Klassiker, insbesondere *Ricardo*, haben auf die Unhaltbarkeit der merkantilistischen Auffassung hingewiesen, dass hoher Zins und Kapitalknappheit jederzeit durch Kredit- und Geldvermehrung beseitigt werden

24) E. Schneider, a. a. O., S. 160.

25) A. Hahn, Artikel „Kredit“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 1927, S. 944 ff.

26) Beim „inflatorischen“ Kredit muss unterschieden werden zwischen dem Vorgang der Kreditgewährung einer einzelnen Bank und der sogenannten multiplen Giralgeldschöpfung des Bankensystems. Diese Giralgeldschöpfung ist abhängig vom Mindestreservesatz, von der Höhe der Überschussreserve der Kreditbanken und den Zahlungssitten des Publikums (siehe E. Schneider, a. a. O., S. 37 ff.).

können. Sie sahen auf Grund ihrer rein quantit theoretischen Auffassung, dass die „nichtinflationistische Kreditgewährung“ keine Erhöhung der Preise bewirkt, dass dagegen die „inflationistische Krediteinr umung“ unter allen Umständen preissteigernd wirken müsse. Sie schlossen aus der preissteigernden Wirkung der Kredit- und Geldvermehrung, dass sich diese Kreditgewährung in der Erhöhung der Güterpreise erschöpfe.

Aus der Gesamtauffassung der klassischen Nationalökonomie ergab sich eine Theorie, die der Eigenart der neuzeitlichen, äusserst komplizierten Arbeitsteilung nicht Rechnung trägt. Sie sah noch nicht und konnte auf Grund der damaligen Entwicklungsstufe noch nicht sehen, dass eine Vorfinanzierung mit Mitteln des Geldmarktes in der Volkswirtschaft notwendig ist, weil die Vergrösserung einer erfolversprechenden Produktion Zeit bedarf. Es geht nicht an zu fordern, dass die für eine neue, wichtige Wirtschaftsapparatur erforderlichen Mittel schon im voraus zusammengespart, also in ihrer Gesamtheit dem Kapitalmarkt entnommen werden. Aber die in der Lehre der klassischen Nationalökonomie liegende Warnung darf nicht übersehen werden. Es dürfen nicht mehr Mittel dem Geldmarkt zur Vorfinanzierung von Investitionen entnommen werden, als in einer gewissen Zeit wieder an den Geldmarkt zurückfliessen.

Der Kredit und besonders der zusätzliche Kredit baut nun in das quantitative Prinzip Widerstände ein, die das Verhältnis des Goldes zu den anderen Waren verändern. Da er auf dem Vertrauen beruht und zudem, wie schon erwähnt, das bestehende Gleichgewicht der Preise und Einkommen zerstören kann, birgt der Kredit die Tendenz zu labilem Gleichgewicht in sich, die jede leichte Schwankung des Vertrauens verstärken muss.

Die moderne Methode, Kapital in marktfähigen Kredit zu verwandeln, hat eine immer grössere Mannigfaltigkeit und Verflechtung erreicht. Seitens der Banken kann durch die multiple Giralgeldschöpfung die grösste Ausweitung des Kreditvolumens ohne entsprechende Veränderung der W hrungsmetallbest nde vorgenommen werden. Die Unabhängigkeit des Kreditvolumens von dem Bestand an Edelmetall wurde von Marshall 1887 in einem Memorandum festgestellt:

„Auch unter der landläufigen Annahme, dass *ceteris paribus* eine Erhöhung des Angebots von Edelmetallen den Kredit ausweitet ... scheint es mir notwendig, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass das Angebot von Edelmetallen nur eine Teilursache darstellt, die die Kreditausweitung beeinflusst.“

Aus dieser Erkenntnis heraus folgt die Notwendigkeit, die Kreditexpansion durch eine Reihe geeigneter Massnahmen zu beherrschen. Es genügt hervorzuheben, dass das Auftreten eines Faktors, der selbst einer Führung bedarf und durch seinen ihm innewohnenden Mangel an Stabilität in gesteigertem Masse Schwankungen verursacht, die Verneinung eines jeden

Automatismus darstellt, den man in den Folgen der Edelmetallbewegungen erblicken wollte. Das Kreditphänomen hat nicht nur die Goldquote eines jeden Landes verändert, sondern dahin gewirkt, die Folgen der Edelmetallbewegungen abzuschwächen.

Der Kredit mit seinen zweifachen Ausweitungsmöglichkeiten, der einen direkt von der Notenbank und der andern, indirekt kontrollierbaren, kann den von der Theorie des Automatismus gesteckten Zielen nur innerhalb der Grenzen entsprechen, in denen er einer Beeinflussung unterworfen ist.

§ 2

Das Quantitätsprinzip

Der sogenannte Goldautomatismus, wie er in den vorhergehenden Kapiteln dargestellt worden ist, beruht auf einer rein quantitätstheoretischen Auffassung, die besagt, dass der Geldwert eine Funktion von zwei Grössen sei, der Geldmenge und der auf den Markt kommenden Warenmenge. Das gesamte Preisniveau hängt also von dem Verhältnis zwischen Geld und Ware ab, und Preisgefälle zwischen verschiedenen Goldwährungsländern haben entsprechende Goldbewegungen zur Folge. Der Preis wird als die regulierende Treibkraft für die Bewegung der Edelmetalle dargestellt.

Ricardo drückt dies so aus: „Die Menge bestimmt den Wert eines jeden Dinges. Dies trifft für das Korn zu wie für jede andere Ware und mehr vielleicht noch für das Geld als für jedes andere Gut“²⁷.

Schon *Mill* prägte aber in seinen „*Principles*“ den Satz²⁸:

„Grössere Geldmengen gehen aus einem Lande heraus als hinein, und trotzdem zeigen die Preise keine Spur von seiner vorübergehenden Abwesenheit. Dieser Fall verdient besondere Beachtung; es wird immer deutlicher erkannt, dass die Goldabgabe eines Landes, viel mehr, als früher vorausgesetzt wurde, von der Lage des Kreditmarktes in den verschiedenen Ländern und viel weniger von dem Stand der Preise abhängig ist.“

Der Irrtum der Quantitätstheorie bezüglich der Goldbewegungen liegt vor allem in der Annahme einer starren Kausalbeziehung zwischen der Goldeinfuhr und einer unmittelbar darauffolgenden Aufblähung des Zahlungsmittelvolumens, dem in dem Gold abgebenden Lande die entgegengesetzte Erscheinung entsprechen müsste (eine Auffassung, die bei rein metallischen Umlaufmitteln berechtigt wäre), ferner auch darin, dem Goldbestand die Summe aller Waren als einheitliches Ganzes, ausgedrückt durch

27) D. Ricardo, Speech, in: The C. Hansard Parliamentary Debates, London VII, S. 877.

28) J. St. Mill, Principles of political economy with some of their applications to social philosophy, London 1826, S. 497.

das allgemeine Preisniveau, gegenüberzustellen. Diese vorausgesetzte Kausalbeziehung hat ja nur bedingte Geltung, denn wenn Preisschwankungen auftreten, können diese nur partieller, und nicht genereller Art sein.

Wenn die Quantitätstheorie eine Kausalbeziehung zwischen Geldmenge und Güterpreisen aufstellt, so kann dieser kausale Zusammenhang nur ein indirekter sein ²⁹.

K. Wicksell hat die Notwendigkeit, das Problem in dieser Weise zu sehen, in seinen „Vorlesungen über Nationalökonomie“ ausgesprochen ³⁰:

„Eine allgemeine Preissteigerung ist ... nur unter der Voraussetzung denkbar, dass die allgemeine Nachfrage nach Waren aus irgendeiner Ursache den Vorrat (oder das Angebot) überstiegen habe oder ihn annehmbarerweise übersteigen werde. ... Jede Geldwerttheorie, die diesen Namen verdienen soll, muss daher imstande sein, nachzuweisen, wie und aus welchem Grunde die monetäre Nachfrage nach Waren unter gegebenen Umständen das Warenangebot übersteigen oder umgekehrt, darunter bleiben wird.“

Dass eine allgemeine Preissteigerung nur möglich ist, wenn die monetäre Nachfrage das monetäre Angebot auf allen Märkten übersteigt, ist eine notwendige Bedingung. Soll eine Preiserhöhung eintreten, so müssen sich darüber hinaus alle Anbieter im Bereich steigender Grenzkosten befinden. Das ist der Fall, wenn sich die Wirtschaft dem Zustand voller Ausnützung aller Anlagen nähert. Sind nicht alle Anlagen voll ausgenutzt und befinden sich die Anbieter im Bereich konstanter Grenzkosten, so braucht es nicht zu einer Preissteigerung zu kommen, wenn die effektive Nachfrage das effektive Angebot übersteigt.

Die Möglichkeit, die in der Volkswirtschaft befindliche Geldmenge willkürlich, d. h. unabhängig von den Kaufentschlüssen der Wirtschaftssubjekte, zu ändern, hat nur die mit den nötigen Machtmitteln ausgestattete Zentralbank. Durch An- und Verkauf von festverzinslichen Wertpapieren kann sie die in der Volkswirtschaft befindliche Geldmenge unmittelbar vergrössern oder verkleinern. Bei einer Vergrösserung der Geldmenge ist noch keineswegs gesagt, dass daraus eine Erhöhung der effektiven Nachfrage resultieren wird. Es sind nicht nur objektive Grössen wie die Geldmenge oder die realen Bedingungen der Produktion, welche den Stand der Preise in jedem Augenblick bestimmen, sondern ebenso die Dispositionen der Wirtschaftssubjekte ³¹.

29) E. Schneider, a. a. O., S. 1.

30) K. Wicksell, Vorlesungen über Nationalökonomie, II. Band, Geld und Kredit, Jena 1922, S. 181.

31) V. F. Wagner, Quantitätstheorie und Geldpolitik, Vortrag, gehalten an der Tagung der Studiengruppe für theoretische Nationalökonomie, 25. Oktober 1952, Zürich.

II. Abschnitt

Im folgenden Abschnitt werden nun die eidgenössischen regiminalen Vorschriften erwähnt, die sich auf die im I. Abschnitt hervorgehobenen 6 Hauptmerkmale der klassischen Goldwährung beziehen.

Erstes Kapitel

Die Ausprägbarkeit und Einschmelzbarkeit der Goldmünzen

§ 1

Die freie Ausprägbarkeit der Goldmünzen

Artikel 5 des geltenden Bundesgesetzes über das Münzwesen vom 17. Dezember 1952 führt aus, dass:

„Jedermann unter den vom Bundesrat festzusetzenden Bedingungen der eidgenössischen Münzstätte Gold einliefern und zu Münzen im Nennwert von fünfzig und fünfundzwanzig Franken prägen lassen kann. — Solange die Schweizerische Nationalbank zur Einlösung ihrer Noten in Gold nicht verpflichtet ist, bedarf die Prägung für Private der Bewilligung des Bundesrates.“

In der Vollziehungsverordnung zum Münzgesetz vom 15. April 1953 sind unter Artikel 4—6 die vom Bundesrat festzusetzenden Bedingungen angegeben, die wie folgt lauten:

- aa) Bei Prägaufträgen geniesst die Nationalbank den Vorrang gegenüber Dritten.
- bb) Die Münzstätte nimmt Aufträge zur Prägung von Goldmünzen nur in Beträgen von mindestens 100 000 Franken entgegen.
- cc) Das eingelieferte Gold muss einen Feingehalt von mindestens 900/1000 aufweisen und darf nur eine Beimischung von Kupfer enthalten.

§ 2

Die münztechnischen Grundbegriffe im Münzgesetz von 1952 und der Vollziehungsverordnung in bezug auf die Goldmünzen

- aa) *Münzfuss*: Das Verhältnis von Münzgrundgewicht zur Anzahl der Währungseinheiten gleichen Gehalts, die aus einem bestimmten Münzmetall geschlagen werden sollen.

Artikel 2 des Münzgesetzes von 1952 bestimmt den Münzfuss, d. h. dass der Franken als Währungseinheit 63/310 (= 0,2032 . .) Gramm Feingold entspricht; mit anderen Worten, ein Kilogramm Feingold = 4920 40/63 Franken.

bb) *Feingehalt*: Das Verhältnis zwischen dem in der Münze enthaltenen Edelmetall (Feingewicht = Korn) und dem Gesamtgewicht der fertigen Münze (Rauhgewicht = Schrot).

Der Feingehalt für Goldmünzen beträgt gemäss Münzgesetz (Münzordnung) und Vollzugsverordnung 900 Teile Gold (Korn) und 100 Teile Kupfer (Schrot).

cc) *Passiergewicht*: Mindestens Umlaufgewicht einer Münze.

Dieses Passiergewicht beträgt laut Münzordnung³² beim 50-Franken-Stück 11,211 und beim 25-Franken-Stück 5,606 Gramm.

dd) *Toleranz*: (Remedium) höchster zulässiger Prägefehler nach oben und nach unten.

Diese Vorschrift erwähnt Artikel 10 der Vollziehungsverordnung folgendermassen:

„Goldmünzen, deren Gewicht um mehr als $\frac{1}{2}$ ‰ unter die in Artikel 3 des Münzgesetzes bezeichnete Fehlergrenze (Toleranzgewicht), d. h. beim 50-Franken-Stück unter 11,211 Gramm und beim 25-Franken-Stück unter 5,606 Gramm, gesunken ist, gelten nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel.“

ee) *Schlagschatz*: Ein bestimmter Betrag, der zur Deckung der Prägekosten abgezogen werden konnte. In älterer Zeit wurde er dadurch gebildet, dass die Münzen etwas weniger Edelmetall enthielten als ihnen nach den Bestimmungen über Schrot und Korn zukam. An Stelle des Schlagschatzes trat in neuerer Zeit die Prägegebühr.

Gemäss Artikel 8 der Vollziehungsverordnung wird für die Kosten der Prägung von Goldmünzen eine Gebühr erhoben, die vom Finanz- und Zolldepartement festgesetzt wird.

§ 3

Die freie Einschmelzbarkeit der Goldmünzen

Nach *Knapp* ist das wesentliche Begriffsmerkmal der Goldwährung die „bewusste“ Herstellung fester Grenzen nach unten und nach oben für den Preis eines hylischen Metalls³³ zu betrachten, und dass die Vorschrift zur freien Ausprägung die untere Preisgrenze gewährleistet.

32) Artikel 3 des Bundesgesetzes über das Münzwesen vom 17. Dezember 1952.

33) G. F. Knapp, Staatliche Theorie des Geldes, München und Leipzig 1921, S. 68.

Die Vorschrift der freien Einschmelzbarkeit von Goldmünzen dient nun zur Festsetzung der oberen Preisgrenze für das Gold. Dies kann mit Hilfe des folgenden Beispiels erklärt werden:

In einem Land mit Goldumlaufswährung, das mit anderen Goldumlaufswährungsländern in Handelsbeziehungen steht, zeigt der Goldpreis eine leicht steigende Tendenz, weil z. B. Gold zur Zahlung zusätzlicher Importe ausser Landes gesandt worden ist. Es ist nun wahrscheinlich, dass einzelne Wirtschaftssubjekte einen Teil ihres Münzbestandes einschmelzen lassen, um von der relativ kleinen Preisdifferenz zwischen geprägtem und ungeprägtem Gold zu profitieren. Das Resultat ist, dass sich der Goldbestand in Warenform vergrössert, der Geldbestand (Goldmünzen) wird verkleinert und die Preise sinken. Die steigende Tendenz des Goldpreises ist durch die freie Einschmelzbarkeit der Goldmünzen aufgehalten worden.

§ 4

Geltende eidgenössische regiminale Vorschriften

Weder das Münzgesetz 1952 noch die dazugehörige Vollziehungsverordnung enthalten eine Bestimmung über die Umschmelzung von Goldmünzen in Barren. Wenn ein Privater aus Münzen Barren herstellen lassen will, muss er sich an private Schmelzanstalten wenden. Bis jetzt sind noch nie solche Anfragen an die Münzstätte gerichtet worden, wohl aus dem einfachen Grunde, weil es unrentabel erscheint, Münzen, die stets einen gewissen Aufpreis gegenüber dem Barrengold haben — in den letzten Jahren war diese Differenz beträchtlich, sie beträgt zur Zeit noch etwas über 10 % —, in ungemünztes Gold zurückzuverwandeln³⁴.

Es ist zudem darauf hinzuweisen, dass diese Rechte der freien Ausprägung und Einschmelzung sowie die Zirkulation von Goldmünzen als unwesentliche Merkmale einer Goldwährung betrachtet werden können³⁵.

§ 5

Die Bedeutung der Goldmünzen in der heutigen Geldverfassung

Die neue Festsetzung des Münzfusses durch das Münzgesetz von 1952 hat eine Änderung bei den Goldmünzen zwangsläufig nach sich gezogen. Um Nennwert und Metallwert der Goldmünzen des Münzgesetzes von

34) Brief der Eidg. Finanzverwaltung vom 27. 4. 1954 an die Verfasserin.

35) A. Bosshardt, Das Wesen der Goldwährung und Voraussetzung ihres Wiederaufbaus, St. Gallen 1935, S. 24.

1931 zu 100, 50 und 10 Franken, die infolge der Abwertung von 1936 ein inneres Agio aufwiesen, wieder in Einklang zu bringen, hätte deren Goldwert um 30 % herabgesetzt werden müssen. Gleicher Nennwert bei verschiedenem Goldgehalt für neue und alte Münzen würde jedoch zu Verwechslungen Anlass geben. Aus diesem Grunde wurden für die neuen Goldmünzen neue Werte vorgesehen, nämlich Münzen zu 50 und 25 Franken.

So wie die Verhältnisse heute liegen, wird aber von diesem freien Prägerecht gemäss Münzgesetz von 1952 kein Gebrauch gemacht. Durch die gegenwärtige Gültigkeit von Artikel 22 des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank vom 21. April 1953, der wie folgt lautet: „In Kriegszeiten oder in Zeiten gestörter Währungsverhältnisse kann der Bundesrat die Verpflichtung der Nationalbank zur Einlösung ihrer Noten aufheben und die Rechtsverbindlichkeit für deren Annahme aussprechen...“, ist zur Zeit ein Umlauf von Goldmünzen als Geld gemäss Münzgesetz 1952 gar nicht möglich. Die geprägten und noch vorhandenen Goldmünzen aus der Zeit von 1931 bis zur Abwertung im September 1936 werden von den einzelnen Wirtschaftsobjekten gehortet oder als Ware verkauft. Hier zeigt sich die Richtigkeit der Ansicht des Metallisten *Menger*, dass Geld nicht nur erworben wird, um es wieder auszugeben, sondern mit Waren verglichen werden kann wie Häuser und Bilder, die um der Annehmlichkeit des Besitzes willen gekauft werden, aber doch mit dem Hintergedanken, sie in einem günstigen Moment zu verkaufen³⁶.

Der ehemalige Bundesrat *Weber* betonte in der Dezembersession 1952 der eidgenössischen Räte anlässlich der Beratung über das Münzgesetz, dass neue Goldmünzen noch längere Zeit nicht geprägt werden dürften; sie würden ein neues Münzbild erhalten³⁷.

Zum Abschluss dieses Kapitels muss allerdings noch erwähnt werden, dass diese eidgenössischen Gesetzesvorschriften, die Goldmünzen betreffend, rein formeller Art sind und in erster Linie dazu dienen, den Eindruck einer rechtlich bestehenden, klassischen Goldwährung zu erwecken und der Schweizerischen Nationalbank bzw. dem Bund die Möglichkeit eines beschränkten Goldmünzenhandels auf gesetzlicher Basis zu gewährleisten, der eventuell eine Form der Offenmarktpolitik annehmen könnte.

Durch die Einschränkung, dass, „solange die Schweizerische Nationalbank zur Einlösung ihrer Noten in Gold nicht verpflichtet ist“, die „Prägung für Private der Bewilligung des Bundesrates“ bedarf, ist diese Prägungsfreiheit illusorisch.

36) C. Menger, Artikel „Das Geld“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, IV. Band, Jena 1909.

37) Neue Zürcher Zeitung Nr. 2734 vom 4. 12. 1952, Artikel „Die Revision des Münzgesetzes“. Inzwischen ist über die Gestaltung der neuen Goldmünzen im November 1955 berichtet worden (siehe NZZ Nr. 3128 vom 19. 11. 1955).

Grundsätzlich ist also das freie Prägerecht gesetzlich gewährleistet, wird aber abhängig gemacht von der Geltung des Artikels 22 des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank vom 21. April 1953, der in Zeiten gestörter Währungsverhältnisse und in Kriegszeiten das schweizerische Noteninstitut von der Verpflichtung der Einlösbarkeit der Zentralbanknoten in Gold enthebt.

Diese Beschränkung der Prägefreiheit entspricht auch den heute gegebenen Zahlungssitten des Publikums, das in erster Linie mit Zentralbanknoten und dann mit Giralgeld seine Schulden begleicht.

Zudem hat diese Prägefreiheit, die bei Goldumlaufswährung dazudiente, das Übersteigen des Nominalwertes des Geldes über seinen Metallwert zu verhindern³⁸, bei den gegenwärtigen hauptsächlichsten Geldformen (Banknoten und Giralgeld) ihren Zweck verloren.

Zweites Kapitel

Freie Goldein- und -ausfuhr

§ 1

Rechtliche Regelung der Goldein- und -ausfuhr und des Goldhandels in früheren eidgenössischen Erlassen

Das revidierte Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 20. Dezember 1929 enthält keine Vorschriften über die Goldein- und -ausfuhr sowie über den internen Goldhandel, da 1928 der monetäre Goldverkehr über die Schweizergrenze dem Publikum freigegeben worden war, als Beginn der gesetzlichen Einführung der klassischen Goldwährung. Das Währungsmetall sollte nur in Kriegszeiten bei der Notenbank zentralisiert sein.

Eine Beschränkung im intern-schweizerischen Goldhandel bedeutete der Bundesratsbeschluss, der, gestützt auf Artikel 53 des Bundesratsbeschlusses vom 31. Januar 1936, über neue, ausserordentliche Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts im Bundeshaushalt in den Jahren 1936 und 1937 unter Strafandrohung Absichten und Handlungen verbot, die die Landeswährung oder den Landeskredit schädigten, worunter auch der An- und Verkauf von Gold auf Termin und die Belehnung von Gold oder Devisen fielen³⁹.

38) II. Teil, I. Abschnitt, § 2, S. 12 ff.

39) Bundesratsbeschluss über den Schutz der Landeswährung vom 19. 6. 1936.

Der Abwertungsbeschluss enthält keinerlei Bestimmungen über die Goldein- und -ausfuhr durch Privatpersonen. Er brachte insofern eine Neuerung in die bestehende Ordnung, indem in einer Zeit gestörter Währungsverhältnisse für die Banknoten der Schweizerischen Nationalbank der gesetzliche Kurs erklärt worden ist. Diese Vorschrift schloss, wie schon oben erwähnt, einen freien Goldverkehr zu monetären Zwecken zwischen Privatpersonen aus.

§ 2

Geltende regiminale Vorschriften der Eidgenossenschaft

Der zur Zeit in Kraft stehende Artikel 22 des Nationalbankgesetzes 1953 betreffend die Einlösung der Zentralbanknoten in Gold schliesst einen freien Goldverkehr zur Zahlung von Auslandsschulden zwischen Privatpersonen der Schweiz und anderen Ländern zum vornherein aus. Der monetäre Goldbestand ist in der Schweiz bei der Nationalbank zentralisiert.

Neben dem massgeblich monetären Goldmarkt besteht in der Schweiz aber auch ein privater Goldmarkt, an dem sowohl Barrengold als auch schweizerische und fremde Goldmünzen gehandelt werden ⁴⁰. Nun bestand aber während des zweiten Weltkrieges eine sehr grosse Nachfrage nach Gold zu Hortungs- und Spekulationszwecken. Das Noteninstitut hatte den schweizerischen Banken während des Krieges dauernd gewisse Kontingente Barrengold und Goldmünzen zur Verfügung gestellt. Doch mit der Zeit vermochte die Nationalbank den Goldpreis auf dem privaten Goldmarkt trotz umfangreicher Goldabgaben nicht mehr zu halten.

Die Schweizerische Nationalbank gelangte dann an den Bundesrat, worauf dieser am 7. Dezember 1952 einen Beschluss über die Überwachung des Handels mit Gold erliess ⁴¹. Durch diesen Beschluss wurde der Goldhandel der Konzessionspflicht unterstellt und die Ein- und Ausfuhr dieses Edelmetalls von einer Bewilligung der Schweizerischen Nationalbank abhängig gemacht. Die Höchstpreise wurden durch die Eidgenössische Preiskontrollstelle mit Fr. 9470.— pro kg Barrengold fein und mit Fr. 30.50 pro 20-Franken-Goldstück festgelegt ⁴².

40) Präsidialreferat 1943 (E. Weber), in: Monatsbericht der Schweizerischen Nationalbank, März 1943.

41) Bundesratsbeschluss über die Überwachung des Handels mit Gold sowie der Ein- und Ausfuhr von Gold vom 7. Dezember 1942, in: Eidg. Gesetzessammlung, Band 1942, S. 1137 ff.

42) Verfügung No. 645 A/43 der Eidg. Preiskontrolle über die Festsetzung von Höchstpreisen für Gold vom 6. Juli 1947.

1946 wurde die Liste der diesen Bestimmungen unterliegenden Goldmünzen erweitert, die Registerpflicht gelockert⁴³ und am 29. Dezember 1948 auch der Transit von Gold unter die Kontrolle der Schweizerischen Nationalbank gestellt⁴⁴.

Erst Ende 1951 wurden die Artikel 1—5 der Verfügung des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes über die Überwachung des Handels mit Gold sowie der Ein- und Ausfuhr von Gold vom 28. Oktober 1946 aufgehoben, d. h. der interne schweizerische Goldhandel freigegeben und nicht mehr einer Konzessionspflicht unterstellt. Doch bleibt Artikel 1 des Bundesratsbeschlusses vom 7. Dezember 1948 über die Ein- und Ausfuhr von Gold in Kraft, so dass auch heute eine Goldversendung über die Landesgrenzen sowie ein Goldimport nur mit einer Bewilligung der Schweizerischen Nationalbank gestattet ist⁴⁵.

Obschon dieser konzessionspflichtige Goldhandel in keiner Weise den Regeln der klassischen Goldwährung entspricht, erscheint diese Massnahme gerechtfertigt in Anbetracht des noch bestehenden „Goldhungers“ in verschiedenen Staaten.

Drittes Kapitel

Goldan- und -verkauf durch die Schweizerische Nationalbank

§ 1

Die Parität

Dadurch, dass, wie schon erwähnt, nach *Hawtrey* das Hauptcharakteristikum der Goldwährung darin besteht, eine feste Beziehung zwischen der Währungseinheit und einem bestimmten Quantum Gold zu schaffen und die Parität als das gegenseitige Verhältnis von zwei in einem gemeinsamen Dritten verankerten Währungen definiert werden kann, scheint es nicht unangebracht, den Begriff der Parität als Einleitung zum 3. Kapitel über den Goldan- und -verkauf durch die Schweizerische Nationalbank näher zu betrachten.

43) Verfügung des Eidg. Finanz- und Zolldepartementes über die Überwachung des Handels mit Gold sowie der Ein- und Ausfuhr von Gold vom 28. 10. 1946, in: Eidg. Gesetzessammlung, Band 1946, S. 950 ff.

44) Bundesratsbeschluss betr. die Durchfuhr von Gold vom 29. 10. 1948, in: Eidg. Gesetzessammlung, Band 1948, S. 1284.

45) Verfügung des Eidg. Finanz- und Zolldepartementes über die Überwachung des Handels mit Gold sowie der Ein- und Ausfuhr von Gold vom 15. 12. 1951, in: Eidg. Gesetzessammlung, Band 1951, S. 1160.

Solange die Mehrzahl der Währungen eine gesetzliche Golddefinition besaßen, war die Anwendung des Paritätsbegriffes gebräuchlich und eindeutig. Die späteren Währungsereignisse haben der Vorstellung von der Parität gegenüber sogenannten Goldwährungen Abbruch getan. Vielfach verschwand die eindeutige gesetzliche Parität und man hatte sich mit Ersatzparitäten zu behelfen. Soweit für die vom Gold losgelösten Währungen ein fester Wechselkurs zu einer noch mit dem Gold verbundenen Währung beibehalten oder sofern in dieser Währung ein fester Goldpreis anerkannt war, bestand die Möglichkeit, eine theoretische Parität zu berechnen gegenüber anderen Währungen, deren Wert entweder direkt im Gold verankert oder nach dem gleichen Verfahren ermittelt sein kann.

Ein besonderer Fall theoretischer Paritäten stellt sich im Zusammenhang mit dem Internationalen Währungsfonds. Alle Mitglieder des Fonds haben einen Goldgehalt ihrer Währung bestimmen und beim Fonds anmelden müssen, wobei es durchaus möglich ist, dass dieser Goldwert nur auf dem Papier steht. Anstelle theoretischer Paritäten bedient man sich gelegentlich auch tatsächlicher Paritäten, wenn eine Währung auf dem Gold basiert, ihr Goldwert aber nicht durch Gesetz genau umschrieben ist, wie dies bei Grossbritannien der Fall ist, das nur einen offiziellen Goldpreis zur Anwendung bringt.

Seitdem auf die gesetzlichen Paritäten verzichtet werden muss, mit Ausnahme der USA und der Schweiz, ermangelt den Paritätsberechnungen die sichere Grundlage. Schon der freie, unbeeinflusste Wechselkurs weicht von der gesetzlichen Parität ab und bewegt sich innerhalb der durch die Goldpunkte gezogenen Grenzen.

Mit zunehmender Devisenbewirtschaftung, Monopolisierung des Auslandszahlungsverkehrs und Zentralisierung des Goldmarktes durch die Währungsbehörden sowie mit zunehmender Übertragung der Goldbestände durch das Mittel der blossen Buchung statt der zeitraubenden und kostspieligen Versendung, haben auch die Goldpunkte ihre frühere Bedeutung verloren. Ihre frühere Aufgabe wird durch einseitigen Akt einer Währungsbehörde oder durch eine Abrede zwischen den in verschiedenen Ländern beheimateten Marktpartnern über Goldpreis oder Wechselkurs ersetzt. Diese Abkehr von den freien Marktkursen bedeutet, dass die Wechselkurse und Goldpreise immer unzuverlässiger werdende Hinweise auf den wirklichen Währungswert darstellen, und dass sie infolgedessen unbrauchbare Instrumente zur Ermittlung von theoretischen oder tatsächlichen Paritäten sind.

Gewöhnlich stehen die Goldpreise der Notenbank in unmittelbarer Beziehung zur wirklichen Wertrelation als die Wechselkurse. Es darf aber nicht übersehen werden, dass bei den Zentralbanken verschiedene Goldpreise zur Anwendung gelangen, und zwar erscheinen prinzipiell drei Goldpreise von Bedeutung:

Der Ankaufspreis, der Verkaufspreis sowie der Preis, zu dem das Gold in die Bilanz eingesetzt wird. Nach der neueren Praxis sind gewöhnlich der Ankaufspreis tiefer und der Verkaufspreis höher oder gleich dem gesetzlichen Wert ⁴⁶.

Es scheint sich hier eine Tendenz anzubahnen, die anstelle des früheren eindeutigen Paritätsbegriffes eine weniger genau erfassbare Paritätsbasis setzt. Besonders deutlich zeigt sich dies im Falle der Vereinigten Staaten von Amerika, die für die Ermittlung der Goldwerte aller übrigen Währungen von grundlegender Bedeutung sind. Die offizielle amerikanische Parität von 35 Dollars pro Unze Feingold ist im Verkehr mit anderen Staaten praktisch belanglos geworden. Statt dieser einheitlichen Parität bringt Amerika heute durchwegs eine Geldparität und eine Briefparität zur Anwendung. Da die Goldwerte sämtlicher Währungen sich nach dem Goldwert des Dollars ausrichten, bildet der durch die amerikanische Praxis in die Breite gedruckte Paritätswert des Dollars Anlass zu technischen Schwierigkeiten, wenn es sich darum handelt, die Werte mehrerer Währungen miteinander zu vergleichen. Ein Beispiel ist die im Washingtoner Abkommen eingegangene Verpflichtung, 250 Millionen Franken in Gold an New York zu zahlen. Es stellte sich die Frage, ob vom tatsächlichen Goldgehalt des Frankens von 203,226 Milligramm ausgegangen oder abgestellt werden sollte auf den amerikanischen Goldpreis von entweder 35 Dollars je Unze oder von 35 Dollars abzüglich Bearbeitungsgebühr und einem durch die Vereinigten Staaten zu bestimmenden Frankenkurs ⁴⁷.

Dieser Wirrwarr des allgemeinen Paritätsbegriffes erschwerte selbstverständlich der Schweizerischen Nationalbank die übernommene Aufgabe einer Stabilhaltung der Frankenparität ⁴⁸. Die Stabilhaltung des Frankenwertes ermöglicht in erster Linie ein Beibehalten der Frankenrelation zum Dollar als wichtigster Fremdwährung. Sie erfolgt durch das Mittel stabiler Goldpreise.

46) 1 kg Gold in der Schweiz: Paritätswert Fr. 4920.63, Bilanzwert seit 31. Mai 1940 Fr. 4869.80, Verkaufspreis Fr. 4920.63, Ankaufspreis Fr. 4869.80 (siehe 46. Jahresbericht der Schweiz. Nationalbank 1953, S. 58).

47) Geschäftsbericht des Eidg. Politischen Departementes 1949.

48) Die „Wirtschaftslage“ 1944.

Die Entwicklung der Regelung des Goldankaufs bis zur heutigen Ordnung

a) Rechtliche Regelung der Annahme von Gold zum festgesetzten Preis im Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 20. Dezember 1929

Die Gesetzesnovelle aus dem Jahre 1929 hat der Schweizerischen Nationalbank keine Verpflichtung zur unbeschränkten Annahme von Gold im Verkehr mit privaten Verkäufern auferlegt. Hier gehören die Bestimmungen des Artikels 14, 8-9, bezüglich des An- und Verkaufs von Edelmetall in Barren oder gemünzt sowie der Ausstellung von Goldzertifikaten, die die Geschäfte der Nationalbank mit Dritten regeln, in das Privatrecht. Es war daher der Bank möglich, infolge der während des Krieges und in der Nachkriegszeit herrschenden Lage auf dem Gold- und Devisenmarkt, diese Bestimmungen durch Verfügungen der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes aufzuheben oder einzuschränken, ohne fiskalnotrechtliche Massnahmen ergreifen zu müssen.

b) Die Devisenverwendungsrestriktionen der Kriegs- und Nachkriegszeit

Die Erwähnung der Devisenverwendungsrestriktionen der Kriegs- und Nachkriegszeit in dieser Arbeit im Paragraphen betreffend die Regelung des Goldankaufs erscheint dadurch gerechtfertigt, weil diese scharfen Eingriffe der Behörden eines sonst liberal regierten Landes mit Goldwährung infolge eines vorübergehend ausnahmsweise grossen Goldzustroms zeigen, wie in ausserordentlichen Zeiten die durch Gesetz festgelegte Struktur einer Währungsverfassung durchbrochen wird, ja sogar durchbrochen werden muss, zur Aufrechterhaltung eines sich in einem annähernd vernünftigen Rahmen bewegenden Preisniveaus.

Zum Ziel der Stabilisierung des Aussenwertes des Schweizerfrankens, das aus dem Abwertungsbeschluss vom 26. September 1936 hervorgeht, gesellte sich durch den Ausbruch des zweiten Weltkrieges und auch in der Nachkriegszeit noch eine weitere Zielsetzung: *die Stabilisierung der Kaufkraft des Frankens*. Das starke Ansteigen der Preise während des Krieges veranlasste das schweizerische Noteninstitut, dieser Entwicklung vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken.

Neben diesen beiden Zielsetzungen waren zwei Tatbestände für die schweizerische Gold- und Devisenpolitik während und nach dem zweiten Weltkrieg von grundlegender Bedeutung:

1. Die Gestaltung der schweizerischen Gold- und Devisenbilanz (Gold-

an- und -verkauf, wobei das Schwergewicht auf dem *Goldankauf* lag).

2. Die Blockierung der schweizerischen Guthaben in den USA durch das amerikanische Schatzamt.

aa) Die Blockierung der schweizerischen Guthaben in den USA

Am 14. Juni 1941 verfügte das amerikanische Schatzamt die Sperre über sämtliche schweizerischen Guthaben in den USA sowie über alle amerikanischen Titel in Schweizerbesitz⁴⁹. Diese fünfeinhalb Jahre dauernde Blockierung durch die USA zog eine ganze Reihe restriktiver Eingriffe nach sich, die für die Gold- und Devisenpolitik der Schweiz während des Krieges und in der Nachkriegszeit von Bedeutung waren.

bb) Die schweizerische Gold- und Devisenbilanz während und nach dem zweiten Weltkrieg

Mit dem Zerfall des Welthandels nach Ausbruch des zweiten Weltkrieges hatte auch der zwischenstaatliche Zahlungsverkehr der Schweiz mit dem Ausland seine Multilateralität weitgehend verloren. Die Gesamtbilanz der Schweiz spaltete sich auf in eine Vielzahl bilateraler Zahlungsbilanzen. Die dabei entstehenden Saldi zugunsten oder zu Lasten der Schweiz wurden entweder in Gold bezahlt oder gesperrt.

Aus verschiedenen Gründen strömten der Nationalbank seit Mitte 1940 Gold und Devisen in ausserordentlicher Höhe zu⁵⁰. Dieses ständige Anwachsen der Währungsreserven war ebenfalls die Ursache einer Reihe von restriktiven Massnahmen der Nationalbank und der Eidgenossenschaft. Die Gold- und Devisenzuflüsse stammten zur Hauptsache aus Ländern des „Dollarraumes“⁵¹, zu einem kleineren Teil aus Staaten des Pfundblocks sowie aus weiteren Ländern. Wo die Möglichkeit bestand, die übernommenen Valuten in Gold umzuwandeln, machte die Nationalbank davon Gebrauch, um sich auf diese Weise gegen allfällige Kursverluste zu schützen⁵².

Die Ursachen des grossen Dollaranfalles lagen in der zweiten Hälfte 1940 bis Mitte 1941 vorerst darin, dass grössere Dollarreserven der schweizerischen Importeure infolge der durch die Kriegsergebnisse entstandenen

49) 34. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1941, S. 13.

50) Monatsbericht der Schweiz. Nationalbank Dezember 1945, S. 3.

51) Der Begriff des Dollarraumes hatte sich während des Krieges gebildet und wurde durch die Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes in verschiedenen Verfügungen festgelegt.

52) 34. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1941, S. 14.

Transportschwierigkeiten nicht mehr verwendet werden konnten und deshalb wieder verkauft wurden. Zur gleichen Zeit setzte ein Rückstrom von schweizerischen Kapitalien aus dem Ausland ein infolge der Befürchtung, die USA könnten eine Sperre über fremde Vermögenswerte verhängen⁵³.

Die bedeutendsten Zuflüsse stammten indessen aus dem schweizerischen Handelsverkehr mit dem Dollarraum. Normalerweise weist die schweizerische Handelsbilanz mit diesem Gebiet einen Passivsaldo auf. Dies verhielt sich auch so während der ersten Kriegsjahre bis 1942⁵⁴, aber in den folgenden drei Jahren bis 1945 übersteigen die schweizerischen Exportwerte die Importe beträchtlich⁵⁵.

*cc) Massnahmen der Schweizerischen Nationalbank
und der Eidgenossenschaft*

a) Der offizielle Dollarkurs

Infolge der besonderen Gestaltung der Gold- und Devisenbilanz während und nach dem zweiten Weltkrieg war die Schweizerische Nationalbank nicht in der Lage, durch Abgabe und Aufkauf von Devisen und Gold den Aussenwert der Währung stabilzuhalten. Sie bediente sich daher anderer, wirksamerer Methoden zur Stabilhaltung des Kurses, wie Festsetzung und Anwendung fester An- und Verkaufspreise für Dollars, Gentlemen's Agreement zwischen der Nationalbank und den Banken im September 1941, Aufteilung der Dollars in solche aus dem Warenverkehr und Finanztransfer und Kontingentierung der Dollarannahme aus dem Uhrenexport ab 1. August 1943. Für Exporte nach Nicht-Dollarländern, die ihre Bezüge aus der Schweiz in Dollars beglichen, hatten die Währungsbehörden noch strengere Lösungen getroffen⁵⁶.

Als sich in der Nachkriegszeit eine ausserordentliche Passivität der Handelsbilanz ergab und mit der Wiederherstellung der freien Konversionsmöglichkeit für Dollarerlöse, wurden diese empfindlichen Eingriffe 1946 und 1947 wieder aufgehoben. Dagegen konnte sich die Nationalbank erst im September 1949 zur Aufhebung der gesamten Beschränkungen in der Annahme von Dollars entschliessen⁵⁷.

53) 33. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1940, S. 12/14.

54) Jahresbericht der schweiz. Handelsstatistik 1947, I. Teil, S. 8, bzw. II. Teil 1948, S. 7.

55) Präsidialadresse zum Geschäftsbericht 1943, in: Monatsbericht der Schweiz. Nationalbank März 1944.

56) Präsidialreferat 1945 Ernst Weber, in: Monatsbericht der Schweiz. Nationalbank März 1945, S. 59.

57) 42. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1949, S. 14.

Für die Beibehaltung der Dollarbezugspflicht bis 1949 sprach die Tatsache, dass neben dem offiziellen Dollarkurs ein zweiter, abweichender Kurs entstanden war. Für die Beibehaltung des offiziellen Dollarkurses für alle sichtbaren und unsichtbaren Importe und Exporte genügten also die Massnahmen zur Beschränkung des Dollarangebotes nicht. Zur Unterstützung des Noteninstitutes erliess deshalb das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement eine Verfügung, wonach Einfuhrbewilligungen für Warenbezüge aus dem Dollarraum nur erteilt wurden, wenn der betreffende Importeur vorher die Verpflichtung eingegangen war, seine Verbindlichkeiten mit solchen Dollars zu erfüllen, die von der Nationalbank hiefür zugelassen waren⁵⁸. Dieser Verfügung lag der Gedanke zugrunde, dass alle kommerziellen Transaktionen wie Importe und Exporte zum offiziellen Kurs abgewickelt werden sollten. Dadurch wurden die Importe verteuert, denn sie hätten durch billigere Finanzdollars beglichen werden können. Allerdings hätte dann für die Nationalbank keine Möglichkeit mehr bestanden, die ihr aus dem Export zugeflossenen Dollars wieder abzustossen. Die Währungsreserven hätten sich in noch stärkerem Masse, als dies tatsächlich der Fall war, vermehrt, und die damit verbundene Auszahlung von Franken hätte die Gefahr einer weiteren Teuerung erhöht.

Anlässlich der Aufhebung der Dollarbewirtschaftung brachte die Nationalbank ihre Absicht zum Ausdruck, den Dollarkurs nicht über die Parität von 4,37283 ansteigen zu lassen. Sie erklärte, dass sie den Dollarkurs nunmehr dem freien Spiel von Angebot und Nachfrage auf dem Markt zu überlassen gedenke, jedoch durch Dollarabgaben und -käufe eine Abweichung des Kurses über die durch die bundesrätliche Weisung vom 27. September 1936 bezeichneten Grenzen verhindern werde⁵⁹.

β) Sterilisierung von Gold durch die Schweizerische Nationalbank und die Eidgenossenschaft

Eine letzte Form der aktiven Bemühungen der schweizerischen Währungsbehörden zur Bekämpfung der infolge der Zunahme der Währungsreserven fortschreitenden Vermehrung der ausgegebenen Geldmenge war die Sterilisierung von Gold. Die ersten Interventionen des Bundes gingen auf das Frühjahr 1943 zurück⁶⁰. Zweck der Goldsterilisierung war, die Neuschaffung von Notenbankgeld, die normalerweise mit der Hereinnahme

58) Verfügung 4 der Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartementes vom 7. 12. 1943, in: Eidg. Gesetzessammlung Bd. 59, 1943, S. 952 ff.

59) 42. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1949, S. 14 und 16.

60) XXXIV. Bericht des Bundesrates, S. 804.

von Gold durch die Zentralbank verbunden ist, zu unterbinden. Bund und Nationalbank wandten dabei verschiedene Methoden an.

Eine erste Methode der Sterilisierung bestand darin, dass der Bund anstelle der Schweizerischen Nationalbank gewisse aus dem Ausland zuströmende Goldbeträge (bzw. Devisenbeträge) übernahm und den Gegenwert in Franken ausbezahlte. Da er die Mittel hierfür nicht neu schuf, wie dies bei einer Übernahme durch das Noteninstitut der Fall gewesen wäre, erfolgte keine Vermehrung der umlaufenden Geldmenge. Er beschaffte sich die notwendigen Frankenbeträge durch Anleihen auf dem Kapitalmarkt oder durch Steuern. Dennoch wurde das Wirtschaftsleben zusätzlich beeinflusst, weil die von den Auslandsgeschäften ausgehenden Impulse nicht rückgängig gemacht werden konnten⁶¹.

Eine zweite Methode der Sterilisierung bestand darin, dass der Bund alle jene anfallenden Goldbeträge übernahm, deren Gegenwert auf Sperrkonti gutgeschrieben wurde. Auf diese Weise gelangten überhaupt keine Geldmittel zur Auszahlung und es erwuchsen dem Bund auch keine Kosten aus einer etwaigen Mittelbeschaffung. Ein Vorteil dieser Methode war, dass der Bund durch seine Bereitschaft, der Notenbank auf diese Weise beizustehen, die Aufrechterhaltung der Exporte während des Krieges in einem gewissen Umfang ermöglichte.

Die Nachteile bestanden unter anderem darin, dass bei Fälligkeit der gesperrten Beträge diese ungeachtet der jeweiligen Situation auf dem Kreditmarkt und im Preis-Lohn-Gefüge zur Auszahlung gelangen mussten.

Bei der dritten *Sterilisierungsmethode* sollte die Schweizerische Nationalbank auf Rechnung des Bundes sogenannte „Sterilisierungsreskriptionen“ an den Markt verkaufen⁶², deren Erlös auf einem Sperrkonto zugunsten des Bundes zu blockieren war. Solche Reskriptionen sollten in dem Umfang zur Ausgabe gelangen, als für die Exporte nach bestimmten Ländern Zusatzkontingente bewilligt wurden. Die Restriktionen hatten eine Laufzeit von zwei Jahren und waren zu 1½ % verzinslich. Es war vorgesehen, ihre Rückzahlung bei Fälligkeit aus dem bei deren Ausgabe errichteten Sperrkonto vorzunehmen.

Diese Art der Sterilisierung verdient deshalb besondere Erwähnung, weil es sich dabei um eine Form der Offenmarktpolitik handelte. Die Schweizerische Nationalbank trachtete durch Verkauf von Bundesschatzanweisungen an den Markt darnach, die umlaufenden Zahlungsmittel zu vermindern und so die monetären Auftriebsfaktoren für die Lohn- und Preisentwicklung auszuschalten.

Das schweizerische Notenbankgesetz sieht allerdings keine Offenmarktpolitik mittels An- und Verkauf langfristiger Effekten durch die Schwei-

61) 39. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1946, S. 13.

62) 40. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1947, S. 13.

zerische Nationalbank vor. Diese Lücke wurde indessen durch das Dazwischentreten des Bundes überbrückt, indem die Operationen formell auf Rechnung der Eidgenossenschaft vollzogen wurden⁶³.

§ 3

Geltendes Recht

Die Schweizerische Nationalbank ist gesetzlich zu keiner unbeschränkten Annahme von Gold im Verkehr mit privaten Verkäufern verpflichtet, obwohl dies, wie schon erwähnt, eine wichtige Regel der klassischen Goldwährung bedeutet.

Die Bestimmungen des Artikels 14, 9-11, des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank vom 21. April 1953, die wie folgt lauten:

„Die Nationalbank ist befugt, folgende Geschäfte zu betreiben:

9. An- und Verkauf von Gold für eigene Rechnung;
10. An- und Verkauf von Gold und Silber für fremde Rechnung;
11. Ausgabe von Goldzertifikaten in Form von Inhaber- oder Orderpapieren, die ein Eigentums- oder Forderungsrecht auf gemünztes oder ungemünztes Gold verurkunden“;

gehören zu denjenigen, die die Geschäfte der Nationalbank mit Dritten regeln, und die dem Privatrecht unterstehen, so dass auch hier wieder fiskalnotrechtliche Massnahmen ergriffen werden können, wie dies während und nach dem zweiten Weltkrieg geschah.

§ 4

Goldzertifikate

a) Rechtlicher Begriff

Eine Art der Goldannahme ermöglicht das heute geltende Nationalbankgesetz, wie schon erwähnt, in Artikel 14, Ziffer 11, indem die zentrale Notenbank zur Ausgabe von Goldzertifikaten in Form von Inhaber- oder Orderpapieren ermächtigt ist, die ein Eigentums- oder Forderungsrecht auf gemünztes oder ungemünztes Gold verurkunden⁶⁴. In Artikel 65 des

63) E. Weber, Probleme der Offenmarktpolitik, in: Jahresbericht der Vereinigung für gesunde Währung, 1944, S. 10 ff.

64) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. die Revision des Nationalbankgesetzes vom 21. April 1953, in: Bundesblatt No. 17 vom 30. April 1953.

gleichen Gesetzes werden die Goldzertifikate unter den gleichen strafrechtlichen Schutz gegen Fälschungen und gegen Verletzung des Monopols gestellt, wie die Banknoten und die anderen gleichartigen Geldzeichen.

Nach Artikel 39 der Bundesverfassung kann ein Monopol für die Ausgabe von Goldzertifikaten nur insoweit beansprucht werden, als es sich um Papiere handelt, die unter den Begriff der Geldzeichen fallen. Als Geldzeichen sind aber nach Ansicht des Bundesrates und der Bankbehörden nicht nur banknotenähnliche Goldzertifikate anzusehen, sondern es fallen darunter auch Zertifikate in Form von leicht übertragbaren Gelddepotscheinen mit Wertpapiercharakter, da solche Papiere eventuell geeignet sind, die Funktion von Geld und Geldzeichen zu übernehmen, besonders wenn sie in grosser Zahl zu einheitlichen Bedingungen ausgegeben werden. Die Emission derartiger Zertifikate durch Dritte kann die von Bund und Nationalbank ausgegebenen Zahlungsmittel konkurrenzieren und die Aufgabe der Notenbank, den Geldumlauf zu regeln, erschweren oder durchkreuzen. Aus diesem Grunde erstreckt sich der Monopolschutz auf alle Goldzertifikate, die ein Eigentums- oder Forderungsrecht auf gemünztes oder ungemünztes Gold verkörpern und leicht übertragbar sind, d. h. in Gestalt von Inhaber- oder Orderpapieren auftreten ⁶⁵.

Das Merkmal, welches die Goldzertifikate von den eigentlichen Banknoten bei Goldwährung ohne Zwangskurs unterscheidet, besteht darin, dass für die Goldzertifikate eine hundertprozentige Deckung in Gold vorhanden sein muss, wogegen das Nationalbankgesetz für die Banknoten eine vierzigprozentige Mindestmetalldeckung vorschreibt. Goldzertifikate sind also Banknoten mit gesetzlicher hundertprozentiger Golddeckung.

b) Währungspolitische Bedeutung

Die Schweizerische Nationalbank hat bisher von der Befugnis, Goldzertifikate auszugeben, keinen Gebrauch gemacht. Wohl aber ist die Emission solcher Zertifikate schon erwogen worden. Das einzige Land, das bisher Goldzertifikate in Umlauf gesetzt hat, sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Der praktische Unterschied gegenüber den Banknoten bestand nur darin, dass jederzeit ihre Umwandlung in Gold im Inland ⁶⁶ verlangt werden konnte. Gemäss Gesetz vom 5. April 1933 mussten das ungemünzte

65) Handwörterbuch des Bank-, Geld- und Börsenwesens der Schweiz 1947, S. 254.

66) Im Gegensatz zu den Golddevisen, die Forderungen auf Staaten (praktisch Bankguthaben) darstellen, die zufolge ihrer Gesetzgebung oder kraft allgemeiner Übung jederzeit zur Abgabe von Gold bereit sind (Handwörterbuch des Bank-, Geld- und Börsenwesens der Schweiz 1947, S. 253).

Gold und die Goldzertifikate in Privatbesitz an die Federal-Reserve-Banken abgegeben werden. Für die dem Schatzamt übergebenen Goldbestände erhielten die Reserve-Banken eine neue Sorte von Goldzertifikaten, die zwar durch Gold gedeckt, aber nicht mehr einlösbar sind. Die Deckungsbestimmungen für die Federal-Reserve-Noten wurden dahin abgeändert, dass anstelle der Golddeckung eine solche durch Goldzertifikate trat. Die Goldzertifikate wurden von der Regierung der USA in starkem Masse für die Zwecke der Geldmarktpolitik verwendet ⁶⁷.

§ 5

Der Goldankauf zum festen Preis unter der gegenwärtigen Geldverfassung

Nachdem die Devisenverwendungsrestriktionen bzw. die sogenannte Währungsbewirtschaftung ⁶⁸ aufgehoben worden sind, kauft die Schweizerische Nationalbank wieder Gold zum festen Preis an. Die Nationalbank hält sich im Goldgeschäft mit anderen Notenbanken grundsätzlich an die Parität ⁶⁹. Sie wird aber in Zukunft nur diejenigen Goldbeträge aufnehmen, die zum Spitzenausgleich der schweizerischen Zahlungsbilanz und damit zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Verkehrs der Schweiz mit dem Ausland dienen. Sie ist aus der schweizerischen Währungsordnung heraus nicht verpflichtet, Goldanfälle aus dem Markte aufzunehmen, die mit dem schweizerischen Wirtschaftsleben meist in einem losen Zusammenhang stehen, jedoch geeignet wären, eine unerwünschte Vermehrung der schweizerischen Zahlungsmittelmenge zu bewirken ⁷⁰.

Diese Goldankäufe der Schweizerischen Nationalbank haben selbstverständlich nicht mehr die gleiche Bedeutung wie bei der klassischen Goldwährung, wo sie in erster Linie dazu dienten, den gesetzlich festgelegten Goldpreis im Inland zu gewährleisten. Seitdem die internationale Goldwährung zusammengebrochen ist und die Währungs- und Konjunkturpolitik am Ziele der Stabilhaltung der Preise und Einkommen sowie der Vollbeschäftigung orientiert ist, funktioniert der Goldautomatismus nicht mehr, der den Ausgleich der Zahlungsbilanzen weniger durch Goldzahlungen bewerkstellte als durch Veränderung der Preise und Einkommen.

67) Handwörterbuch des Bank-, Geld- und Börsenwesens der Schweiz 1947, S. 255.

68) Es soll mit dieser Bezeichnung zum Ausdruck gebracht werden, dass es sich um eine besondere Form der Zahlungsbilanzpolitik gehandelt hat, bei welcher nicht der Aussenwert, sondern der Binnenwert der Währung im Vordergrund stand, und bei welcher nicht ein Passivum, sondern ein Aktivum der Zahlungsbilanz korrigiert werden musste.

69) 46. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1953, S. 13.

70) 46. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1953, S. 14.

In Wirklichkeit ist jedoch zur Zeit der klassischen Goldwährung der Ausgleich in erster Linie mit Hilfe des Kapitalverkehrs, d. h. eines internationalen Kreditapparates zustande gekommen. Sowohl kurzfristige, temporäre Ungleichgewichte, wie langfristige, strukturelle Defizite, wurden zum überwiegenden Teil durch die Gewährung von Krediten beseitigt⁷¹.

Das internationale Kreditsystem, das den Ausgleich der Zahlungsbilanzen während Jahrzehnten reibungslos ermöglichte und Goldverschiffungen überflüssig machte, ist heute zusammengebrochen. Seitdem der internationale Kapitalverkehr nicht mehr funktioniert und auf einen Bruchteil seines früheren Umfanges zusammengeschrumpft ist, hat nun das Gold als Zahlungsbilanzausgleichsmittel ausserordentlich an Bedeutung gewonnen.

Gleichzeitig sind alle jene Hilfsmittel entstanden, die in Wirklichkeit nur einen Ersatz des internationalen Kreditverkehrs darstellen: die *accords monétaires* der unmittelbaren Nachkriegszeit, die Institutionen von Bretton Woods, die europäischen Zahlungsabkommen, die Europäische Zahlungsunion, die Marshallhilfe usw.

Dadurch, dass der Schweizerischen Nationalbank in den Jahren 1951, 1952 und 1953 ansehnliche Goldbeträge durch die Europäische Zahlungsunion gutgeschrieben worden sind, ist es angebracht, die Bedeutung dieser Institution, der ja die Schweiz auch angeschlossen ist, zu streifen.

a) Die Europäische Zahlungsunion

aa) Der internationale Zahlungsverkehr der Schweiz

Betrachtet man die tatsächliche Struktur des internationalen Zahlungsverkehrs der Schweiz und anderer Länder im Verlaufe der letzten 20 Jahre, so kann in erster Linie eine Zweiteilung des Aufbaues festgestellt werden. Während früher die Träger des Zahlungsverkehrs, der Vermittlungsapparat, sich aus den Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens herausbildeten, sind in den letzten Jahrzehnten neben den nichtstaatlichen Vermittlern, d. h. der Banken, eine vom Staat eingesetzte Ordnung des Zahlungsverkehrs in Form des Clearings zu bemerken. Der internationale Zahlungsverkehr — und damit der internationale Leistungsaustausch — wurden in eine Reihe zusammenhangloser, ihrem eigenen Schicksal unterliegende Ausschnitte zerrissen und eingeteilt. Die Möglichkeit einer beliebigen Verschiebung und Umwandlung der nationalen Geldarten ist somit ausgeschaltet und es fehlen die ausgleichenden und regulierenden Querverbindungen zwischen verschiedenen nationalen Geldeinheiten⁷².

71) V. F. Wagner, Wechselkursprobleme und die Goldfrage, April 1952, Privat-Kommerzbank AG., Zürich, S. 18.

α) Die bilateralen Zahlungs- und Kreditabkommen

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufbau und die Ingangsetzung des Güteraustausches musste nach Beendigung des zweiten Weltkrieges darin bestehen, die Devisennot zu überbrücken, und dies konnte nur durch Kredit geschehen.

Die typisch europäische Form der Kredithilfe in der Nachkriegszeit bildeten die bilateralen Zahlungs- und Kreditabkommen. Die Kredite, die im Rahmen solcher Abkommen innerhalb Europas gewährt wurden, dürften 1,5 Milliarden Dollars erreichen⁷³. Die Schweiz hat deren im Umfang von rund 700 Millionen Franken bis ca. 1949 eröffnet.

In den bilateralen Zahlungs- und Kreditabkommen stellen sich die Regierungen zweier Länder ihre Währungen gegenseitig zu einem festen Kurs zur Verfügung. Da die Zahlungsbilanz des wirtschaftlich schwächeren Landes passiv ist, verbleibt dem Gläubiger nach der periodischen Verrechnung der Salden ein Guthaben in der Währung des Schuldnerlandes, das nicht konvertierbar ist. Die Krediterteilung erfolgt somit in der Weise, dass der Gläubiger seine Währung gegen ein nichtkonvertierbares Guthaben verkauft⁷⁴.

Es dauerte aber nicht lange, bis sich die Schwächen dieser Abkommen zeigten. Da sie zur Hauptsache nur auf die laufenden Geschäfte Anwendung finden, fehlte es an Mitteln für den Kapitalverkehr und für Transaktionen ausserordentlicher Art. Die Überspannung des bilateralen Prinzips und der Wegfall jedes natürlichen Ausgleichs, wie er dem multilateralen Handel bei freier Entfaltung innewohnt, führten dazu, dass die Schuldner- oder Gläubigerposition des einzelnen Partners immer ausgeprägter in Erscheinung trat und die Kredite vorzeitig erschöpft waren.

Kein Land kann es sich aber gestatten, dem Ausland in unbeschränktem Umfang und zeitlich unbegrenzt Kredite zu gewähren. Der schweizerische Bundesrat hat denn auch im August 1948 zum Ausdruck gebracht, dass die Gewährung weiterer Kredite nicht mehr in Frage komme⁷⁵.

Von wesentlicher Bedeutung ist in diesem Zusammenhang aber die Finanzierung der Kredite. Schöpft der Staat die für die Vorschüsse be-

72) A. Hirs, Der internationale Zahlungsverkehr der Schweiz, in: Festgabe Bachmann, Zürich 1944, S. 399.

73) 16. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich 1946, S. 58.

74) R. Erb, Die bilateralen Zahlungs- und Kreditabkommen, in: Festgabe E. Grossmann, Zürich 1949, S. 231.

75) 37. Bericht des Bundesrates über die wirtschaftlichen Massnahmen gegenüber dem Ausland vom 26. August 1948, S. 10/11.

nötigten Mittel auf dem Markte ab, so entsteht theoretisch keine zusätzliche Nachfrage. Immerhin werden auf diese Weise Mittel aktiviert, die sonst brachliegen würden, und der Export erhält Impulse, die sich auf die ganze Inlandwirtschaft übertragen können. Ist es hingegen die Notenbank, die für den Staat die Vorschüsse leistet, dann wird Geld geschaffen und damit eine Wirkung ausgelöst, die über die Stimulierung des Exportes hinausgehen kann, je nach der Konjunktur- und Geldmarktlage. Der gleiche Effekt wird auch erreicht, wenn die Notenbank nach Erschöpfung der Kreditlimiten Gold entgegennimmt oder bereit ist, die Abkommen noch vor Erreichung der Plafonds durch Gold- und Devisenübernahmen aus Drittländern zu speisen, wie das die Schweizerische Nationalbank in den Jahren 1948/49 tun musste.

β) Der Übergang zu einem regionalen Multilateralismus

Die Mängel des bilateralen Zahlungsverkehrs in all seinen Formen sind schon früh erkannt worden. Seit Beginn der dreissiger Jahre hat es daher nicht an Versuchen gefehlt, diese Fesseln zu lockern und zu einer gewissen Multilateralität zurückzukehren. Es sei nur an die Pläne *Keynes'* für die Schaffung einer internationalen Clearingunion und an die Zielsetzungen des internationalen Währungsfonds gedacht. Den letzten grossangelegten Versuch stellt das „Abkommen über den innereuropäischen Zahlungs- und Verrechnungsverkehr“ dar, das auf Grund des Marshallplanes geschaffen und am 16. Oktober 1948 in Paris unterzeichnet wurde. Durch dieses Abkommen wurde ein Teil der Marshallhilfe für die Erleichterung des europäischen Handels- und Zahlungsverkehrs abgezweigt. Auch die Schweiz ist diesem Abkommen mit gewissen Einschränkungen beigetreten⁷⁶.

Dieser innereuropäische Zahlungsplan stellte eine Vorstufe des umfassenden regionalen multilateralen Systems dar, das 1950 mit der europäischen Zahlungsunion begründet wurde⁷⁷.

In einem generellen System des regionalen Multilateralismus, wie es die Europäische Zahlungsunion darstellt, werden alle bilateralen Salden in

76) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 20. August 1948 betr. den Beitritt der Schweiz zum Abkommen über die europäische, wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Bundesblatt No. 34, S. 1177.

77) Während in einem allgemeinen multilateralen System jedes Land mit Hilfe freier Devisen- und Goldtransfers zwischen seinen verschiedenen bilateralen Positionen ein Gleichgewicht seiner Zahlungsbilanz als Ganzes anstrebt, gliedert sich der Zahlungsverkehr für die Mitgliedstaaten eines regionalen Multilateralismus in zwei Sektoren. Dem Zahlungsverkehr unter den Mitgliedsländern steht der äussere Zahlungsverkehr mit den Nichtmitgliedsländern gegenüber (K. Brunner, Das Problem des regionalen Multilateralismus, in: Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft, Heft 6 1952, S. 485).

vollem Umfange miteinander aufgerechnet. Soweit sich diese Salden nicht voll ausgleichen, werden für die einzelnen Länder Nettosalde ermittelt. Der Zahlungsbilanzausgleich beschränkt sich somit in der Zahlungsunion auf den Spitzenausgleich, was auch eine Multilateralisierung der Kredite notwendig macht⁷⁸.

In der Europäischen Zahlungsunion sind diese Voraussetzungen in der Weise verwirklicht worden, dass die Spitzen überhaupt nicht mehr gegenüber bestimmten Ländern und in bestimmten Währungen auftreten, sondern in EZU-Einheiten umgerechnet und bei der Zahlungsunion verbucht werden. Es bestehen also keine direkten Beziehungen mehr zwischen den Gläubiger- und Defizitländern, sondern nur indirekte über die Zahlungsunion, die dazwischengeschaltet ist. Guthaben und Defizite gegenüber der Zahlungsunion werden nach einheitlich festgelegten Richtlinien teilweise mit Krediten und teilweise in Gold oder konvertibler Währung finanziert.

b) Die Bedeutung der Europäischen Zahlungsunion für die Schweiz

Der Hauptvorteil, den die Schweiz vom Beitritt zur Europäischen Zahlungsunion zu erwarten hat, liegt auf handelspolitischem Gebiet. Die Union verfolgt ja den Zweck, die Devisenknappheit zu überwinden und die damit durch sie bedingten Einfuhrbeschränkungen zu beseitigen.

Das Abkommen über die Zahlungsunion zieht aber bedeutende finanzielle Verpflichtungen für die Schweiz nach sich. Die Festsetzung der Quote im Betrag von 250 Millionen Dollars entspricht 1095 Millionen Schweizerfranken (1 Dollar = 4.37 Sfr.) und bedeutet die Einräumung einer Kreditlimite zugunsten der Zahlungsunion im Ausmass von 60 % dieser Summe⁷⁹.

Diese Quote war am 30. Juni 1952 erst zu 68,2 % ausgenützt. Dadurch, dass nicht vorausgesehen war, wie lange sie noch ausreichen würde, wurden sofort die Bedingungen für eine allfällige Quotenüberschreitung festgelegt. Die getroffene Regelung besteht in der Einräumung einer Zusatzquote von 547 Millionen Schweizerfranken innerhalb welcher die schweizerischen Überschüsse je zur Hälfte durch Goldzahlungen der Union an die Schweiz und Bundeskredite an die Union ausgeglichen werden.

In seiner Botschaft vom 4. Juni 1954 an die Bundesversammlung empfiehlt der Bundesrat die Verlängerung der Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Zahlungsunion und die Verlängerung des bisherigen Kredites der Eidgenossenschaft an die Union⁸⁰.

78) K. Brunner, a. a. O., S. 493.

79) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 22. 9. 1950 betr. den Beitritt der Schweiz zum Abkommen über die Errichtung einer Europäischen Zahlungsunion.

Es ist bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass der Bund das Gold, das als Überschuss aus dem Handelsverkehr mit den Unionsländern erzielt wird, zum Paritätskurs des Dollars von 4,37282, d. h. zum Kurs der Unions-Rechnungseinheit übernimmt. Er übergibt dann das Währungsmetall der Nationalbank zum Paritätskurs von 4,31685, der dem Ankaufspreis der Nationalbank für Gold entspricht. Der Verlust wird vom Bund den Exporteuren überbunden.

§ 6

Die Goldabgabe der Schweizerischen Nationalbank

a) Einlöschungspflicht der Banknoten in Goldmünzen oder Goldbarren in früheren gesetzlichen Erlassen der Eidgenossenschaft

aa) Das revidierte Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 20. Dezember 1929

Diese Revisionsvorlage beschränkte sich nur auf die Änderung, die sich aus dem Übergang der Doppelwährung von Gold und Silber zur ausschliesslichen Goldwährung ergab. Seit 1924 hatten alle für die Schweiz wichtigen Staaten Europas ihre Währungen saniert und in der einen oder anderen Form die Goldwährung eingeführt. Danach lösten die Zentralbanken verschiedener europäischer Länder gemäss Gesetz oder auf dem Wege praktischer Übung ihre Noten wieder ein in Goldmünzen, Goldbarren oder wenigstens Golddevisen, d. h. in Checks oder in Anweisungen auf Länder, deren Notenbanken die Noten in Goldmünzen oder Goldbarren einlösten. In der Schweiz bestand diese Art der Noteneinlösung vor 1929 wohl in der Praxis, doch war die Nationalbank gesetzlich nicht dazu verpflichtet. Der Bundesratsbeschluss zur Anwendung des Verfassungsartikels 39, Absatz 6, war in Kraft, der bestimmte, dass eine Rechtsverbindlichkeit für die Annahme von Banknoten bei „Notlagen in Kriegzeiten“ ausgesprochen werden kann.

Auch 1929 hatte der eidgenössische Gesetzgeber das Ziel einer Einlösung der Noten durch die Nationalbank in Goldmünzen vor Augen, eine Ordnung, wie sie damals die Vereinigten Staaten und in Europa Schweden und Norwegen gekannt haben. Doch ebenfalls um diese Zeit bestanden keineswegs die praktischen Voraussetzungen für eine schweizerische Gold-

80) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. die Verlängerung der Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Zahlungsunion vom 4. Juni 1954, in: Bundesblatt No. 23, S. 989.

umlaufswährung, denn es herrschte in den schweizerischen Nachbarländern ein ausgesprochener Goldhunger und das durch das Noteninstitut in den Verkehr gebrachte Gold wäre sehr bald ins Ausland geflossen. Die die Einlösungspflicht der Nationalbank betreffenden Artikel der Gesetzesnovelle vom 20. Dezember 1929 lauten wie folgt:

Artikel 20: Die Nationalbank ist zur Einlösung ihrer Noten im Nennwert auf Vorweisung in schweizerischen Goldmünzen verpflichtet.

Art. 20bis: Solange die Notenbanken der von den Bankbehörden als massgebend bezeichneten Länder ihre Noten nicht in Goldmünzen einlösen, ist auch die Nationalbank zur Einlösung ihrer Noten zum Nennwert auf Vorweisung nur in der Weise verpflichtet, dass sie nach eigener Wahl einlösen kann: in schweizerischen Goldmünzen;
in Goldbarren in handelsüblichem Gewicht zur gesetzlichen Münzparität;
in Golddevisen (Auszahlungen und Checks) in der Höhe des in Gold umgerechneten jeweiligen Marktwertes einer auf einem freien Goldmarkt ruhenden Währung.

Artikel 22: Die Bezeichnung der Noten als gesetzliches Zahlungsmittel und die Aufhebung der Pflicht der Nationalbank zur Einlösung der Noten nach Massgabe von Artikel 20 bzw. 20bis können nur bei Notlagen in Kriegszeiten vom Bundesrat verfügt werden.

bb) Die Abwertung vom September 1936 und die damit verbundene strukturelle Veränderung der schweizerischen Geldverfassung

Der Bundesratsbeschluss betreffend Währungsmassnahmen vom 27. September 1936 lautet wie folgt:

„Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf Artikel 53 Absatz 1 des Bundesratsbeschlusses vom 31. Januar 1936 über neue, ausserordentliche Massnahmen zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichtes im Bundeshaushalt in den Jahren 1936 und 1937 beschliesst:

Artikel 1: Für die Banknoten der Schweizerischen Nationalbank wird der gesetzliche Kurs erklärt. Infolgedessen gilt jede Zahlung, die mittels dieser Banknoten gemacht wird, im Lande als rechtsgültig erfolgt.

Artikel 2: Die Schweizerische Nationalbank ist von der Verpflichtung enthoben, ihre Noten gemäss Art. 20 und 20bis des Bundesgesetzes vom 7. April 1921/20. Dezember 1929 über die Schweizerische Nationalbank in Gold oder Golddevisen einzulösen. Dagegen bleibt sie verpflichtet, die gesetzliche Deckung der Noten aufrechtzuerhalten.

Artikel 3: Die Schweizerische Nationalbank ist angewiesen, den Goldwert des Frankens zwischen 190 und 215 Milligramm Feingold zu halten. Dies entspricht einer Abwertung des Frankens im Mittel von 30 Prozent.

Artikel 4: Dieser Beschluss tritt am 28. September 1936 in Kraft.“

Die Abwertung des Schweizerfrankens im Jahre 1936 bedeutete nicht nur eine Änderung der bisher festen Relation des Schweizerfrankens zum Gold und den Übergang zu einer Rahmenparität⁸¹, d. h. Aufgeben der festen Beziehung zwischen Gold und Währungseinheit⁸², sondern die Aufgabe wichtiger Merkmale der klassischen Goldwährung, wie freie Ausprägbarkeit der Goldmünzen und Aufhebung der Einlösungspflicht der Banknoten.

Es stellt sich nun die Frage, ob diese von 1936 bis 1952 bestehende Geldverfassung der Schweiz noch als Goldwährung zu betrachten ist und wenn ja, welche Art von Goldwährung hier vorgelegen hat. Gemäss *Kellenberger* ist die schweizerische Währung seit 1931 zwar eine Goldwährung aber keine Goldumlaufwährung, sondern eine Art Goldkernwährung⁸³, wobei hervorgehoben werden muss, dass für wirtschaftliche Betrachtungen nur tatsächliche Zustände bedeutungsvoll sein können und nicht Gesetze, die gewisse Verpflichtungen auferlegen, die dann gegebenenfalls doch umgangen werden.

cc) Beschränkte Goldabgabe der Schweizerischen Nationalbank ab 1941

Die Preisentwicklung auf dem privaten Goldmarkt hatte die Schweizerische Nationalbank 1941 veranlasst, in beschränktem Umfange Goldmünzen an den Markt zu verkaufen. Sie hatte damit die Erwartung verbunden, ein ausgiebigeres Goldangebot würde der unerwünschten Preistreiberei Einhalt bieten. Der Erfolg konnte aber nicht befriedigen, so dass sich die Währungsbehörden 1942 veranlasst sahen, die schon erwähnten Goldhandelsvorschriften zu erlassen⁸⁴.

Trotzdem wurden die Goldabgaben während der folgenden Jahre fortgesetzt⁸⁵. Die Bankleitung verfolgte jedoch damit einen anderen Zweck. Die schweizerischen Goldmünzen waren nach dem Münzgesetz von 1931 ausgeprägt. Sie wiesen nach der Frankenabwertung von 1936 ein positives inneres Agio auf, d. h. ihr Metallwert, ausgedrückt in Franken, war höher

81) Festhalten des Goldwertes pro Franken durch die Nationalbank zwischen 190 und 215 Milligramm Feingold.

82) Diese letztgenannte Massnahme war nicht so schwerwiegend, da der Bundesrat von der Möglichkeit, die Parität innerhalb dieser Grenzen zu verändern, während der vergangenen 16 Jahre bis zum Inkrafttreten des neuen Münzgesetzes von 1952 keinen Gebrauch gemacht hat.

83) E. Kellenberger, Münzwesen in der Schweiz seit 1850 im Handbuch des Bank-, Geld- und Börsenwesens der Schweiz 1947, S. 411. Siehe auch S. 17 dieser Arbeit.

84) Siehe auch S. 42 ff. dieser Arbeit.

85) 40. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1947, S. 13.

als der eingeprägte Nominalwert. Dies war die ursprüngliche Ursache, weshalb die Goldmünzen nach 1936 aus dem Verkehr verschwanden bzw. ihre Funktion als Zahlungsmittel verloren. Nach 1936 erwartete die Schweizerische Nationalbank, dass neuausgegebene Goldmünzen gleicher Prägung und gleichen Gewichts keine Geldfunktion mehr ausübten, sondern gehortet und als Ware gehandelt würden.

Das Noteninstitut erwirkte durch die Goldabgabe in gewissem Sinne eine Neutralisierung der Goldzuflüsse aus dem Ausland. Die Goldabgaben vermochten nach Massgabe des Umfangs, in dem sie jeweils getätigt wurden, Geldmittel zu binden. Die Bankleitung war sich jedoch bewusst, dass die von den wirtschaftlichen Transaktionen mit dem Ausland ausgehenden Impulse in der Binnenwirtschaft gleichwohl wirksam waren ⁸⁶.

Die Goldverkäufe an den Markt waren für die Schweizerische Nationalbank zudem eine nicht zu unterschätzende Gewinnquelle. Das Zwanzigfranken-Goldstück wurde zu Fr. 30.50 verkauft, besass jedoch — gemessen am Goldpreis der Schweizerischen Nationalbank — einen Goldwert von Fr. 28.44 ⁸⁷. Selbst nach Abzug der Prägekosten blieb dem Noteninstitut eine ansehnliche Gewinnmarge.

Diese Gewinnmöglichkeit mag wohl auch ein Grund gewesen sein, weshalb die Eidgenossenschaft sich ebenfalls mit dem Verkauf von Goldmünzen ans Publikum befasste. Es sind darüber allerdings keine Zahlen erhältlich. Einzig der Umstand, dass die Staatsrechnung pro 1947 einen aus dieser Quelle stammenden Gewinn von 20 Millionen Franken ausweist, lässt auf die ungefähre Höhe der Goldabgaben schliessen.

Man muss sich indessen bewusst sein, dass die Goldabgaben des Bundes den von der Schweizerischen Nationalbank angestrebten Zweck nicht erfüllten. Wurde bei den Goldabgaben der Notenbank der entsprechende Geldbetrag aus der Zirkulation gezogen und stillgelegt, so gelangte er bei den Goldabgaben des Bundes durch diesen wieder in Zirkulation. Sofern auf diese Weise Notenhorte durch Gold ersetzt wurden, strömte sogar bisher stillgelegtes Geld erneut in die Zirkulation. Zudem wurde durch die Verkäufe des Bundes Gold ans Publikum abgegeben, dessen Gegenwert früher schon einmal stillgelegt worden war.

Die Goldabgaben an den Markt und an die Industrie hatten bis Ende 1946 die Höhe von über einer Milliarde Franken (Münzen und Barren) erreicht ⁸⁸. Verschiedene Umstände veranlassten jedoch die Schweizerische Nationalbank, die Goldverkäufe im Laufe des Jahres 1947 einzustellen. Einmal waren die zu Arbitragezwecken abgegebenen Goldbarren vornehmlich gegen solche Schweizerfranken erworben worden, die Ausländer gegen

86) 39. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1946, S. 13.

87) Staatsrechnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1947, S. 17a.

88) 39. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1946, S. 13.

Hingabe von Finanzdollars gekauft hatten. Dies hatte einen bedeutenden zusätzlichen Zustrom von Finanzdollars und somit einen Druck auf dessen Kurs zur Folge gehabt, was den Bemühungen des Noteninstituts direkt zuwiderlief. Schon im Februar 1947 hatte die Bankleitung deshalb die Abgabe von Goldbarren zu Arbitragezwecken eingestellt⁸⁹. Im Laufe des Sommers konzentrierte sich das internationale Interesse, insbesondere der Spekulation und der Schmuggler, immer mehr auf das Schweizer Gold. In grossem Umfang flossen Goldmünzen illegal über die Grenzen ins Ausland. Auch im Hinblick darauf, dass bei einer möglichen defizitären Entwicklung der Ertragsbilanz grössere Goldbeträge für Auslandszahlungen benötigt werden konnten, schien der Nationalbank ein zentrales Zusammenhalten des Währungsmetalls zweckmässig zu sein. Es waren in der Schweiz zudem namhafte fremde Kapitalien investiert, deren Gegenwert in Gold bei etwaigem Abfluss ins Ausland hätte aufgebracht werden müssen⁹⁰.

Die Schweizerische Nationalbank schränkte deshalb Ende August 1947 auch die Goldmünzenabgabe ein und hob sie am 9. September ganz auf. Sie wusste sich zudem in Übereinstimmung mit der Auffassung des Internationalen Währungsfonds, der sich in einer Empfehlung an seine Mitglieder dahingehend geäussert hatte, dass es für die Stabilität der intervalutarischen Kurse äusserst ungünstige Nachwirkungen haben müsse, wenn dauernd Goldgeschäfte zu überhöhten Preisen geduldet würden⁹¹.

Die Gründe, die zur Einstellung der Goldabgabe an den Markt geführt hatten, waren zum Teil auch Ursache dafür, dass die Schweizerische Nationalbank ihre Goldabgaben vorher nicht in stärkerem Ausmass getätigt hatte, wie dies aus Kreisen der Wirtschaft gewünscht worden war. Darüber hinaus galt es zu bedenken, dass vom Goldbestand der Schweizerischen Nationalbank ein grosser Teil im Ausland (USA, England) blockiert war und der im Inland tatsächlich verfügbare Bestand somit nicht frei manipuliert oder dem Publikum verkauft werden konnte. Die Ansicht der Bankleitung ging zudem dahin, dass einmal an den Markt abgegebene Goldbeträge nur sehr schwer oder überhaupt nicht mehr für eine monetäre Verwendung durch die Notenbank hätten mobilisiert werden können⁹².

89) 40. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1947, S. 14.

90) V. F. Wagner, Bemerkungen zur Dollarpolitik, in: Schweiz. Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft 1949, S. 39.

91) 40. Geschäftsbericht der Schweiz. Nationalbank 1947, S. 14.

92) XXXIV. Bericht des Bundesrates, S. 809.

b) Geltendes Recht

Die Vorschriften betreffend die Einlösung der Zentralbanknoten in Gold sind in den Artikeln 21 und 22 des Bundesgesetzes über die Schweizerische Nationalbank vom 21. April 1953 enthalten. Sie lauten wie folgt:

Artikel 21: Die Nationalbank ist unter Vorbehalt von Artikel 22 verpflichtet, ihre Noten zum Nennwert nach ihrer Wahl in schweizerischen Goldmünzen oder in Goldbarren zum gesetzlichen Münzfuss einzulösen;

Artikel 22: In Kriegszeiten oder in Zeiten gestörter Währungsverhältnisse kann der Bundesrat die Verpflichtung der Nationalbank zur Einlösung ihrer Noten aufheben und die Rechtsverbindlichkeit für deren Annahme aussprechen. In diesem Falle bleibt die Nationalbank verpflichtet, den Wert des Frankens auf der gesetzlich vorgeschriebenen Parität zu halten; beim An- und Verkauf von Gold hat sie die vom Bundesrat festzusetzenden Preisgrenzen einzuhalten.

Nach dem revidierten Artikel 39 der Bundesverfassung⁹³ sind die Banknoten ein in Gold einlösbares Geldsurrogat. Nur in Kriegszeiten und in Zeiten gestörter Währungsverhältnisse sind sie definitives Geld oder ge-

93) Die Revision wurde angenommen in der Volksabstimmung vom 15. April 1951. Der revidierte Artikel 39 lautet folgendermassen:

- (1) Das Recht zur Ausgabe von Banknoten und andern gleichartigen Geldzeichen steht ausschliesslich dem Bunde zu.
- (2) Der Bund kann das ausschliessliche Recht zur Ausgabe von Banknoten durch eine unter gesonderter Verwaltung stehende Staatsbank ausüben oder, unter Vorbehalt des Rückkaufsrechts, einer zentralen Aktienbank übertragen, die unter seiner Mitwirkung und Aufsicht verwaltet wird.
- (3) Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes zu regeln, den Zahlungsverkehr zu erleichtern *und im Rahmen der Bundesgesetzgebung eine den Gesamtinteressen des Landes dienende Kredit- und Währungspolitik zu führen.*
- (4) Der Reingewinn der Bank über eine angemessene Verzinsung bzw. eine angemessene Dividende des Dotations- oder Aktienkapitals und die nötigen Einlagen in den Reservefonds hinaus kommt wenigstens zu zwei Dritteln den Kantonen zu.
- (5) Die Bank und ihre Zweiganstalten dürfen in den Kantonen keiner Besteuerung unterzogen werden.
- (6) *Der Bund kann die Einlöschungspflicht für Banknoten und andere gleichartige Geldzeichen nicht aufheben* und die Rechtsverbindlichkeit für ihre Annahme nicht aussprechen, ausgenommen in Kriegszeiten oder in Zeiten gestörter Währungsverhältnisse.
- (7) *Die ausgegebenen Banknoten müssen durch Gold und kurzfristige Guthaben gedeckt sein.*
- (8) Die Bundesgesetzgebung bestimmt das Nähere über die Ausführung dieses Artikels.

(Der kursive Text ist durch die Revision neu hinzugekommen.)

setzliches Zahlungsmittel, das von jedermann angenommen werden muss. Prinzipiell hat also die Nationalbank die von ihr ausgegebenen Noten auf Verlangen einzulösen. Dies ist als eine privatrechtliche Pflicht der Bank gegenüber dem Noteninhaber und als eine öffentlich-rechtliche gegenüber dem Bunde zu betrachten.

Durch die gegenwärtige Gültigkeit von Artikel 22, als Folge der gestörten internationalen Währungsverhältnisse, haben die Noten der Schweizerischen Nationalbank gesetzlichen Kurs. Diese Kompetenz, die Einlösungspflicht aufzuheben und den Noten die Eigenschaft eines gesetzlichen Zahlungsmittels zu verleihen, ist dem Bundesrat übertragen. Er ist als oberste Instanz allein in der Lage, auf Grund der ihm gesetzlich verliehenen Befugnisse, die nötigen Massnahmen sofort zu treffen, wie dies z. B. bei der Aufhebung der Noteneinlösung anlässlich der Abwertung des Frankens 1936 geschehen ist. Bei dieser Aufhebung der Einlösungspflicht ist die Nationalbank rechtlich nicht beteiligt. Doch ist diese Vorschrift für die schweizerische Zentralbank von grösster sachlicher und wirtschaftlicher Bedeutung.

Die Einführung des ständigen gesetzlichen Kurses als altes Postulat der Nationalbank, ist auf diese Weise nur teilweise verwirklicht ⁹⁴. Der Grund dafür mag wohl darin liegen, dass immer noch die Hoffnung besteht, eine Wiedereinführung der Goldumlaufwährung durchführen zu können. Diese Hoffnung des schweizerischen Gesetzgebers kommt in folgendem Satz der Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Revision des Nationalbankgesetzes vom 21. April 1953 zum Ausdruck: „Der Wiedereinführung der Noteneinlösung in Gold ... stehen zur Zeit die internationalen Währungsverhältnisse entgegen“ ⁹⁵.

c) Die Goldabgabe bzw. der Goldverkauf der Schweizerischen Nationalbank zum festen Preis unter der gegenwärtigen Geldverfassung

Auch die Goldabgabe bzw. der Goldverkauf der Schweizerischen Nationalbank hat bei der gegenwärtigen Geldverfassung nicht mehr die gleiche Bedeutung wie das bei der klassischen Goldwährung der Fall war, wo nach *Ricardo* die Einlösung der Banknoten in Gold nur zur Verhinderung der übermässigen Vermehrung der Notenmenge für notwendig gehalten wurde als gesetzliche Sicherheit des Publikums gegen Unvorsichtigkeit der Bank ⁹⁶.

⁹⁴) A. Jöhr, Die Schweiz. Nationalbank, Bern 1910, S. 389.

⁹⁵) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 21. April 1953 betr. die Revision des Bundesgesetzes über die Schweiz. Nationalbank des Jahres 1929, in: Bundesblatt 17, S. 914.

⁹⁶) D. Ricardo, Der hohe Preis der Edelmetalle.

Die Goldabgabe der Schweizerischen Nationalbank beschränkt sich in erster Linie auf den Spitzenausgleich der schweizerischen Zahlungsbilanz.

Die Aufgabe, die Landeswährung auf der Parität zu halten, zwingt die Nationalbank, im Verkehr mit ausländischen Notenbanken, je nach den Verhältnissen, Gold zu kaufen oder zu verkaufen. Bei dieser Gelegenheit findet für den An- und den Verkauf, wie übrigens schon erwähnt, nicht genau der gleiche Preis Verwendung. Die Bank hat gewisse Margen, die ihr gestatten, die mit diesen Transaktionen verbundenen Kosten zu decken.

Anlässlich der Beratung der Vorlage betreffend Revision des Münzgesetzes ist in der nationalrätlichen Kommission die Frage aufgeworfen worden, ob sich solche von der Parität abweichende Preise für den Goldverkehr mit ausländischen Notenbanken mit der im Münzgesetz festgelegten Fixparität vereinbaren lassen. Darauf ist geantwortet worden, dass die Einhaltung der genauen Parität für die Währungsoperationen der Nationalbank mit beträchtlichen Verlusten verbunden ist, die für die Bank untragbar wären und deshalb letzten Endes vom Bunde übernommen werden müssten. Die Nationalbank hat denn auch für den An- und Verkauf von Gold seit jeher — wie andere Notenbanken auch — verschiedene Preise zur Anwendung gebracht ⁹⁷.

Im Rahmen der unter § 5 des II. Abschnittes des 3. Kapitels erwähnten Europäischen Zahlungsunion bedeutet eine Goldabgabe bzw. eine Goldübertragung der schweizerischen Eidgenossenschaft als ausgesprochenes Gläubigerland, die Gewährung eines Kredites an die Schuldnerländer der Union.

Die besondere Erwähnung der Europäischen Zahlungsunion im Zusammenhang mit dem Goldan- und -verkauf bei der gegenwärtigen Geldverfassung ist insofern begründet, als die Exporte nach EZU-Ländern einen Anteil von ca. 60 % an den gesamten Exporten der Schweiz in den letzten 4 Jahren betragen ⁹⁸. Diese Goldtransaktionen sind durch amtliche Veröffentlichungen zu verfolgen, wie dies aus nachstehender Tabelle hervorgeht, im Gegensatz zu den Goldkäufen und -verkäufen mit dem Dollarraum oder den Ländern unter sowjetrussischer Kontrolle.

Goldbestand der Schweiz. Nationalbank in Millionen Sfr.	Jahresende	EZU-Goldsalden ⁹⁹
6240,2	1949	
5975,8	1950	— 55
6003,8	1951	+ 256
5876,1	1952	+ 95,4
6086,1	1953	+ 282

⁹⁷) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. die Revision des Nationalbankgesetzes vom 21. April 1953, in: Bundesblatt No. 17, vom 30. April 1953, S. 915.

d) Die Bedeutung der Einlösung der papierenen Zahlungsmittel in Gold in verschiedenen Zeitabschnitten

Wie aus den vorangegangenen Ausführungen ersichtlich ist, kommt der Einlösung der papierenen Zahlungsmittel in Gold für die Erhaltung des Geldwertes zu verschiedenen Zeiten auch verschiedene Bedeutung zu, so dass es angebracht erscheint, diese Tätigkeit der Zentralbank einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

aa) In den Zeiten des Vielbankensystems

Zu dieser Zeit stellten die Noten einer einzelnen Bank noch nicht den überwiegenden Teil des Geldumlaufs eines Landes dar, sondern es zirkulierten entweder auf Grund zahlreicher Privilegien oder infolge von Notenbankfreiheit eine grosse Zahl verschiedener Banknoten nebeneinander. Die Wertkonstanz dieser Banknoten wurde damals in erster Linie durch deren Verdrängung aus dem Verkehr bedroht, d. h. der Tatsache, dass sie nicht mehr in der bisherigen Weise angenommen wurden. In dieser Zeit gab es nur eine wahrhafte Stütze des Wertes dieser Noten: diese lag in der jederzeitigen Einlösbarkeit in Gold, im Metall, das auf Grund seiner viel tiefer eingewurzelten Verwendung zu monetären, industriellen und Thesaurierungszwecken die Wertkonstanz zu verbürgen schien. Wenn die Einlösung aufgehoben wurde, trat ein Disagio der Note ein, das — je nach der Hoffnung auf Wiederaufnahme der Barzahlung — bald grösser bald kleiner wurde. In diesem Stadium der Entwicklung, in dem jede Notenbank nur einen verhältnismässig kleinen Wirkungskreis besass und in dem die Noten nur einen geringen Teil der Gesamtumlaufsmittel des Landes darstellten, war deren jederzeitige Einlösung in Gold nicht nur erforderlich, sondern auch möglich. Sollten anlässlich eines Runs auf eine dieser Banken sämtliche zur Ausgabe gelangten Noten gleichzeitig vorgewiesen werden, war die Erfüllung dieser Verbindlichkeit bei genügender Goldreserve eventuell möglich. Die Bank entlehnte das ihr fehlende Edelmetall von einer anderen Bank oder bezog es in sonstiger Weise von irgendeiner Stelle der Volkswirtschaft mittels ihres Kredites oder durch Abstossung leicht realisierbarer Aktiven, nicht anders als gegenwärtig irgendeine Kreditbank im Falle eines Runs vorgehen wird.

98) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betr. die Verlängerung der Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Zahlungsunion vom 4. Juni 1954, in: Bundesblatt No. 23, S. 989.

99) Goldsalden der Schweiz gegenüber der Europäischen Zahlungsunion.

bb) In der Zeit des Einbankenprinzips

Bekanntlich ist das System der Vielgestaltigkeit des Notenbankwesens im weiteren Stadium der Entwicklung der Geldwirtschaft nicht aufrechterhalten worden. Der Missbrauch, der mit der Notenausgabe getrieben wurde, zwang die Staaten dazu, die Zahl der zur Notenenmission berechtigten Banken immer mehr einzuschränken. Der Zustand, dass in jedem Land nur eine Bank die Notenausgabe betreibt, bedeutete das Ende dieser Entwicklung.

Die geldtheoretische Bedeutung der Umwandlung, die sich vollzogen hat, ist die, dass nunmehr die Einlösung der Noten in Gold für den inneren Verkehr zu Zwecken der Aufrechterhaltung des Geltungsbereiches der Noten weder möglich noch erforderlich ist. Die Situation der zentralen Notenbanken ist nämlich, was die Möglichkeit ihrer Verpflichtung zur Einlösung ihrer Noten betrifft, eine völlig andere geworden. Die Banknote ist jetzt — nicht formell — aber materiell — grundsätzlich uneinlösbar. Die Banknote hat sich ursprünglich aus Depositenscheinen, d. h. aus Bestätigungen über die Hinterlegung einer Summe Münzen entwickelt und ist durch die grosse Wandlung, die sich im Laufe der Jahrzehnte angebahnt hat, indem der Austausch von Waren und Diensten nicht mehr mit Edelmetallen, sondern mit Forderungen abgewickelt wird, zur auf den Inhaber lautenden Forderung geworden. Dies ist insofern möglich, als der Verkäufer von Waren oder Dienstleistungen die Forderung als Kaufpreis annimmt, weil diese ihrer individuellen Art entkleidet und durch das Dazwischentreten einer anerkannten Bank (Zentralbank) in eine vertretbare Forderung gegen einen sicheren Schuldner verwandelt worden ist.

Wird in Fällen von Krisen und Panik, wie das stets geschieht, von der überwiegenden Mehrheit der Noteninhaber versucht, das Recht auf Einlösung der Noten in Gold tatsächlich zu erwirken, dann muss jede Zentralbank zur „Einstellung ihrer Zahlungen“ schreiten. Eine Zentralbank als die Bank der Banken kann nicht von irgendeiner anderen Stelle der Volkswirtschaft das Gold zur Einlösung des nicht bar gedeckten Teiles ihrer Noten heranschaffen, weil sie selbst, was den Metallvorrat anbelangt, gerade die letzte Reservestelle für die Volkswirtschaft ist ¹⁰⁰.

Die Zentralbank kann aber auch, weil ihr Notenumlauf einen überwiegenden Teil der im Lande überhaupt vorhandenen Umlaufsmittel darstellt, das Gleichgewicht zwischen ihren Verpflichtungen und ihren Mitteln nicht etwa durch Einziehen grosser Mengen ihrer Noten herstellen. Denn ganz abgesehen davon, dass die von der Zentralbank erteilten Darlehen nicht sofort, sondern nur bis zu einer dreimonatigen Frist rückzahlbar zu sein pflegen, würde eine Entblössung der Volkswirtschaft von dem gröss-

100) A. Hahn, a. a. O., S. 14.

ten Teil ihrer Umlaufsmittel verschiedene Unannehmlichkeiten zur Folge haben.

Hieraus ergibt sich, dass tatsächlich die Einlösung der Noten in Gold zur Aufrechterhaltung ihres Geltungsbereiches nur formell möglich ist. Sie ist es immer nur dann, wenn sie nicht begehrt wird, wird aber sofort unmöglich, wenn sie verlangt wird. Die Einlösung ist aber auch — wie die Erfahrung zeigt — gar nicht mehr erforderlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Zahlungsmittel in der heutigen Wirtschaft gelten, Forderungen an die Kreditbanken und an die Zentralbank, so dass die Banken den Mittelpunkt und Kern des modernen Geldwesens bilden, weil durch sie Geld geschaffen und vernichtet werden kann und nicht mehr der Bestand an Edelmetall für die in einer Volkswirtschaft befindliche Zahlungsmittelmenge verantwortlich ist.

DRITTER TEIL

Schlussbetrachtungen und Schlussfolgerungen

Erstes Kapitel

Das Problem der Geldverfassung unter besonderer Berücksichtigung des schweizerischen Geldsystems

a) Einleitung

Jahrhundertlang wurde das Geld durch den Staat geschaffen, mit anderen Worten, die Geldschöpfung wurde nicht Privaten überlassen. Im 19. Jahrhundert hat sich dies aber grundlegend geändert. Ohne dass man sich dessen allgemein bewusst wurde, trat eine vollständige Umgestaltung des Geldwesens ein, und zwar nach zwei Richtungen: Neben den Staat traten Private, die Geld in viel grösserem Umfange als er schufen; zuerst die privaten Notenbanken, die in Konkurrenz miteinander Noten ausgaben, dann, als die Notenausgabe zum Monopol der Zentralbank gemacht worden war, die Kreditbanken, die die heute wichtige Form des Geldes, das Depositengeld (Giralgeld, Buchgeld) im Wettbewerb miteinander schaffen. Das so geschaffene Geld kommt nicht mehr durch Einbringung von Metall, das der Einbringer geprägt zurückerhält, in den Verkehr, sondern auf dem Kreditweg — wenigstens zur Hauptsache —, d. h. wenn es nicht als Bezahlung für eingeliefertes Gold entstanden ist¹. Die Schwierigkeiten für eine geordnete Geldverfassung stammen in letzter Linie alle aus dieser einen Tatsache, dass das Geld in dem Akt der Kreditgewährung entsteht, dass beide Vorgänge unlöslich miteinander verbunden sind und die Geldentstehung nur die Passivseite des Aktivgeschäftes Kreditgewährung ist.

Das Dilemma, in das das Problem der Geldverfassung dadurch gerät, und das jede einfache Lösung unmöglich macht, ergibt sich daraus, dass für die aktive Seite desselben Geschäftes — die Kreditgewährung — ein anderes Organisationsprinzip zweckentsprechend erscheint als für die Passivseite, die Schaffung von Geld. Für die Passivseite hat es nicht den geringsten Sinn, die Geldschaffung der durch die freie Konkurrenz geregelten privaten Tätigkeit zu überlassen. Die freie Konkurrenz soll ja dafür sorgen, dass das Bedürfnis der Wirtschaftssubjekte nach einem Gut im Rahmen der gegebenen Einkommen so billig und vollständig befriedigt wird,

1) F. Lutz, Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart und Berlin 1936, S. 2.

wie das bei der gegebenen Menge von Produktionsfaktoren und der Dringlichkeit aller anderen Bedürfnisse möglich ist².

Was heisst aber hier möglichst reichliche und billige Versorgung des Bedürfnisses nach Geldscheinen? Offensichtlich sind diese Kategorien hier sinnlos. Der Grund liegt darin, dass Geld ein „Gut“ ist, das nicht unmittelbar ein Bedürfnis befriedigt, sondern nur indirekt, indem es zum Kauf von Gütern verwendet wird³. Da prinzipiell jede Geldmenge, wenn nur die Preise entsprechend sind, genügt, um alle Güter zu kaufen, so ist hier der Wunsch nach möglichst viel von diesem Gut sinnlos. Ein Mehr führt nur zu einer sukzessiven Erhöhung des Preisniveaus, befriedigt aber keinerlei Bedürfnisse besser.

Die Geldschaffung gehört zur Domäne des Staates und hat nach den übergeordneten Gesichtspunkten einer zweckmässigen Geld- und Währungspolitik zu erfolgen. Anders dagegen verhält es sich mit der Gewährung von Kredit. Dies kann sehr wohl im Wettbewerb durch private Institutionen geschehen.

Derselbe Geschäftsvorgang erfordert für seine zwei Seiten also ganz verschiedene Organisationsprinzipien, die aber beide in der modernen Wirtschaft miteinander verknüpft sind und daraus ergibt sich das Dilemma, das als das Problem der Geldverfassung bezeichnet werden kann⁴.

In ruhigen Zeiten scheint dieses Grundproblem gelöst, aber immer wieder gibt es Bankkrisen. Die letzte dieser Krisen war die zu Beginn der dreissiger Jahre. In dieser Krise bewies der Staat, dass er sich verantwortlich fühlte für das in der Volkswirtschaft bestehende Geld, auch für das Giralgeld, das die Banken geschaffen hatten, indem er die Depositen der Privatbanken garantierte. Dadurch, dass er so die Passivseite der Banken sozialisierte, die Aktivseite aber der freien Entscheidung der Bankleiter noch überliess, zeigte sich die ganze Problematik der modernen Geldverfassung. Es geht nicht an, dass private Institute noch über ihre Geschäfte entscheiden, aber damit rechnen können, dass der Staat ihnen durch Garantierung der Passivseite das Risiko und etwaige Verluste abnimmt. Hilfeleistungen des Staates, wenn man sich darauf verlassen kann, unterhöhlen die Grundlagen der privaten Wirtschaftsordnung.

Zur Lösung dieses Problems der Geldverfassung sollten folgende Fragen nach Lutz gelöst werden:

Wie kann man erreichen:

1. Dass der Staat oder eine ihm verantwortliche Zentralinstanz die Geldmenge in der Volkswirtschaft ganz in der Hand hat?

2) H. v. Stackelberg, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948, S. 333 ff.

3) K. Wiksell, a. a. O., S. 68.

4) F. Lutz, a. a. O., S. 6.

2. Die Sicherheit des Geldwesens durch den Staat gewährleistet wird?
3. Das eigentliche Bankgeschäft trotzdem von privaten Institutionen im Wettbewerb ausgeübt wird?⁵.

Lutz unterscheidet bei den heutigen Geldverfassungen vier Stufen der Machtstellung der Zentralbank, die mehr oder weniger die Lösung dieser Fragen zum Ziel haben.

1. Die Zentralbank hat überhaupt keinen Einfluss auf die Geldschaffung der Banken.
2. Die Zentralbank hat nur in gewissen Zeiten und Situationen eine Beeinflussungsmöglichkeit, während sie in anderen machtlos ist.
3. Die Zentralbank hat in allen Situationen Einfluss, aber sie unterliegt äusseren Einwirkungen, die ihre Geldpolitik stören und sie daher zu bestimmten Gegenmassnahmen zwingen. Diese äusseren Einflüsse können dreierlei Art sein:

aa) *Das Bankensystem*: Man nehme an, die Banken verringern plötzlich ihre Reservesätze an Kasse und dehnen die Kredite aus. Wenn die Zentralbank dies nicht wünscht, muss sie ihre Machtmittel einsetzen und versuchen, die Kasse der Privatbanken zu verknappen, damit diese von der Kredit- und Geldausdehnung abgehalten werden.

bb) *Das Publikum*: Wenn dieses zu stärkerem bargeldlosem Zahlungsverkehr übergeht, werden die Banken liquider und können ihre Kredite ausdehnen. Umgekehrt können die Depositen in bar abgehoben werden, so dass die Banken aus Liquiditätsgründen Aktiven einziehen müssen. Will die Zentralbank weder das eine noch das andere, so muss sie Gegenmassnahmen ergreifen.

cc) *Das Ausland*: Dies gilt besonders bei Goldwährung. Fliesst z. B. Gold ab — vielleicht auf Grund der Geldpolitik des Auslandes — dann muss die Zentralbank die Geldverminderung, die schon durch Einbringung der Noten gegen Gold entsteht, durch Geldvermehrung ausgleichen, etwa auf dem Diskontweg, wenn sie die Gesamtgeldmenge einschliesslich des Depositengeldes der Banken gleichhalten will.

Diese Politik kann aber nur durchgeführt werden, wenn sie den Goldabstrom für vorübergehend hält. Beruht er auf einem tieferliegenden Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz — etwa auf Grund einer zu hohen Einkommensstruktur des betreffenden Landes — dann muss die Zentralbank schliesslich in eine Einschränkung der Geldmenge einwilligen, weil dies bei Goldwährung das einzige Mittel ist, die Ursache des Goldabflusses zu beseitigen. Nur die Senkung des Preisniveaus, die als Folge der Geldverminderung eintreten sollte, kann die Handelsbilanz wieder in Ordnung bringen. Diese „Unfreiheit“ der Zentralbank liegt in der Idee der Goldwährung. Indem sich ein Land zur Goldwährung, und zwar zur klassi-

5) F. Lutz, a. a. O., S. 9.

schen, entschliesst, hat es sich entschieden, dass es gewillt ist, auf dem Gebiet der Goldkontrolle diese Unfreiheit der Zentralbank sogar absichtlich zu wollen, weil es die internationale Ordnung des Geldwesens, wie sie die Goldwährung festlegt, höher stellt als die lückenlose Beherrschung des nationalen Geldmarktes. Es gibt allerdings Situationen, in denen es auch bei Goldwährung nicht ratsam ist, die Geldmenge bei Goldzufluss auszuweiten und bei Goldabfluss einzuschränken, so etwa bei saisonalen Goldbewegungen oder bei solchen, die aus vorübergehender Kapitalflucht stammen.

4. Die Zentralbank wäre ganz frei von solchen Einflüssen; sie braucht nur Massnahmen zu ergreifen, falls sie von sich aus eine positive Änderung in der Geldschaffung der Banken wünscht ⁶.

Man kann sich nun die Frage stellen, ob und wie im schweizerischen Geldsystem dieses Problem der Geldverfassung gelöst worden ist.

b) Die Kontrolle der Kreditbanken

Das erste Gebot für eine Zentralbank, die die gesamte Geldschöpfung des Landes beherrschen will, besteht darin, sich eine genaue Kontrolle über den gesamten Umfang des vom Bankensystem des Landes geschaffenen Bankgeldes zu sichern. Die Schaffung dieses Bankgeldes wird von der Höhe der Reservemittel der einzelnen Banken bestimmt. Zuerst muss also die Zentralbank die Höhe der Reserven der übrigen Kreditbanken regulieren können ⁷.

Die Zentralbank wird instande sein, das Volumen des umlaufenden Bar- und Bankgeldes zu überwachen, wenn sie den Gesamtumfang ihrer eigenen Anlagen bestimmen kann. Die Kreditbanken können (sofern nicht die Menge des umlaufenden Bargeldes zurückgeht) ihre eigenen Reservemittel nur erhöhen, indem sie die Zentralbank veranlassen, das Volumen ihrer gesamten Anlagen zu erhöhen.

Keynes unterscheidet drei Arten von Zentralbankanlagen:

1. „Gold“, d. h. jene Anlagen, die die Bank nicht selbst schaffen kann, die sie jedoch auf Grund gesetzlicher Vorschriften in ihr staatliches Geld oder in die sie ihr staatliches Geld umwandeln muss.
2. „Investierungen“ sind die Anlagen ausser Gold, die die Zentralbank auf Grund eigener Initiative kauft; es können darunter auch am offenen Markt gekaufte Wertpapiere verstanden werden.
3. Unter „Darlehen“ wird jede Anlage verstanden ausser Gold, die die Bank auf Grund einer gesetzlichen oder gewohnheitsmässigen Ver-

6) F. Lutz, a. a. O., S. 21 ff.

7) J. M. Keynes, Vom Gelde, München und Leipzig 1932, S. 480.

pflichtung, eine solche Anlage zu erwerben, wenn sie ihr unter speziellen Bedingungen angeboten wird, gekauft hat. Unter Bankrate wird die Bedingung verstanden, unter der die Zentralbank verpflichtet oder gewohnt ist, solche Darlehen zu gewähren⁸.

Die Höhe der Investitionen einer Zentralbank unterliegt, sofern sie auf Grund ihrer eigenen Initiative gekauft und verkauft werden, ausschliesslich ihrem eigenen Einfluss. Die Massnahmen im Sinne einer Veränderung der Höhe dieser Anlagen werden allgemein Offenmarkt-Politik genannt. Es wird angenommen, dass die Höhe der Darlehen einer Bank mittels Veränderung der Bankrate teilweise ihrem Einfluss unterliegt. Die Höhe der Goldbestände ist in einem internationalen System der „Einlösung“ dem Einfluss der Zentralbank noch weiter entrückt, denn sie hängt direkt davon ab, ob die Forderungen ihrer Staatsbürger an andere Bankensysteme die Forderungen des Auslandes an diese übersteigen oder hinter ihnen zurückbleiben. Immerhin kann angenommen werden, dass indirekt auch diese Grösse wenigstens zum Teil beeinflussbar ist, und zwar gleichfalls mittels der Bankrate, da diese ja die Bilanz der internationalen Forderungen beeinflusst.

Es gibt aber noch andere Mittel, die der Zentralbank offenstehen. Ein weiteres Mittel dieser Art wäre die Ermächtigung der Zentralbank, den Satz der Reserven, den die übrigen Kreditbanken auf Grund gesetzlicher Vorschriften halten müssen, in einer angemessenen Frist und in gewissem Ausmass zu verändern⁹.

c) Die Kontrolle der Kreditbanken in der Schweiz

Diese Kontrolle der Kreditbanken erfolgt durch die Schweizerische Nationalbank, die sich auf das Bundesgesetz vom 8. November 1934 über das Banken- und Sparkassenwesen zu stützen hat. Dieses Bundesgesetz stellt einen sehr liberalen Versuch dar, das Geld- und Kreditgeschäft der Schweiz zu regeln. Das Gesetz schreibt den schweizerischen Banken weder einen genau abgegrenzten Aufgabenkreis, noch bestimmte Arbeitsmethoden oder ein zu starres Verhältnis zwischen der Art ihrer Aktiven und der Art ihrer Passiven vor.

Der Gesetzgeber hat über die eigenen Mittel und die Liquidität nur einige Grundsätze aufgestellt und die Ausführungen ganz der Vollzugsverordnung überlassen. Hinsichtlich der Liquidität verlangt die Verordnung eine doppelte Relation, einmal ein Verhältnis zwischen den greif-

8) J. M. Keynes, a. a. O., S. 481.

9) J. M. Keynes, a. a. O., S. 508.

baren Mitteln und sodann ein Verhältnis zwischen leicht verwertbaren Aktiven und den greifbaren Mitteln einerseits und den kurzfristigen Verbindlichkeiten anderseits. Die in der Verordnung aufgestellten Prozentsätze sind Mindestsätze ¹⁰.

Das Gesetz, das den Kreditinstituten volle Bewegungsfreiheit lässt, hat nur zwei Hauptziele: Die Gläubiger der Banken schützen und der schweizerischen Wirtschaft die rationelle Nutzbarmachung der Geldmittel und Banken sichern ¹¹. Die Bestimmungen des Verhältnisses der Banken zur Nationalbank betreffen die Einreichung der Bankbilanzen an die Nationalbank, die Anlagen und Kredite im Ausland und die Zinssätze für Kassenobligationen.

Obschon die Bankreserven in der Schweiz geregelt sind, ist deren Beeinflussung durch die Schweizerische Zentralbank sehr gering. Das schweizerische Noteninstitut ist kaum in der Lage, die Geldschöpfung der Kreditbanken zu beeinflussen und dies aus folgenden Gründen:

aa) *Die Kassenliquidität*: diese kann bei schweizerischen Kreditbanken ausserordentlich hoch sein. Bei allen Bankengruppen überstiegen 1950 bis 1957 die tatsächlich ausgewiesenen greifbaren Mittel die geforderten Mittel bedeutend. Der Liquiditätsgrad ¹² des gesamten schweizerischen Bankensystems betrug

1950	384 ‰	1954	445 ‰
1951	396 ‰	1955	493 ‰
1952	430 ‰	1956	464 ‰
1953	444 ‰	1957	545 ‰ ¹³ ,

was eine überaus hohe Überschussreserve bedeutet. Ein weiteres Moment, das eine restriktive Kreditpolitik in der Schweiz erschwert, ist die noch schwebende Schuld des Bundes in der Höhe von einer Milliarde Franken, für die kurzfristige Schuldverschreibungen ausstehend sind. Diese liegen zum guten Teil bei den Banken. Da sie jederzeit rediskontierbar sind, stellen sie eine latente Gefahr neuer Geldschöpfung dar.

bb) Durch das neue, 1954 in Kraft getretene Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 21. April 1953 erhält die Zentralbank in Artikel 14, Absatz 2, und Artikel 19 die Befugnis zum Kauf und Verkauf von zur Notendeckung zugelassener, innert 2 Jahren fälliger Schatzscheine des Bundes, Anleiensobligationen (einschliesslich Schuldverschreibungen) des Bundes, der SBB, der Kantone und Kantonalbanken sowie

10) Textausgabe des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934, Zürich 1936, S. 24 ff.

11) Textausgabe des Bankengesetzes, Zürich 1936, S. 10/11.

12) Ausgewiesene greifbare Mittel in Prozenten der geforderten Mittel.

13) Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1952, 1953, 1954, 1955, 1956, 1957.

Pfandbriefe der beiden schweizerischen Pfandbriefzentralen zu vom offiziellen Diskontsatz abweichenden Bedingungen. Nach Artikel 16 bleibt die Pflicht der Bank zur Veröffentlichung der zur Anwendung gelangenden Sätze allerdings bestehen.

Durch diese Erweiterung des Geschäftskreises der Notenbank, in den Botschaften des Bundesrates zu den Gesetzesentwürfen unter „*Operationen auf dem offenen Markt*“ angeführt, sollten die Möglichkeiten zur Beeinflussung des Kreditmarktes durch das zentrale Noteninstitut vergrößert und anderseits gewissen Bedenken gegen eine zu weitgehende Tätigkeit desselben auf dem offenen Markt Rechnung getragen werden.

Die Notenbank habe, stellt der Bundesrat in seiner Botschaft dazu weiter fest, selbst wenn sie nicht verpflichtet sei, ihre Noten im Zahlungsverkehr mit dem Inland in Gold einzulösen, auf grösstmögliche Liquidität ihrer Aktiven bedacht zu sein, um die zur Erfüllung ihrer währungs- und kreditpolitischen Aufgaben notwendige Freiheit zu besitzen. Sie habe sich deshalb vorwiegend auf kurzfristige Geschäfte zu beschränken und solle zum Erwerb solcher Aktiven berechtigt sein, die sie innert angemessener Frist liquidieren könne¹⁴.

Es ist klar, dass es sich bei den an der Börse gehandelten Bundstiteln in der Mehrzahl um Papiere handelt, deren Laufzeit 2 Jahre übersteigt. Diese Lösung lässt eine Beeinflussung der in gewissen Zeiten auftretenden Überschussreserven des schweizerischen Bankensystems durch die Nationalbank mit Hilfe von Offenmarkt-Operationen nicht zu¹⁵.

cc) Als weiteres Mittel zur Beeinflussung der Bankreserve nennt *Keynes* auch die Diskontpolitik bzw. das Verändern des Prozentsatzes der Bankrate. Inwieweit die Veränderung des Diskontsatzes die Bankreserven in der Schweiz verändern kann, bleibe dahingestellt, besonders wenn die Erhöhung des offiziellen Diskontsatzes vom 15. Mai 1957 von 1½ auf 2½ % als Anpassung an die veränderte Lage auf dem Geld- und Kapitalmarkt gedacht war, um ein allzu starkes Zinsgefälle zwischen Noteninstitut und Markt mit der Gefahr einer unerwünschten zusätzlichen Kreditbeanspruchung der Nationalbank und damit einer inflatorisch wirkenden Geldschöpfung zu vermeiden.

Um die Geld- bzw. Kreditschöpfung der schweizerischen Banken in der Nachkriegskonjunktur einzuschränken, wurde am 18. Juli 1951 mit Wirkung ab 1. August 1951 auf Initiative des Bundesrates und der Nationalbank ein *Gentlemen's Agreement* zwischen allen massgebenden Kreditinsti-

14) Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung vom 21. April 1953 betr. die Revision des Bundesgesetzes über die Schweiz. Nationalbank des Jahres 1929, Bundesblatt 17, S. 914.

15) Es ist selbstverständlich, dass die Beeinflussung der Überschussreserven nur eines der verschiedenen Ziele der Operationen auf dem offenen Markt bedeutet.

tuten, Pensions- und Darlehenskassen sowie Versicherungsgesellschaften abgeschlossen. Es wurde eine Beschränkung der Kreditgewährung in einem den Marktverhältnissen Rechnung tragenden Ausmass beschlossen. Diese Massnahme konnte als eine Empfehlung seitens des zentralen Noteninstituts gewertet werden.

d) Die Regulierung der Zentralbankreserven

Nach *Keynes* sollten die Kreditbanken, die isoliert und ohne spezielle Rücksicht auf das Allgemeininteresse vorgehen, in jedem wohlgeordneten Währungssystem der Zentralbank unterstellt sein, und jener Grad von freiem Ermessen, welcher dem Kreditbankensystem bleibt, sollte in der Hauptsache der Politik der Zentralbank innewohnen. Ebenso wenig darf, wenn die ungeheure Vielseitigkeit der in Frage stehenden Probleme und ihre Abwandlung unter veränderten Verhältnissen in Betracht gezogen wird, erwartet werden, dass die Regeln eines klugen Verhaltens einer Zentralbank ohne weiteres durch Gesetz festgelegt werden können. Historische Gründe, die in ihrer Anwendung auf die Gegenwart veraltet sind, haben jedoch dazu geführt, dass in den meisten Währungssystemen der Neuzeit genau das Entgegengesetzte der Fall ist. Die Vorschriften für die Kreditbanken sind gewöhnlich unbestimmt, während diejenigen für die Zentralbank sehr präzise sind, besonders in bezug auf das Verhalten zwischen einem Posten der Verbindlichkeiten, ihrer Notenausgabe, und einem Posten der Aktiven, ihrem Goldbestand.

Diese Vorschriften erklären sich aus zwei Einflüssen. Der eine ist historischer Natur. In den ersten Zeiten des Repräsentativgeldes nahm dieses Zahlungsmittel in der Hauptsache die Form von Banknoten und nicht von Bankdepositen an. In den meisten Ländern waren bis 1914 im allgemeinen Banknoten und Goldmünzen gemeinsam im Umlauf, so dass die Gesamtmenge des umlaufenden Geldes ausser Bankgeld nicht von der Summe der Banknoten, sondern von dieser Summe zuzüglich der Summe des umlaufenden Goldes abhing. Um die Stabilität des gesamten Zahlungsmittelumlaufs zu wahren, war es daher notwendig, Veränderungen der umlaufenden Goldmenge durch entgegengerichtete Veränderungen der umlaufenden Notenmenge auszugleichen. Die Vorschriften über den Notenumlauf waren deshalb dazu bestimmt, dies sicherzustellen.

Der zweite Einfluss war politischer Natur. Man hielt es für erwünscht, das freie Ermessen der Zentralbanken einzuengen, und zwar wegen der Gefahr, dass sie sich den unbedachten Anforderungen der Regierung dienstbar erweisen und dieser Darlehen gewähren, die eine inflatorische Ausweitung der Notenausgabe in sich schliessen müssten ¹⁶.

Was den historischen Einfluss betrifft, so sind die Voraussetzungen gänzlich fortgefallen. Vorschriften über den Umfang der Banknotenausgabe stellen eine schwerfällige, indirekte und unwirksame Methode einer Regulierung des Bankgeldvolumens dar. Aber abgesehen davon, dass der Grundsatz der Regulierung des Zentralbankvolumens anstatt des Volumens der Zentralbankdepositen (oder Zentralbanknoten plus -depositen) veraltet ist, haben die üblichen Regulierungsmethoden seit dem allgemeinen Verzicht auf einen tatsächlichen Goldumlauf, der dem ersten Weltkrieg folgte, jeden Sinn den sie vielleicht gehabt haben mögen, verloren. Diese Vorschriften sahen gewöhnlich vor, dass die Zentralbank stets einen Mindestbestand an Gold halten soll, dessen Höhe durch den Betrag der umlaufenden Noten bestimmt wurde. Da die Goldreserven der Zentralbank nicht mehr, wie das früher oft der Fall war, zur Befriedigung des internen Goldumlaufs benötigt werden, so besteht die Wirkung solcher Vorschriften nur darin, einen grossen Teil der Goldreserven zu sterilisieren. Es werden die der Notenbank tatsächlich zur Verfügung stehenden Reserven so reduziert, dass sie an einer tatsächlichen Ausübung ihrer Befugnisse gehindert wird.

Keynes empfiehlt nun, die Regulierung der Zentralbankreserven der Zentralbank selbst zu überlassen, anstatt gesetzlich festzulegen, innerhalb welcher Grenzen zu handeln sei. Wofür das Gesetz — oder wenn ein Gesetz fehlt, die Macht bindender Übereinkunft — sorgen sollte, ist die Regulierung der Kreditbankreserven, um sicher zu gehen, dass die Entscheidung bezüglich des gesamten Bankgeldvolumens in der Hand einer Körperschaft zentralisiert ist, deren Pflicht es ist, sich von Erwägungen des allgemeinen und sozialen sowie auch des ökonomischen Nutzens und nicht von Gewinninteressen leiten zu lassen¹⁷.

Eine den Kreditbanken vorgeschriebene gesetzliche Reserve wird wirksam sein in dem Sinne, dass die tatsächliche Reserve annähernd damit übereinstimmt, da die Kreditbanken in jedem geordneten System in Notfällen auf die Zentralbank zurückgreifen können, während die Zentralbank, die niemanden hat, auf den sie zurückgreifen kann, über ihre gesetzlichen Reserven hinaus einen Überschuss für unvorhergesehene Schwierigkeiten bereithalten muss. Durch die Bestimmungen über die gesetzlichen Reserven der Zentralbank werden jedoch Mittel so festgelegt, dass sie unverwendbar werden. Die Stärke einer Zentralbank hängt in der Praxis gänzlich von der Höhe ihrer Überschussreserven ab und sie ist um so schwächer, je strenger und konservativer die gesetzlichen Vorschriften bezüglich ihrer Goldreserven sind. Nach *Keynes* kann das Gesetz die Entscheidungsfreiheit der Zentralbank nur in zweifacher Hinsicht nützlich begrenzen.

Es mag unter den unsicheren Verhältnissen der Weltwirtschaft vorteilhaft sein, eine gewisse Menge Gold vorsorglicherweise auf die Seite zu

16) J. M. Keynes, a. a. O., S. 511.

17) J. M. Keynes, a. a. O., S. 518.

legen, mit der Absicht, sie unter gewöhnlichen Umständen nicht zu verwenden, und sie als eine Reserve für den äussersten Fall zu betrachten. Zudem würde es zur Stärkung des psychologischen Vertrauens beitragen und sich als eine Sicherung in Notzeiten erweisen, wenn das Gesetz einen Höchstbetrag festsetzen würde, den die Notenausgabe nicht überschreiten darf. Wenn das Gesetz ein absolutes Minimum für die Goldreserven und ein absolutes Maximum für den Notenumlauf festlegt, wenn diese Zahlen von Zeit zu Zeit einer Revision unterworfen und so gewählt werden, dass sie der Zentralbank in ihrer Tagespolitik und in ihrer Planung auf lange Frist einen weiten Spielraum lassen, so gibt es für *Keynes* keine weiteren Sicherungen, so sehr sie auch von Erwägungen der Vorsicht diktiert sein mögen, das Währungssystem eines Landes zu festigen anstatt es zu schwächen, da sie die Zentralbank gelegentlich zwingen könnten, Massnahmen zu treffen, die nach ihrem eigenen Urteil unklug und möglicherweise gefährlich sind.

e) Die Regulierung der Zentralbankreserven in der Schweiz

Auch in der Schweiz geschieht die Regulierung der Zentralbankreserven nach den von *Keynes*¹⁸ bezeichneten veralteten Grundsätzen, indem die Vorschriften für die Kreditbanken sehr unbestimmt gehalten sind und das Verhalten der Nationalbank gesetzlich sehr genau festgelegt worden ist.

Allerdings ist hervorzuheben, dass durch den sehr grossen Goldvorrat die Nationalbank durch die Vorschrift der vierzigprozentigen Notendeckung in ihrer Handlungsfreiheit mit Gold nicht so sehr gehemmt ist.

Wenn nun mit *Lutz* nach der Machtstellung der Zentralbank gefragt wird, so könnte die Schweizerische Nationalbank in die zweite Stufe eingegliedert werden, indem sie nur in gewissen Zeiten und Situationen eine Beeinflussungsmöglichkeit auf die multiple Giralgeldschöpfung des Kreditbankensystems hat, während sie in anderen völlig machtlos ist. Die Beeinflussungsmöglichkeit besteht in erster Linie bei reduzierten Überschussreserven der Kreditbanken und bei einem sich versteifenden Kapitalmarkt.

18) J. M. Keynes, a. a. O., S. 519.

Zweites Kapitel

Wandlungen der Goldwährung infolge der Umgestaltung des Geldwesens

Gold- und Silbermünzen waren länger als zwei Jahrtausende lang die Tauschmittel, welche die Menschen beim Austausch von Gütern und Diensten gebrauchten. Sie haben diese Funktion erst im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte zunächst mit Banknoten, dann mit Bankguthaben geteilt und schliesslich an diese neuen Tauschmittel vollständig abgegeben.

Das Geld der heutigen Wirtschaft sind Forderungen: Auch der zwischenstaatliche Verkehr wird in erster Linie mit solchem Forderungsgeld abgewickelt, denn die Devisen sind ja Banknoten des Auslandes oder Anweisungen auf Bankguthaben des Auslandes. Dieses Forderungsgeld wird von den Banken im Zusammenhang mit Kreditgeschäften geschaffen. Die Kredit- und Geldschöpfung geschieht also nicht beiläufig, sondern ist vielmehr der Vorgang, durch den die heutige Wirtschaft mit Geld versorgt wird. Täglich wird Geld geschaffen, täglich aber auch wieder — im Zusammenhang mit der Auflösung der Kreditverhältnisse — vernichtet. Diese Geldschöpfung hängt nicht von einem Goldvorrat ab. Es gibt Länder, die sich ihr Geld schaffen, ohne über einen nennenswerten Goldvorrat zu verfügen. Auch Länder, die grosse Goldvorräte besitzen, lösen ihre Banknoten nicht mehr in Gold ein und haben die Goldwährung im klassischen Sinn aufgegeben.

Die klassische Goldwährung war ein zwischenstaatliches Währungssystem mit festen, überkommenen und im ersten Kapitel dieser Arbeit dargestellten Regeln, dazu bestimmt, das Währungsgeld der einzelnen Länder in ein festes Verhältnis zum Golde und damit zueinander zu bringen, Schwankungen der Wechselkurse zu verhindern und so den zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr zu erleichtern. Aber dieses System verlangte Opfer und ist, wie schon erwähnt, an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Unter den heutigen internationalen, nationalen, politischen und soziologischen Verhältnissen sind die Regierungen der Staaten nicht mehr gewillt, Deflationen, Depressionen und Arbeitslosigkeit auf sich zu nehmen, nur um die Stetigkeit der Wechselkurse und den ungestörten Ablauf des zwischenstaatlichen Zahlungsverkehrs gesichert zu sehen. Nicht mehr eine Währungspolitik, welche die Stetigkeit der Wechselkurse erhält, sondern eine Währungspolitik, die eine volle Ausnutzung der nationalen Produktionskräfte ermöglicht und ein Höchstmass an Beschäftigung gewährleistet, ist heute Ziel.

Die Erfahrung hat gelehrt, dass der Wert des Geldes durch eine feste Bindung an das Gold nicht vor Schwankungen bewahrt wird.

Wicksell bemerkt dazu:

„Vor allem dürfte der seit älterer Zeit fortlebende Köhlerglaube an die immanente Wertbeständigkeit des Goldes jetzt endlich einen Riss bekommen haben, von dem er sich nicht so leicht erholen wird. Hat doch während und nach dem ersten Weltkrieg der Wert des Goldes sich ganz widerstandslos den Evolutionen der Kreditmittel gefügt, so dass man mit Fug und Recht sagen kann, der jetzige Wert des Goldes sei ganz einfach der Wert des Dollars, weder mehr noch weniger, oder mit anderen Worten, dass er restlos von der Kreditpolitik der Vereinigten Staaten geregelt werde“¹⁹.

Der Wert des Geldes ist seine Kaufkraft, und die Kaufkraft das Spiegelbild der Preise. Die Preisspiegel verändern sich aber auch unter der Herrschaft der Goldwährung, ja die Goldwährung setzt eine Nachgiebigkeit der Binnenpreise voraus.

Das Ziel der Währungspolitik von heute lautet aber folgendermassen: die Herrschaft über die Preise zu gewinnen und die Preise so zu bestimmen bzw. zu beeinflussen, dass das Höchstmass der Beschäftigung gewährleistet ist. Es zeigt sich, dass nicht das Gold die Kaufkraft des Geldes, sondern die Kaufkraft des Geldes den Wert des Goldes bestimmt, ja dass Gold überhaupt nur solange einen Tauschwert hat, als es die Notenbanken und Ausgleichsfonds zu guten Preisen kaufen.

Aus der Art, wie die Notenbank ihre Noten gegen Gold einlöst, lassen sich verschiedene Formen der Goldwährung ableiten, die schon im zweiten Teil dieser Arbeit, S. 11 ff., besprochen wurden.

Die verschiedenen Formen, unter denen die Goldwährung auftritt, sind ein Spiegelbild der Bemühungen, welche darauf abzielen, diese Währungsart wegen ihres guten Rufes auch unter veränderten Verhältnissen aufrechtzuerhalten. Der klassische Goldstandard, als Ergebnis aus dem Nebeneinanderbestehen verschiedener nationaler Goldwährungen ist mit dem ersten Weltkrieg zusammengebrochen. Bemühungen zur teilweisen Wiederherstellung der äusseren Form des Goldstandards führten von Mitte der zwanziger Jahre an zu einem vorübergehenden Erfolg. In den dreissiger Jahren ist dieses System wieder zusammengebrochen. Aus den Bruchstücken wurde zwar abermals ein Notgebäude errichtet, das aber mehr symbolischen Charakter hatte und sich nicht aus eigener Kraft zu behaupten vermochte, sondern das ausschliesslich vom guten Willen einiger Währungsinstanzen abhing. Mitte der vierziger Jahre wurde dann versucht, die Konstruktion auf breiterer Grundlage wiederaufzurichten.

Der eigentliche Goldstandard bzw. die klassische Goldwährung, unter welchem in jedem Land Goldmünzen umliefen, die nach Belieben gegen Bezahlung mit Banknoten bezogen und eingeschmolzen oder die ausgeprägt und über die Landesgrenzen verbracht werden konnten, fällt mit einer

¹⁹) K. Wicksell, Vorlesungen über Nationalökonomie, 2. Band, Jena 1922, S. 6 des Vorwortes.

Epoche des wirtschaftlichen Aufblühens zusammen. Trotz einiger Schwächen arbeitete er befriedigend ²⁰.

Während des Krieges von 1914 bis 1918 hielten sozusagen sämtliche Staaten am Gold als Währungsgrundlage fest, unterbanden jedoch die mit der reinen Goldwährung verbundenen Auswirkungen. Man gab sich damals noch keine Rechenschaft über die durch den Krieg verursachten Verschiebungen der internationalen Wirtschaftsstruktur und hegte Hoffnung auf eine baldige Beseitigung der als vorübergehend erachteten Abweichungen von den früheren als normal betrachteten Bedingungen. Unter diesen Voraussetzungen erfolgte in den zwanziger Jahren allmählich die Rückkehr der europäischen Staaten zum Gold. Zur Überbrückung der schlechtverteilten und ungenügenden Bestände an monetärem Gold förderte man die goldsparenden Ideen der Konzentrierung des Goldbestandes bei den Notenbanken durch Einführung von Goldbarrenwährung und der Golddevisenwährung. Nurch Verklausulierungen der Noteneinlöschungspflicht wurde es möglich, wenigstens das Prinzip der Goldabgabe durch die Emissionsinstitute in beschränktem Umfange wieder zu verwirklichen. Das Bedürfnis nach Wiederherstellung der im Krieg zerstörten Stabilität durch das Mittel der Goldwährungen wurde 1920 auf einer internationalen Konferenz in Brüssel formuliert und 1922 auf einer Konferenz in Genua ausgearbeitet. Von 1924 an gingen mehrere Länder unter der Führung Londons zur beschränkten Noteneinlösung über sowie zur Stabilhaltung des Kurses zum Dollar, der das Gold repräsentiert. Diese Rückkehr zur Herrschaft des Goldes in Währungsfragen wurde durch die 1931 erfolgte Errichtung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel und eine im Jahre 1933 vom Völkerbund veröffentlichte Abhandlung über die Probleme des Goldstandards ergänzt.

Diese Gründungen fielen indessen in eine Zeit, in welcher das Versagen des Goldwährungssystems der zwanziger Jahre offenkundig wurde. Die Form der Goldwährung war während der zwanziger Jahre teilweise wiederhergestellt worden, ihre Anwendung war aber nicht mehr die gleiche ²¹. Wenn Gold die Stabilität der Weltwirtschaft herbeiführen müsste, hätten die einzelnen Volkswirtschaften sich passiv den von der Zahlungsbilanz ausgehenden Einflüssen unterzuordnen. Das Merkmal der Wirtschaftspolitik der Zwischenkriegszeit liegt nun aber gerade in der überhandnehmenden Wichtigkeit, die den inländischen Faktoren eingeräumt wurde und die auf monetärem Gebiet im Wunsch nach nationaler, vom Ausland unabhängiger Manipulierung der Währungs-, Finanz- und Wirtschaftsfragen zum Ausdruck kam. Die zwischenstaatlichen Goldbewegungen dienten darum immer weniger dem blossen Ausgleich der Zahlungsbilanz, sondern das

20) Siehe S. 11 dieser Arbeit.

21) Siehe S. 20 ff. dieser Arbeit.

Gold gehorchte entweder einem von der autonomen Politik des Landes ausgehenden Einfluss, oder es wurde zwischen den beiden hauptsächlichsten Weltwährungszentren, London und New York, sowie einigen Nebenzentren hin und her geschoben. Das Goldwährungssystem der zwanziger Jahre hat also die daran geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. Es hat die Stabilität der Wechselkurse und den Ausgleich der Weltwirtschaft nicht gewährleistet.

Als 1929 die grosse Krise ausbrach und sich ausbreitete, musste England im September 1931 auf die Goldwährung verzichten, infolge des Unvermögens zur Rückzahlung der seitens des Auslandes in London angehäuften Guthaben. Dies bedeutete den Zusammenbruch eines der wichtigsten Goldwährungszentren der Nachkriegszeit. Achtzehn Monate später haben auch die Vereinigten Staaten von Amerika ihren festen Goldpreis aufgehoben und die Erteilung von Ausfuhrbewilligungen für Gold eingestellt.

Der Nachkriegsgoldstandard war aber noch nicht vollständig untergegangen. Neben London und New York bestanden noch kleinere Goldzentren in Frankreich, Holland, Belgien und der Schweiz. Diese Länder schlossen sich im Goldblock zusammen und erklärten, sie erachteten die Aufrechterhaltung ihrer Währung als wesentlich für die wirtschaftliche Gesundung der Welt.

Eine umfassende Abwertungswelle im Herbst 1936 gab Anlass für ein zweites internationales Bekenntnis zu den Grundsätzen der Goldwährung. Es bildete den Inhalt des sogenannten Dreimächteabkommens zwischen Amerika, England und Frankreich, denen sich später noch Belgien, Holland und die Schweiz anschlossen.

Das Goldwährungssystem der zwanziger Jahre ist ersetzt worden durch ein neues Goldwährungssystem der dreissiger Jahre. Die Ursachen, die in den zwanziger Jahren eine Veränderung des alten Goldstandards erzwungen haben, sind in den dreissiger Jahren noch stärker zur Geltung gekommen. Die zerrüttete Weltwirtschaft hatte die Zahlungsbilanzen gründlich gestört. Die Währungsbehörden halfen sich damit, indem sie zwischen der Währungspolitik im Innern und gegenüber aussen die direkten Beziehungen unterbrachen und an die Stelle dieser selbsttätigen Beziehungen eine Kontrollinstanz setzten. Der Umgang mit Gold wurde jetzt fast ausschliesslich auf die vom Staat damit beauftragten Stellen konzentriert. Goldhandel sowie Goldein- und -ausfuhr waren weitgehend monopolisiert und dem Ermessen der Währungsbehörden anheimgestellt. Dies galt sowohl für Länder mit gesetzlicher Goldwährung als auch für solche ohne gesetzliche Goldwährung.

Durch den zweiten Weltkrieg sind die Beziehungen zwischen den sogenannten Goldwährungsländern noch unnatürlicher geworden. Das Bemerkenswerte der Kriegsjahre liegt darin, dass die Wechselkursverhältnisse

zwischen den einzelnen Währungen weitgehend beibehalten werden konnten, dass aber die kaufkraftmässige Seite des Währungswertes sich allgemein stark, aber doch nicht in allen massgebenden Staaten parallel, verschlechterte. Daraus entstanden wegen der festen Wechselkurse vermehrte Spannungen zwischen den einzelnen Währungswerten. Besonders auffällig ist sodann, dass der Rückgang der Kaufkraft des Geldes sich nicht auf den Goldpreis auswirken durfte. Diese eigentümliche Erscheinung hat das weitverbreitete Begehren nach Goldbesitz als Kapitalanlage und die spekulative Nachfrage nach Gold derer, die eine künftige Goldpreiserhöhung erhofften, noch vermehrt.

Durch die behördliche Festsetzung des Goldpreises ist auch einer der letzten Pfeiler, auf dem die Vorstellung des alten klassischen Goldstandards beruhte, untergegangen, denn es ist jetzt nicht mehr möglich, die Schwankungen des Aussenwertes einer gesetzlich als bestimmte Goldmenge definierten Währungseinheit direkt zu messen. Solche Schwankungen kann es überhaupt nicht mehr geben. Dadurch, dass eine Währungsbehörde den Preis des Goldes oder die Wechselkurse gegenüber einzelnen Ländern fixiert und gleichzeitig den internationalen Zahlungsverkehr oder wenigstens den Handel mit internationalen Zahlungsmitteln selbst besorgt, indem sie Auswirkungen auf die Verhältnisse im Landesinnern unterbindet, sind die Schwankungen des Aussenwertes vom Willen der Währungsbehörden abhängig und können daher für einige Zeit ausgeschaltet werden.

Am Ende des zweiten Weltkrieges machte sich international der schon nach dem ersten Weltkrieg verspürte Wunsch nach Herbeiführung stabiler Wirtschaftsverhältnisse auf der Grundlage der Goldwährung erneut bemerkbar. In Erkenntnis der wirtschaftlichen und zahlungsbilanzmässigen Schwierigkeiten, auf welche in den zwanziger und dreissiger Jahren die Verwirklichung der Idee des Goldes als allgemeine Währungsgrundlage gestossen war, suchte man nach einem neuen Ausweg. Der Internationale Währungsfonds verkörpert das Goldwährungssystem der vierziger Jahre. Die Länder, die dem Fonds als Mitglieder angeschlossen sind, haben ihre Währung, ungeachtet der durch nationale Gesetze umschriebenen Währungsdefinition, in ein festes und zwischenstaatlich vereinbartes Verhältnis zum Gold gebracht. Es steht praktisch jedem Land frei, zu bestimmen, was der wirtschaftliche und banktechnische Inhalt seiner vom Fonds anerkannten „Parität“ sein soll, das heisst die von den einzelnen Mitgliedstaaten aufgestellten Gold- und Devisenvorschriften werden bis auf weiteres beibehalten. Der beim Fonds angemeldete Paritätswert soll nicht ohne Not abgeändert werden. Eine von Frankreich im Januar 1948 vorgenommene Währungsabwertung zeigte indessen erstmals, dass auch diese Paritätssicherung nur von relativem Wert ist. Die durch Einlagen der Mitglieder geäußneten Mittel des Fonds sollen zur Überbrückung vorübergehender

Goldbedürfnisse einzelner Mitglieder eingesetzt werden. Über die Wirksamkeit des Fonds als international verfügbare Währungsreserve ist noch kein abschliessendes Urteil möglich, nur ist zu sagen, dass sich dieses sogenannte Goldwährungssystem der vierziger Jahre weit vom klassischen internationalen Goldstandard von 1914 entfernt hat.

Drittes Kapitel

Inwieweit ist die schweizerische Geldverfassung noch als Goldwährung zu betrachten?

In der Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend die Revision des Bundesgesetzes über das Münzwesen vom 3. Juni 1931 wird unter dem Abschnitt „Regelung der Währungsgrundlage“ folgendes ausgeführt: „... Ohne Zweifel herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass ein Ersatz der Goldwährung z. B. durch eine Indexwährung nicht in Frage kommt. Die Beibehaltung der Goldwährung drängt sich schon deshalb auf, weil alle massgebenden Staaten ihre Währungen am Gold, als dem einzigen internationalen Wertmassstab messen und weil das Gold als internationales Zahlungsmittel in den letzten Jahren noch an Bedeutung gewonnen hat. Für die Schweiz mit ihren ansehnlichen Goldreserven und ihrer starken wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Ausland bestünde zuletzt Anlass, von der Goldwährung abzugehen.“

Es stellt sich nun die Frage, ob ein Geldsystem tatsächlich als Goldwährung betrachtet werden kann, dessen Währungseinheit an ein bestimmtes Gewicht Gold gebunden ist, wobei aber diese Bindung die Einhaltung der Regeln der klassischen Goldwährung in keiner Weise garantiert ²².

Obschon sich die Schweizerische Nationalbank bemüht, die Stabilität des Frankens gegenüber anderen Währungen zu sichern, handelt es sich indessen nicht um die Stabilisierung aller intervalutarischen Kurse, sondern es geht vielmehr darum, den intervalutarischen Kurs zu jenem Wirtschaftspartner zu festigen, von dem man glaubt, dass er eine gut fundierte, stabile Währung besitze und dessen Stellung in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen massgebend ist. Da erfahrungsgemäss die meisten Länder ihre Währung an derjenigen der weltwirtschaftlich bedeutendsten Macht ausrichten, entsteht eine allgemeine Orientierung nach dieser Währung. Seit dem ersten und noch ausgeprägter seit dem zweiten Weltkrieg kommt diese Führerrolle den Vereinigten Staaten von Amerika zu, die Rolle der „Weltwährung“ dem USA-Dollar. Für die Schweiz ist somit das Ziel eines

22) Siehe S. 12 dieser Arbeit.

festen intervalutarischen Kurses gleichbedeutend mit der Stabilisierung des Dollarkurses.

In rechtlicher Hinsicht kann von einer Goldwährung gesprochen werden, wenn die Währungseinheit in verbindlicher Weise mit dem Gold in Zusammenhang gebracht, wenn also der Goldgehalt einer Währungseinheit gesetzlich festgelegt ist.

Das wirtschaftliche Merkmal der klassischen Goldwährung liegt darin, dass Gold im Inland unbeschränkt als Zahlungsmittel beschafft und verwendet werden kann, dass es ungehindert die Landesgrenzen überschreiten darf. Zudem müssen die schon im zweiten Kapitel, S. 17 ff., erwähnten Bedingungen für das Funktionieren der klassischen Goldwährung gegeben sein, d. h. es müssen die sogenannten „Spielregeln“ der Goldwährung als internationales Währungssystem eingehalten werden.

Das rechtliche und das wirtschaftliche Erfordernis, die zusammen das Fundament der klassischen Goldwährung darstellen, sind nicht häufig gemeinsam aufgetreten und bestehen auch in der gegenwärtigen schweizerischen Geldverfassung nicht. *Denn hier kann nur von einer rechtlichen Goldwährung unter veränderten Verhältnissen gesprochen werden. Es wird die rechtliche Definition der Währung als bestimmte Goldmenge beibehalten, während in wirtschaftlicher Hinsicht nicht mehr von einer Goldwährung oder wenigstens nicht mehr von einer Goldwährung im ursprünglich klassischen Sinn gesprochen werden darf.*

Die Gründe hierfür liegen in den veränderten wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen. Die Goldwährung bzw. der Goldstandard der Zeit vor 1914 funktionierte ausreichend, weil die letzte Konsequenz des Goldautomatismus nicht akut wurde. Die rhythmische, gelegentlich von Rückschlägen unterbrochene wirtschaftliche und finanzielle Aufwärtsbewegung der Weltwirtschaft liess im allgemeinen nachhaltige Passivsaldoen der Zahlungsbilanz grösseren Ausmasses nicht entstehen. Das internationale Kapitalgefälle stand zugunsten halbkapitalistischer und neukapitalistischer Länder, in denen sich bei steigenden Landespreisen ganz von selbst aus der „gestärkten weltwirtschaftlichen Zahlkraft“²³ ein aufnahmewilliger Absatzmarkt für die Waren der Gläubigerländer ergab. Der „organisch gewachsenen Struktur der Weltwirtschaft“ entsprach ein elastisches Gleichgewicht zwischen Rohstoff- und Industrieländern²⁴. Die internationale Arbeitsteilung vervollkommnete sich ohne grosse Entwicklungsunterbrüche und das weltwirtschaftliche Umsatzvolumen stieg. In kritischen Zeitläufen bot die Eroberung neuer Märkte einen Ausweg. Kurz gesagt, es herrschten die Bedingungen der „Theorie des vollen Topfes“, die sich für eine bestimmte Wirksamkeit automatischer Regulierung von den Voraussetzungen der „Theorie des leeren Topfes“ unterscheiden²⁵.

23) O. v. Zwiedineck-Südenhorst, Allgemeine Volkswirtschaftslehre S. 265.

24) O. v. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 5.

Die „automatische“ Regulierung war im wesentlichen schon durch die Struktur der internationalen Beziehungen bedingt. Erfolgt einmal grössere Goldabflüsse, so konnten die Goldreserven den Stoss abfangen. Überdies trat der Zinsmechanismus in Funktion. Die intervalutarische Wirkung einer Diskontänderung war in einer geordneten Weltwirtschaft viel rascher als die innerwirtschaftliche.

Die Funktionsfähigkeit der klassischen Goldwährung war ein ausgesprochenes Quantitätsproblem. Erst durch die ausserordentliche Vergrösserung der von der Theorie vernachlässigten Gegenfaktoren in der Weltkrise von 1929 wurde das Problematische des klassischen Mechanismus deutlich ²⁵.

Die im zweiten Teil, § 2, S. 12 ff., erwähnten Formen der Goldwährung zeigen die Versuche, dieses Währungssystem auch unter veränderten Verhältnissen aufrechtzuerhalten, und das gilt auch für die schweizerische Geldverfassung. Obschon eine ökonomische Ähnlichkeit mit der internationalen Funktion des ehemaligen Goldstandards hier und in den USA noch am ehesten besteht, im Vergleich zum erwähnten Goldwährungssystem der vierziger Jahre, dürfte es in diesem Zusammenhang von Interesse sein, die Ausführungen der Leitung der Bundesreservebanken in den USA im Januarheft 1941 des Federal Reserve-Bulletin wiederzugeben:

„Ob das Währungssystem der Vereinigten Staaten auf dem Goldstandard beruht, hängt davon ab, wie der Goldstandard umschrieben wird. Früher hätte der Goldstandard als jenes Währungssystem definiert werden können, bei dem die Behörden verpflichtet sind, Gold in jedem Betrag zu einem bestimmten Preis von jedermann zu kaufen und an jedermann zu verkaufen und bei dem die Goldein- und -ausfuhr unbeschränkt gestattet ist. Geht man von dieser Definition aus, so besitzen die Vereinigten Staaten keinen Goldstandard. Denn Private dürfen in der Regel keine Goldmünzen, Goldbarren oder Goldzertifikate kaufen oder besitzen, und alle Goldtransaktionen sind den Verfügungen des Schatzamtes unterworfen. So sind die Verhältnisse seit Frühjahr 1933 geregelt. Demnach hat das Schatzamt alles angebotene Gold zum festen Preis von 35 Dollars per Unze gekauft, und in den wenigen Fällen, da Gold für Zwecke des internationalen Zahlungsausgleichs abgegeben werden musste, hat es Gold zu einem festen Preis auch verkauft. Überdies wirken sich die Goldbewegungen auf den Bestand der Bankreserven und Bankdepositen in den Vereinigten Staaten in gleicher Weise wie vor 1933 aus. Tatsächlich haben die Vereinigten Staaten in den letzten ... Jahren währungspolitisch in einer Weise operiert, die sich in ihren wirtschaftlichen Folgen von jenen des alten Goldstandards nicht unterscheidet. Der wesentlichste Unterschied zwischen der heutigen Regelung und dem uns von früher her bekannten Goldstan-

25) O. v. Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 265.

26) E. Fossati, a. a. O., S. 343.

dard dürfte vielleicht darin liegen, dass der Goldpreis und die Bereitschaft des Schatzamtes, Gold zu kaufen oder zu verkaufen, nicht durch Gesetze garantiert, sondern dem Ermessen anheimgestellt sind.“

Auch für die schweizerische Geldverfassung kann angeführt werden, dass die Bereitschaft der Schweizerischen Nationalbank, Gold zu kaufen oder zu verkaufen, nicht durch Gesetze garantiert ist, sondern dem Ermessen der Bankbehörden unterstellt wird. Die schweizerische Geldverfassung kann als eine Goldwährung in bezug auf ihre gesetzlichen Bestimmungen betrachtet werden; an Stelle des klassischen Goldautomatismus ist aber infolge der herrschenden Wirtschafts- und Währungsverhältnisse die korrigierende Tätigkeit der Zentralbankbehörden getreten.

Schlusswort

Die Struktur der gegenwärtigen schweizerischen Geldverfassung ist, wie jede wirtschaftliche Erscheinung, das Ergebnis einer geschichtlichen Entwicklung, die ihrerseits durch nicht genau abmessbare Einwirkungen ökonomischer und ausserökonomischer Natur bedingt wurde. Was die wirtschaftlichen Momente betrifft, so ist insbesondere die steigende Bedeutung des Kredits hervorzuheben. Diese Seite des Problems wird von *Sombart* in seinem Werk „Der moderne Kapitalismus“ in den Vordergrund gestellt. Nach seiner Auffassung wurde die behauptete Entwicklung durch die drei folgenden Grundsätze bestimmt:

- a) Das Bankprinzip, nach dem die Kreditgewährung unter Benutzung eines kollektiven Leihfonds erfolgt;
- b) das Effektenprinzip, das in der Versachlichung des Schuld- (bzw. Forderungs-) Verhältnisses besteht und
- c) das Prinzip bargeldloser Zahlung, worunter Zahlungen ohne substantielle Zahlungsmittel, durch blosser Buchung, zu verstehen sind.

Danach vollzog sich die Entwicklung der Kreditwirtschaft einmal extensiv im Sinne der Ausdehnung des Kreditverkehrs unter zunehmender Verwendung fremden Kapitals, und ausserdem intensiv auf dem Wege der Vervollkommnung der kreditwirtschaftlichen Organisation. Indem der Kredit die freie Entwicklung der treibenden Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft ermöglichte, hat er gleichzeitig die vielseitige Verflechtung der ökonomischen Beziehungen auf den höchstmöglichen Grad gesteigert¹.

Eine rein formale Gliederung eines Währungssystems nach morphologischen Gesichtspunkten in Metall- oder Papierwährung ist ungenügend, denn in der äusseren Gestalt des Geldes findet die jeweilige Entfaltung des gesamten Wirtschaftslebens nur einen unvollständigen Ausdruck. Die historische Schule der Nationalökonomie versuchte der verschiedenen Gestaltung der Währungssysteme damit gerecht zu werden, dass sie verschiedene Stufen der wirtschaftlichen Entwicklung glaubte feststellen zu können². Die neuere Forschung versucht statt dessen, sich des gedanklichen Hilfsmittels der System- oder Typenbildung zu bedienen. Auf diese Weise wird nach Massgabe der tatsächlich zur Verwendung gelangenden Geldarten der Grad der Fortbildung der Währungsverfassung bestimmt.

1) W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, 3. Bd. Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 1. Halbbd., München und Leipzig 1927, S. 175 ff.

2) B. Hildebrand, Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. II (1864), S. 1 ff.

Empirisch ist jedoch nachgewiesen, dass der einmal erreichte Grad der Ausgestaltung der Geld- und Kreditwirtschaft nicht immer aufrechterhalten bleibt. Ebenso ist festgestellt worden, dass Rückbildungen zu einfacheren Geldverfassungen vorkommen können. Die Erfahrung der letzten Jahrzehnte hat gelehrt, wie die Grundlagen, auf denen die vielfältige finanzielle Verflechtung des neuzeitlichen Wirtschaftslebens beruht, zerstört werden können. In derartigen Situationen interessiert in erster Linie die Wertbeständigkeit des Geldes und dessen Eignung zur Hortbildung, womit diese sonst eher vernachlässigte Funktion des Geldes dem Geldwesen seinen Stempel aufgedrückt, denn eine Währungszerrüttung führt dazu, dass die Hingabe von Waren gegen Geld oder auf Kredit verweigert wird. Allgemeine Tauschmittel, die nicht mehr mit der Rechnungseinheit identisch sind, finden Verwendung, bis schliesslich sogar alle Formen der Naturalwirtschaft wieder aufleben können.

Aber trotz der Wandelbarkeit der wirtschaftlichen Phänomene hat die jeweilig herrschende Geldverfassung im allgemeinen ein gewisses Mass von Dauer und Bestand. Frägt man nach den Institutionen, die über die Geltung der Währungseinheit in einem Lande entscheiden, so denkt man in erster Linie an die Träger der Herrschaftsgewalt und ihre Gesetzgebung. Die konsequente Weiterverfolgung dieses Gedankens führt zur Auffassung, dass das Geld überhaupt als eine Schöpfung des Rechts anzusehen ist. Diese Idee liegt dem „Chartalismus“ zugrunde, wie er hauptsächlich von *Knapp* vertreten worden ist.

In Würdigung der chartalistischen Lehre hat *Max Weber* ausgeführt, dass tatsächlich mit dem Aufkommen der modernen Erwerbswirtschaft der Einfluss des Staates auf die Geldverfassung gewachsen ist und insbesondere die Orientierung des Unternehmers an der Kapitalrechnung eine möglichst zweckmässige „formale“ Ordnung des Währungssystems voraussetzt. Dagegen scheint es fraglich, ob der Staat als Herrschaftsverband angesichts der gegebenen wirtschaftlichen Machtverhältnisse in seinem Gebiet stets seinen Willen verwirklichen kann. Besonders bei der Wahl des valutarischen Geldes ist die öffentliche Hand nicht frei, sondern sie hat die durch die Struktur der betreffenden Volkswirtschaft gegebenen Möglichkeiten, wie besonders auch die Staatsfinanzen und die Interessen der verschiedenen Erwerbsgruppen, zu berücksichtigen. Die nachteiligen Wirkungen, die sich aus dem Missbrauch des Privilegs der Münzen- und Notenemission ergaben, beweisen, dass der „materialen Geltung“ der rechtlich proklamierten Werteinheit grosse Bedeutung zukommt. Auf jeden Fall wird das Währungssystem nicht ausschliesslich durch die vom Gesetzgeber aufgestellten Normen bestimmt, sondern es wirken eine Reihe weiterer Faktoren mit, denen gegenüber die staatliche Befehlsgewalt oftmals versagt³.

3) *Max Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft, in: Grundriss der Sozialökonomie III. Abt., 1. Halbbd., Tübingen 1925, S. 38 ff. und S. 94 ff.

Um hier Klarheit zu gewinnen, hat *Wagemann* die Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Geldverfassung darzustellen versucht. Er geht dabei von der „Merkantilverfassung“ des Geldes im Frühkapitalismus aus, die durch den fiskalischen Charakter der obrigkeitlichen Währungspolitik gekennzeichnet ist. Die Territorialherren haben den Schlagschatz und die Prägefreiheit zur Einnahmenbeschaffung verwandt, aber es gelang ihnen nicht, den Umlauf fremder Münzen zu verhindern und die Wertbeziehung zwischen Geld und Silber zu reglementieren. Der „Symbolismus“ als herrschende Lehrmeinung jener Epoche identifiziert Geld und Edelmetall vollständig und neigt dazu, im Wertzeichen den Reichtum selbst zu erblicken. Erst mit dem Aufkommen der unterwertigen Scheidemünzen und der Banknoten sind die Voraussetzungen für das Entstehen der „Chartalverfassung“ des Geldes im Zeitalter des Wirtschaftsliberalismus gegeben. Nunmehr werden verschiedene morphisch-proklamatorische Zahlungsmittel zu einem System zusammengefasst, die ihre Geltung vom staatlichen Befehl ableiten und sich gegenseitig nach dem Nennwert vertreten können. Die weitere Entwicklung des Hochkapitalismus führt dann zur „Bilanzverfassung“ des Geldes⁴, die gekennzeichnet ist durch den überragenden Einfluss der grossen Kreditinstitute auf den Geldverkehr und den ausschlaggebenden Anteil des Giralgeldes an der Gesamtgeldmenge.

4) E. Wagemann, Allgemeine Geldlehre, I. Band, Theorie des Geldwertes und der Währung, Berlin 1923.

Literaturverzeichnis

- Aftalion A.: *L'or et la monnaie*, Paris 1938.
- Ackermann E.: Kapitalverkehr, in: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 1935, Heft 2, S. 187—211.
- Authenrieth F. E.: Die staatsrechtliche Stellung der Schweiz. Nationalbank, Diss. Zürich 1932.
- Bachmann H.: Die angelsächsischen Pläne für die Neuordnung des internationalen Zahlungsverkehrs; Keynes-Plan und White-Plan, St. Gallen 1943.
- Die Konventionen von Bretton Woods: Internationaler Währungsfonds und internationale Bank für den Wiederaufbau, St. Gallen 1945.
- Bachmann G.: Die Schweiz. Nationalbank, in: NZZ No. 2088 vom 3. Dezember 1936.
- Bebie R.: Die Abwertung des Schweizerfrankens, Diss. Zürich 1939.
- Böhler E.: Freigeld. Ein Weg aus der Krise? S. A. aus dem „Aargauer Tagblatt“, Aarau 1933.
- Bosshardt A.: Wesen der Goldwährung und Voraussetzungen ihres Wiederaufbaus; St. Gallen 1935.
- Die Frankenabwertung vom 26. September 1936; St. Gallen 1937.
- Die Schweizer Banknote als gesetzliches Zahlungsmittel, in: Aussenwirtschaft, 1951, Heft 2.
- Brown W. A.: *The International Gold Standard Reinterpreted*, New York 1940.
- Brunner K.: Das Problem des regionalen Multilateralismus, in: Schweiz. Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Jahrgang 88, 1952, Heft 6.
- Büchner R.: Währungssysteme, in: Festgabe Grossmann, Zürich 1949.
- Cassel G.: *Der Zusammenbruch der Goldwährung*, Stuttgart 1937.
- Dobretsberger J.: *Das Geld im Wandel der Wirtschaft*, Bern 1946.
- Engeli H. R.: Die Schweiz. Nationalbank; die rechtliche Natur, ihre Organisation und Funktion, Diss. Zürich 1943.
- Eucken W.: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Bern/Tübingen 1952.
- Förster F. W.: *Theorie der Währungsentwertung*, Jena 1936.
- Fossati E.: Die Grenzen des Goldautomatismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 39, 1934/1.
- Frei R.: Zur Frage der Parität im künftigen Münzgesetz, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 85. Jahrgang, 1949, Heft 6.
- Einige Aspekte der Europäischen Zahlungsunion, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 87. Jahrgang, 1951, Heft 1.
- Golay J.: Les tendances actuelles du marché des capitaux, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 89. Jahrgang, 1953, Heft 4.
- Haberler G.: *Theorie des internationalen Handels*, Berlin 1933.
- *Prosperität und Depression*, Bern 1948.
- Hahn A.: Artikel „Kredit“ im Handwörterbuch der Staatswissenschaften 1927.
- *Goldvorteil und Goldvorteil*, Frankfurt a. M. 1924.
- Hawtrey R. G.: *The Gold Standard in Theory and Practice*, New York 1927.

- Helfferich K.: Zur Geschichte der Goldwährung, Berlin 1896.
 Hildebrand B.: Natural-, Geld- und Kreditwirtschaft, in: Jahrbücher für National-
 ökonomie und Statistik, Band II (1864).
 Hirs A.: Der internationale Zahlungsverkehr der Schweiz, in: Festgabe Bachmann
 G., Zürich 1949.
 Hohlfeld A.: Sterbende Goldwährung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 1940/II,
 Band 52.
 Höpker-Aschoff H.: Geld und Gold, Jena 1939.
 Jöhr A.: Die schweizerischen Notenbanken von 1826—1913, Zürich 1915.
 — Die Schweiz und das Transferproblem, in: Festgabe Bundesrat Schulthess,
 Zürich 1938.
 — Währungs- und Wiederaufbauprobleme der Nachkriegszeit, in: Monatsbulletin
 Schweizerische Kreditanstalt, Zürich, März 1944.
 — Die Schweiz. Nationalbank, Bern 1910.
 Kellenberger E.: Kapitalexport und Zahlungsbilanz, Bern 1939.
 — Das Goldproblem und die Neuordnung des schweizerischen Münz- und Bank-
 notenwesens, Bern 1929, in: Mitteilungen der kantonalbernischen Handels- und
 Gewerbekammer, Jahrgang 18, Nr. 2.
 — Das Münzwesen in der Schweiz seit 1850, in: Handbuch des Bank-, Geld- und
 Börsenwesens der Schweiz, Thun 1947.
 — Die offizielle Währungspolitik der Schweiz, in: Schweiz. Zeitschrift für Volks-
 wirtschaft und Statistik, Jahrgang 73, Heft 3.
 — Die Rolle des Goldes in der Währungspolitik, in: Schweiz. Zeitschrift für
 Volkswirtschaft und Statistik, 75. Jahrgang 1939, Heft 4.
 Keller E.: Eine Untersuchung über Begriff und Wesen der Goldkernwährung unter
 Berücksichtigung der modernen Währungsgesetze, Diss. Zürich 1931.
 Keller Th.: Das „heisse Geld“ in der Schweiz, in: Schweiz. Rundschau 37, 1937,
 Heft 9.
 — Grundfragen der Geld- und Währungspolitik, Zürich 1938.
 — Der internationale Zahlungsverkehr, Zürich 1941.
 Keynes J. M.: A Tract on Monetary Reform, London 1923.
 — Vom Gelde, München 1932.
 — Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, München
 und Leipzig 1936.
 Knapp G. F.: Staatliche Theorie des Geldes, München und Leipzig 1921.
 Lutz F.: Goldwährung und Wirtschaftsordnung, in: Weltwirtschaftliches Archiv 41,
 1935.
 — Das Grundproblem der Geldverfassung, Stuttgart und Berlin 1936.
 — Neue Goldwährung, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36, 1937.
 Mächler E.: Die schweizerische Gold- und Devisenpolitik nach dem zweiten Welt-
 krieg (1945—1949), Diss. Zürich 1952.
 Machlup F.: Die Goldkernwährung, Halberstadt 1925.
 Maier K. F.: Goldwanderungen, Jena 1935.
 Marbach F.: Beiträge zur Theorie des schweizerischen Kapitalexportes, Bern 1928.
 Menger C.: „Das Geld“, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage,
 IV. Band, Jena 1909.
 v. Mises L.: Theorie des Geldes und der Umlaufmittel, München und Leipzig 1924.

- Ricardo D.: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre und Besteuerung, Jena 1905.
 — The High Price of Bullion, a Proof of the Depreciation of Banknotes, London 1810.
 Salin E.: Nationalbank und Offenmarktpolitik, in: Basler Nachrichten Nr. 516, 1945.
 — Und nochmals für eine Goldabgabe der Nationalbank, in: Basler Nachrichten Nr. 106, 278, 280, 1950.
 Sombart W.: Der moderne Kapitalismus, 3. Bd. Das Wirtschaftsleben im Zeitalter des Hochkapitalismus, 1. Halbbd., München und Leipzig 1927.
 Schneider E.: Einführung in die Wirtschaftstheorie, Band II, Tübingen 1949, Band III, Tübingen 1952.
 Schneider F. P.: Zur Theorie der Goldwährung, Jena 1939.
 Schweizer A.: Die neue Goldwährung, Basel 1929.
 Stackelberg H.: Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Bern 1948.
 Wagemann A.: Allgemeine Geldlehre I. Band, Theorie des Geldwertes und der Währung, Berlin 1923.
 Wagner A.: Die Geld- und Kredittheorie der Peelschen Bankakte, Wien 1862.
 Wagner V. F.: Geschichte der Kredittheorien, Wien 1937.
 — Bemerkungen zur Dollar-Politik, Bern 1949.
 — Die Bedeutung der Europäischen Zahlungsunion, in: Nationalzeitung 108, 1950, Nr. 324.
 — Wechselkursprobleme und Geldpolitik, in: Privat-Kommerzbank, Zürich 1952.
 — Betrachtungen zur neuen Geld- und Kreditpolitik, Bern 1952.
 — Quantitätstheorie und Geldpolitik, Vortrag, gehalten an der Tagung der Studiengruppe für theoretische Nationalökonomie am 25. Oktober 1952 in Zürich.
 Weber A.: Geld, Banken, Börsen, München 1951.
 Weber E.: Probleme der Offenmarktpolitik, in: Jahresbericht der Vereinigung für gesunde Währung, Zürich 1944.
 Weber Max: Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriss der Sozialökonomie, III. Abteilung, 1. Halbband, Tübingen 1925, S. 38 ff und S. 94 ff.
 Weisskopf E.: Das schweizerische Münzwesen von seinen Anfängen bis zur Gegenwart, Diss. Bern 1948.
 Wicksell K.: Geldzins und Güterpreis, Jena 1898.
 — Vorlesungen über Nationalökonomie, Band II, Geld und Kredit, Jena 1922.
 Zolotas X.: L'Etalon Or en théorie et en pratique. Paris 1933.
 Zwiedineck-Südenhorst O.: Allgemeine Volkswirtschaftslehre, Berlin 1932.
 Zwingli U.: Die Goldwährung in der Nachkriegszeit, Zürich 1937.

Quellen

- Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1952.
Botschaften des Bundesrates an die Bundesversammlung:
 Botschaft vom 3. Juli 1930 zum Entwurf eines Bundesgesetzes über das Münzwesen.
 Botschaft vom 20. August 1948 betreffend den Beitritt der Schweiz zum Abkommen über die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit.
 Botschaft vom 4. März 1949 betreffend die Revision des Bundesgesetzes vom 3. Juni 1931 über das Münzwesen.

- Botschaft vom 22. September 1950 betreffend den Beitritt der Schweiz zum Abkommen über die Errichtung einer Europäischen Zahlungsunion.
- Botschaft vom 21. April 1953 betreffend die Revision des Nationalbankgesetzes vom 20. Dezember 1929.
- Botschaft vom 4. Juni 1954 betreffend die Verlängerung der Mitgliedschaft der Schweiz in der Europäischen Zahlungsunion.
- Bundesblatt 1849 III.
- XXXIV. Bericht des Bundesrates vom 25. Februar 1947.
- XXXVII. Bericht des Bundesrates über die wirtschaftlichen Massnahmen gegenüber dem Ausland vom 26. August 1948.
- Bundesgesetz über das Münzwesen vom 3. Juni 1931.
- Bundesgesetz über das Münzwesen vom 7. Dezember 1952.
- Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 7. April 1921.
- Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 20. Dezember 1929.
- Bundesgesetz über die Schweizerische Nationalbank vom 21. April 1953.
- Textausgabe des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen vom 8. November 1934, Zürich 1936.
- Bundesratsbeschluss über den Schutz der Landeswährung vom 19. Juni 1936.
- Bundesratsbeschluss über die Überwachung des Handels mit Gold sowie der Ein- und Ausfuhr von Gold vom 7. Dezember 1942.
- Bundesratsbeschluss betreffend die Durchfuhr von Gold vom 29. Oktober 1948.
- L'expérience monétaire internationale. Société des Nations Genève 1944.
- Festgabe Bachmann, Zürich 1949.
- Festgabe Grossmann, Zürich 1949.
- Festschrift zum 25jährigen Jubiläum der Schweizerischen Nationalbank, Zürich 1932.
- Geschäftsbericht des Eidgenössischen Politischen Departementes 1949.
- Handbuch des Geld-, Bank- und Börsenwesens der Schweiz, Thun 1947.
- Jahresberichte der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich von 1942 bis 1952.
- Jahresbericht der schweizerischen Handelsstatistik 1947 I. Teil, 1948 II. Teil.
- Nationalbank*
- Jahresberichte 1937 bis 1952.
- Monatsberichte und Präsidialreferate 1937, 1940 bis 1952.
- Stellungnahme zur Freigeldinitiative und Begründung des Gegenvorschlages der Bundesversammlung; herausgegeben von der Vereinigung für gesunde Währung, Zürich 1950.
- Verfügung* des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes über die Überwachung des Handels mit Gold sowie der Ein- und Ausfuhr von Gold vom 28. Oktober 1946.
- Verfügung* No. 645 A/43 der Eidgenössischen Preiskontrolle über die Festsetzung von Höchstpreisen für Gold vom 6. Juli 1947.
- Verfügung* des Eidgenössischen Finanz- und Zolldepartementes über die Überwachung des Handels mit Gold sowie der Ein- und Ausfuhr von Gold vom 15. Dezember 1951.
- Verfügung* 4 der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes vom 7. Dezember 1948.
- Wirtschaftslage 1944 (Mitteilungen der Kommission für Konjunkturbeobachtung).

LEBENS LAUF

Geboren am 13. Juni 1921 in Basel als Tochter der Frau Wwe. Fanny Teichmann geborene Küntzel von Basel (mein Vater, Pfarrer Rudolf Teichmann, gebürtig aus Lauterburg/Elsass, war am 7. November 1920 in Fürdenheim/Elsass gestorben), besuchte ich während 10 Jahren die Primarschule und das Mädchengymnasium in Basel. Sodann folgen zwei Jahre Welschlandaufenthalt in Yverdon und Lausanne mit Handelsschulbesuch an den beiden Orten.

Vom 15. März 1941 bis 31. Dezember 1948 war ich als Bureauangestellte in verschiedenen Basler Firmen tätig. Vom 1. Januar 1949 bis anfangs September 1950 bereitete ich mich auf die kantonale Handelsmaturität im Institut Athenaeum in Basel vor und bestand dieses Examen Ende September 1950.

Im Oktober 1950 immatrikulierte ich mich an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel und arbeitete neben dem Studium als Sekretärin in einer privaten Verwaltung.

Während meines neunsemestrigen Nationalökonomiestudiums besuchte ich die Vorlesungen der Herren Professoren Wagner, Salin, Furlan, Simonius, Ruck, Imboden und Guth. Meine Dissertation verfasste ich unter der Leitung von Herrn Professor V. F. Wagner.

Gedruckt in Westdeutschland

